



ANPACKEN



**Klare Haltung.
Starke Stimme.**
Für die niedersächsische Wirtschaft.

Sehr geehrte
Damen und Herren,

LIEBE MITGLIEDER,



Andreas
Dr. Andreas Jäger
Präsident

Benedikt Hüppe
Benedikt Hüppe
Hauptgeschäftsführer

das vergangene Jahr war geprägt von geopolitischen Spannungen, einem spürbaren Rückgang an Wirtschaftskraft und politischen Weichenstellungen: Der Krieg in Europa, internationale Machtkämpfe und innenpolitische Unsicherheiten halten an. Auch für Niedersachsen hat sich Entscheidendes verändert: UVN-Hauptgeschäftsführung, EU-Kommission und Bundesregierung haben sich neu aufgestellt. Ministerpräsident Stephan Weil hat sein Amt an Olaf Lies übergeben und Grant Hendrik Tonne verantwortet nun das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen. Gemeinsam stehen wir vor einer Zeitenwende und erst jetzt wird endlich allen klar, was das bedeutet.

Die politische Rhetorik verspricht Aufbruch. Doch Aufbruch braucht Entschlossenheit, Verlässlichkeit und Vertrauen. Denn nur, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einander vertrauen, gelingt es, Tempo zu machen bei den drängenden Fragen unserer Zeit: Von der industriellen Transformation über Infrastrukturmaßnahmen und Fachkräftesicherung bis zur Verteidigungsfähigkeit. Niedersachsen hat das Potenzial, Vorreiter zu werden – mit mutigen Investitionen, kluger Innovationspolitik und klaren Prioritäten. Dafür brauchen wir einen Reset statt Stillstand – für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und eine starke Rolle im globalen Wettbewerb.

Mit unseren Aktivitäten, Formaten und Forderungen geben wir in diesem Bericht einen Überblick, wie der Wirtschaftsstandort Niedersachsen zukunftsfest gemacht werden kann, was wir dafür tun und welche Rahmenbedingungen notwendig sind. Lassen Sie uns gemeinsam alle Hebel dafür in Bewegung setzen!

UVN – für alle, die anpacken statt abwarten. 



14. Tag der Niedersächsischen Wirtschaft diskutiert US-Wahl

Seite 113



Impulse für ein tragfähiges und modernes Gesundheitswesen

Seite 38



UVN Bildungs-Summit 2025

Seite 47

DIE UVN

- 04 Interview Hauptgeschäftsführung
- 06 Die UVN
- 08 Neue Mitglieder
- 09 Präsidium und Vorstand
- 10 Externe Gremien

- 116 Sommerfest 2024
- 118 UVN-Termine 2024 – 2025
- 122 Mitglieder
- 126 Ihr UVN-Team
- 128 Impressum

UVN-POSITIONEN

12 Demokratie und Zusammenhalt

Demokratischer Zusammenhalt braucht einen verlässlichen politischen Rahmen, eine starke Wirtschaft und gegenseitiges Vertrauen. ▶

22 Arbeit und Sozialverwaltung

Arbeitskosten senken, Tarifautonomie stärken und Sozialverwaltung reformieren. ▶

32 Gesundheit und Pflege

Pflege- und Krankenversorgung zukunftssicher aufstellen für eine leistungsfähige Gesundheitswirtschaft. ▶



INHALT

42 **Bildung und Fachkräfte**

Alle Hebel zur Fachkräftesicherung, -gewinnung
und -zuwanderung in Bewegung setzen. 

58 **Bürokratie und Finanzen**

Endlich Bürokratieabbau, schnellere
Planungs- und Genehmigungsverfahren
und eine wirkliche Steuerreform umsetzen. 

70 **Umwelt und Infrastruktur**

Notwendige Investitionen in Infrastruktur und
eine moderne, unabhängige Kreislaufwirtschaft
vorantreiben. 

84 **Energie und Klima**

Energiewende mit Augenmaß:
praxisnah, zügig und wettbewerbsfähig. 

94 **Digitalisierung und Innovation**

Digitalisierung und Innovationsförderung
in Bildung, Wirtschaft und Verwaltung. 

106 **Internationale Wettbewerbsfähigkeit**

Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken
und offene Märkte fördern. 

KLARE HALTUNG. STARKE STIMME.

Vier Fragen an das neue UVN-Führungsteam

1. Das erste Jahr in neuer Konstellation liegt hinter Ihnen. Mit welchem Ziel sind Sie angetreten?

Benedikt Hüppe:

„Wir wollten die UVN klarer positionieren – als Stimme der niedersächsischen Wirtschaft. Es geht uns nicht nur ums Reagieren, sondern ums Setzen von Themen. Unser Anspruch: klare Botschaften, sichtbare Interessenvertretung und mehr Präsenz in politischen Prozessen.“

Bianca Beyer:

„Wir haben Bewährtes übernommen, aber bewusst frische Impulse gesetzt – inhaltlich wie kommunikativ. Die Mischung aus Erfahrung und neuen Perspektiven ist entscheidend, wenn wir die UVN fit für die Zukunft machen wollen.“

2. Wer bringt was ein? Wie sieht Ihre Zusammenarbeit aus?

Christoph Meinecke:

„Ich bringe juristisches Know-how und Erfahrung in der Verbandsarbeit mit. Meine Themen reichen von Arbeits- und Tarifrecht über Bildung bis zur Sozialversicherung mit Rente und Krankenversicherung. Dabei hilft auch die enge Anbindung an die BDA.“

Bianca Beyer:

„Ich fokussiere mich auf Industrie-, Mittelstands-, Energie- und Digitalpolitik – die zentralen Zukunftsthemen der Wirtschaft. Die UVN bedeuten für mich: schnell reagieren, präzise kommunizieren, strategisch handeln.“

Benedikt Hüppe:

„Als Hauptgeschäftsführer sehe ich meine Rolle vor allem in der Führung des Teams, in der Koordination unserer Ziele – und im Schärfen unseres Profils. Außerdem verantworte ich Kommunikation und Strategie. Dazu gehört auch der neue Markenauftritt der UVN.“

3. Was ist neu an der Markenpositionierung – und warum war das nötig?

Benedikt Hüppe:

„Wir haben unsere Rolle geschärft und sichtbarer gemacht. UVN steht heute klarer denn je für: Haltung zeigen, Probleme benennen, Lösungen vorschlagen. Wir reden nicht drumherum. Wir stehen für eine starke, handlungsfähige Wirtschaft – mit Fakten, Klartext und einem starken Netzwerk im Rücken.“

4. Wie wirken sich politische Veränderungen auf Ihre Arbeit aus?

Benedikt Hüppe:

„Neue politische Konstellationen verändern die Spielregeln. Wir setzen auf konstruktive Lösungen – bei Digitalisierung, Fachkräftegewinnung und Infrastruktur. Dabei bleiben wir unabhängig, aber deutlich.“

Christoph Meinecke:

„Wir wollen nicht nur reagieren, sondern gestalten. Das heißt: frühzeitig in Dialoge gehen, Allianzen schmieden und Haltung zeigen – auch wenn's unbequem ist.“



UVN – FÜR ALLE, DIE ANPACKEN STATT ABWARTEN.

DIE UVN

UNTERNEHMERVERBÄNDE NIEDERSACHSEN E.V.

Was uns ausmacht?

Wir vertreten Interessen mit Klarheit und Haltung – gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Dabei bringen wir die Perspektiven unserer Mitglieder in die Debatten ein, fördern den Austausch über Branchen hinweg und sorgen dafür, dass wirtschaftliche Vernunft Gehör findet.

Was uns auszeichnet, ist die Verbindung aus Erfahrung, Faktenorientierung und dem Willen, etwas zu bewegen. Wir benennen Probleme und machen konkrete Vorschläge, die praktisch umsetzbar sind.

Denn unser Ziel ist es, bessere Bedingungen für all jene zu schaffen, die unternehmen, ausbilden, investieren und Verantwortung übernehmen – im Kleinen wie im Großen. Denn wer anpackt, braucht einen Verband, der mitzieht.

Klare Haltung.

Wer führt, muss standfest sein. Wir treffen Entscheidungen, setzen Zeichen und geben die Richtung vor – für hunderttausende Unternehmen in Niedersachsen. Kein Zögern, kein Wanken, sondern ein glasklarer Kurs für eine starke Wirtschaft.

Starke Stimme.

Nur wer gehört wird, kann etwas bewegen. Darum sprechen wir mit Kraft und Entschlossenheit. Wir wollen die Zukunft der Wirtschaft mitgestalten. Dafür bringen wir Ideen in Bewegung und räumen Hindernisse aus dem Weg.

Wir sind die UVN – Ihre Unternehmerverbände Niedersachsen.

Als führender Spitzenverband der niedersächsischen Wirtschaft kämpfen wir für bessere Bedingungen unserer Unternehmen und treiben Innovationen voran. Unser Netzwerk verbindet Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Für mehr Einfluss, mehr Chancen und weniger Hürden.

Wir sind die maßgebliche Stimme der niedersächsischen Wirtschaft – durchsetzungsstark, zukunftsorientiert und verlässlich. 

100+

Mitgliedsverbände

200.000+

Unternehmen in
Mitgliedsverbänden

2,6

Mio. Beschäftigte

aus Industrie, Handel, Dienstleistung,
Handwerk, Gesundheitswirtschaft und
Landwirtschaft

100+

Gremien und Ausschüsse

11

Präsidiumsmitglieder

25

Vorstandsmitglieder

WILLKOMMEN!

Zwei neue Mitglieder stärken unsere Gemeinschaft.



Niedersächsische Krankenhausgesellschaft e.V.

Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) ist der Zusammenschluss aller Krankenhäuser in Niedersachsen. Diese gewährleisten eine leistungsfähige, bürgernahe und flächendeckende Versorgung. Zahlreiche ambulante Behandlungsmöglichkeiten ergänzen ihr Leistungsangebot. Krankenhäuser sind zugleich einer der bedeutendsten Arbeitgeber Niedersachsens. Die NKG vertritt ihre Mitglieder bei einer Vielzahl an gesundheitspolitischen Entscheidungen, unter anderem gegenüber staatlichen Stellen und Krankenkassen sowie bei der Sicherung der Patientenversorgung und bedarfsgerechter Krankenhausstrukturen.

Fakten im Überblick

Verankert im Land, unverzichtbar im Alltag – Krankenhäuser sichern Versorgung, Gesundheit und Arbeit.

- › 1,5 Millionen Patientinnen und Patienten
- › 120.000 Beschäftigte
- › 163 Krankenhäuser

Vorstandsvorsitzender: Rainer Rempe
Verbandsdirektor: Helge Engelke

www.nkgev.info



Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens e.V.

Die Volkshochschulen in Niedersachsen – stark vor Ort, vernetzt im Land. Sie stehen für Bildung, die ankommt: persönlich, beruflich und lebensnah. Als kommunal verankerte Einrichtungen reagieren sie flexibel auf regionale Bedarfe – und gestalten den Wandel aktiv mit.

Ob Weiterbildung, Qualifizierung oder Fachkräftebindung – die Volkshochschulen sind verlässliche Partner für Menschen und Regionen. Der Landesverband stärkt die Stimme der Volkshochschulen in Politik und Öffentlichkeit und initiiert Projekte, die Menschen weiterbringen – und die Region mit ihnen.

Fakten im Überblick

Öffentlich getragen, regional verankert – die Volkshochschulen sind zentrale Partner für Weiterbildung, Qualifizierung und Fachkräftesicherung.

- › 500.000 Teilnehmende pro Jahr
- › 50.000 Kurse jährlich
- › 56 Volkshochschulen im Land

Vorstandsvorsitzende: Meta Janssen-Kucz,
Landtagsvizepräsidentin a. D.
Verbandsdirektorin: Berbel Unruh

www.vhs-nds.de

PRÄSIDIUM

- › **Präsident: Dr.-Ing. Andreas Jäger**, Geschäftsführender Gesellschafter, Arnold Jäger Holding GmbH
- › **Stellvertreter und Vorstand gem. § 26 BGB: Dr.-Ing. York Fusch**, Vorsitzender des Vorstands, Körting Hannover AG
- › **Stellvertreter und Vorstand gem. § 26 BGB: Dr.-Ing. Carsten Kuhlitz**, Gesellschafter/Geschäftsführer, Albertuswerke GmbH
- › **Ehrenpräsident: Werner M. Bahlsen**, Vorsitzender des Verwaltungsrates, Bahlsen GmbH & Co. KG

- › **Thomas Echterhoff**, Geschäftsführender Gesellschafter, Echterhoff Bau-Gruppe
- › **Michael Gensicke**, Geschäftsführer, Robert Bosch Elektronik GmbH
- › **Gunnar Groebler**, Vorsitzender des Vorstands, Salzgitter AG
- › **Manuela Härtelt-Dören**, Vizepräsidentin, Unternehmensverbände Handwerk Niedersachsen e.V.
- › **Dr. Ulrich Knemeyer**, Vorsitzender des Vorstands, VGH Versicherungen
- › **Olaf Piepenbrock**, Geschäftsführender Gesellschafter, Piepenbrock Dienstleistungsgruppe GmbH & Co. KG
- › **Folkmar Ukena**, Geschäftsführer, LEDA WERK GmbH & Co. KG

VORSTAND

- › **Armin Ahrens**, Geschäftsführer, QUBUS media GmbH
- › **Dr. Holger Bissel**, Geschäftsführender Komplementär, Creditreform Hannover-Celle Bissel KG
- › **Anna Blumenberg**, Mitglied der Geschäftsführung, MEYER WERFT GmbH & Co. KG
- › **Thomas Busch**, Eigentümer / Geschäftsführer, Effektiv – Die Möbelagentur GmbH
- › **Robert Cholewa**, Vorsitzender, Arbeitgeberverband im Bezirk Hildesheim e.V.
- › **Hans-Peter Daub**, Vorsitzender des Vorstands, Diakonischer Dienstgeberverband Niedersachsen e.V.
- › **Dr. Eckart Gaude**, Geschäftsführer, ZAG Zeitarbeits-Gesellschaft GmbH Hannover Personal & Perspektiven
- › **Florian Hary**, Präsident, DEHOGA Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Niedersachsen e.V.
- › **Dr. Holger Hennies**, Präsident, Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e.V.
- › **Robert Andreas Hesse**, XXXLutz Hesse Hannover
- › **Jens J. Jacobi**, Vorsitzender, Familienbetriebe Land und Forst Niedersachsen e. V.
- › **Marc Knackstedt**, Vorsitzender des Vorstands, Öffentliche Sachversicherung Braunschweig
- › **Mathias Krage**, Geschäftsführer, Krage & Gerloff Logistik GmbH
- › **Anette Kurtz**, People Management & Organisation, Martin Braun Backmittel und Essenzen KG
- › **Harald Kusserow**, Geschäftsführer, Kusserow Garten- und Landschaftsbau
- › **Bernd Meurer**, Vizepräsident, bpa Arbeitgeberverband e.V.
- › **Volker Meyer**, Geschäftsführer, Heinrich Meyer-Werke Breloh GmbH & Co. KG
- › **Philip Nelles**, Mitglied des Vorstands, Continental AG
- › **Wolfgang Niemsch**, Geschäftsführender Gesellschafter, Lanico-Maschinenbau Otto Niemsch GmbH
- › **Christof Rekers**, Geschäftsführer, Rekers Betonwerk GmbH & Co. KG
- › **Mike Schneider**, Geschäftsführer, Peter Schneider Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG
- › **Dr. Andreas Sennheiser**, Geschäftsführender Gesellschafter, Sennheiser electronic GmbH & Co. KG
- › **Olaf Stüven**, Responsible Care Director, DOW Deutschland Anlagengesellschaft mbH
- › **Torsten Wagner**, Geschäftsführender Gesellschafter, Wagner Group GmbH
- › **Frank Wessels**, Mitinhaber, P. W. Wessels Wwe.

EXTERNE GREMIEN

Die UVN vertreten die niedersächsische Wirtschaft u. a.
in folgenden wirtschafts- und sozialpolitischen Gremien

Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Arbeitskreis Strukturwandel (BDA)  Ausschuss Arbeitsmarkt (BDA)  Ausschuss Landesvereinigungen
Arbeitsmarkt (BDA)  Beirat der Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen 
Beirat des IQ-Netzwerks Niedersachsen-Bremen  Beirat der Jugendberufsagenturen  Bündnis Niedersach-
sen packt an  Demografieagentur für die niedersächsische Wirtschaft GmbH  Fachkräfteinitiative des
Landes Niedersachsen  Konvent Evangelische Akademie Loccum  Kuratorium Hanns-Lilje-Stiftung

Arbeitsrecht

Landesarbeitsgericht Hannover  Landesarbeitskreis für Arbeitssicherheit  Landestarifausschuss 
Ausschuss für Arbeitssicherheit (BDA)  Ausschuss der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Landes-
arbeitsgericht Niedersachsen  BDA-Projektgruppe Legal Tech  Beratender Ausschuss/Richterwahlaus-
schuss (Nds. Justizministerium und Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen)

Bildung

Arbeitsgemeinschaft der Bildungswerke der Deutschen Wirtschaft e. V. (ADBW)  Arbeitskreis Berufsbildung
(BDA/BDI)  Arbeitskreis Hochschule Wirtschaft (BDA)  Ausschuss Bildung (BDA/BDI)  Ausschuss Landes-
vereinigungen Bildungspolitik (BDA)  Bündnis Duale Berufsausbildung  Fachbeirat der Niedersächsischen
Landeszentrale für politische Bildung  Leitung Landesorganisation SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen 
Landesausschuss für Berufsbildung (LABB)  Landesschulbeirat

Umwelt und Nachhaltigkeit

9. Regierungskommission „Circular Economy“  Ausschuss Umwelt, Technik, Nachhaltigkeit (BDI)  Arbeits-
kreis Internationales, RBC und nachhaltige Lieferketten (BDA)  Beirat zur Messkampagne des Landes Nieder-
sachsen  Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit (NAN)  Runder Tisch zum Klimaschutz in der Zementin-
dustrie  Begleitforum Endlagersuche (Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz)  Dialogforum
Abfallentsorgung (Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz)  Unterschusses Nachhaltige Ent-
wicklung (Nds. Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung)

Energie und Klima

Niedersächsisches Wasserstoffnetzwerk (NWN)  Beirat der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen
(KEAN)  Ausschuss Energie- und Klimapolitik (BDI)  Fachgespräch Wasser (Nds. Ministerium für Umwelt,
Energie und Klimaschutz)  Projektgruppe Windenergie (Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz)

Wirtschaft

ALLIANZ 2035+  Ausschuss Emissionsschutz  Ausschuss Steuern (BDI)  Ausschuss Umwelt, Technik, Nachhaltigkeit (BDI)  Leitung Ausstellerbeirat HANNOVER MESSE  Aufsichtsrat IdeenExpo  Aufsichtsrat Porzellanmanufaktur Fürstenberg GmbH  Beirat ADAC Niedersachsen/Sachsen-Anhalt  Beirat Innenstadtdialog  Beirat Innovation Center  Beirat Messkampagne (Land Niedersachsen)  Beirat Mittelstand (Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen)  Beirat Nationalpark Harz  Beirat NBank – Investitions- und Förderbank Niedersachsen  Beirat des Zentrums für digitale Innovationen (ZDIN)  Beirat Zukunft und Innovation Niedersachsen  Bündnis bezahlbares Wohnen (Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen)  Clearingstelle des Landes Niedersachsen  FrauenORTE Niedersachsen, Landesfrauenrat Niedersachsen  HIDD – Hannovers Internet der Dinge  IPH Beirat – Institut für Integrierte Produktion Hannover  ITS Automotive Nord GmbH  Landeskreditausschuss  MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft mbH  Multifond-Begleitausschüsse (ESF, EFRE)  Leitung Netzwerk Sicherheits- und Wehrtechnik Niedersachsen  Niedersächsischer Wirtschaftspreis Mittelstand und Handwerk  Regierungskommission für eine moderne Verwaltung in Niedersachsen  Senat Deutsche Industrieforschungsgemeinschaft Konrad Zuse e. V.  Unternehmerkuratorium (UK) Nord  Verein Wirtschaft in der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Wolfsburg- Göttingen GmbH

Soziales und Gesundheit

Arbeitsgemeinschaft Europamonitoring KMU UA Chancengleichheit  Aufsichtsrat AOK-Bundesverband  Beirat Diakovere  Beirat für Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz Niedersächsischen Sozialministerium (Nds. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung)  Bundesvertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bund  Digital Health City Hannover  Vorstand der Vertreterversammlung Deutsche Rentenversicherung (DRV) Braunschweig-Hannover  DRV-Ausschüsse & Gremien: Steuerung, Bauten und Beschaffung, Finanzen, Organisation und Personal, NOW IT, Tarifgemeinschaft  Fachkommission Inklusion Niedersächsischen Sozialministerium (Nds. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung)  Koordinierungskreis Niedersachsen hält zusammen  Niedersachsen-Ring – Landesbeirat zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Niedersachsen  Niedersächsischer Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen  Stiftung Hilfe für Familien in Not  Verwaltungsrat AOK Niedersachsen  Verwaltungsrat GKV-Spitzenverband  Verwaltungsrat Medizinischer Dienst Niedersachsen  Verwaltungsrat Techniker Krankenkasse  Verwaltungsrat Kaufmännische Krankenkasse (KKH)  Sozialwahl: Landeswahlausschuss (Nds. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung); Wahlausschuss bei der DRV BS-H; Wahlausschuss bei der KKH; Wahlausschuss bei der AOK  Widerspruchausschuss Deutsche Rentenversicherung Bund  Widerspruchausschuss Gleichstellung behinderter Menschen gemäß § 120 SGB IX (BA Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen)

Medien

NDR Rundfunkrat  Stellv. Vorsitz NDR Landesrundfunkrat  NDR Verwaltungsrat  Versammlung der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM)

UVN-Beteiligungen u. a. an folgenden Organisationen

Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft gGmbH (BNW)  Bürgschaftsbank Niedersachsen GmbH  Dienstleistungsgesellschaft der Norddeutschen Wirtschaft mbH (DNW)  Niedersachsen.digital e. V.  Niedersächsische Gesellschaft zur Endlagerung von Sonderabfall mbH  IdeenExpo GmbH

DEMOKRATIE UND ZUSAMMENHALT



Demokratischer Zusammenhalt braucht einen verlässlichen politischen Rahmen, eine starke Wirtschaft und gegenseitiges Vertrauen.

- 14 **Gemeinsam für ein starkes Niedersachsen**
Wirtschaft formuliert klare Erwartungen
an neue politische Führung
- 15 **Olaf Lies zum neuen Ministerpräsidenten gewählt**
- 16 **Parlamentarischer Abend der UVN**
- 17 **UVN-Lunch-TALKS zur Bundestagswahl**
Wirtschaft im Gespräch mit Spitzenkandidaten
- 17 **Starkes Bündnis auf Landes- und Bundesebene**
für den Wirtschaftsstandort Deutschland
- 19 **Bundesregierung mit klarer Agenda**
Jetzt zählen Tempo und Pragmatismus
- 19 **UVN-Positionen zur Bundestagswahl**
Wirtschaft und Sicherheit im Fokus
- 20 **Demokratie und Zusammenhalt stärken**
Demokratie braucht: Haltung und Vielfalt,
Arbeit und Teilhabe, Resilienz und Verteidigung

GEMEINSAM FÜR EIN STARKES NIEDERSACHSEN

Wirtschaft formuliert klare Erwartungen an neue politische Führung



© Stephan Guthahn

Stephan Weil: Verlässlich bis zum Schluss

Nach über einem Jahrzehnt im Amt verabschiedet sich Ministerpräsident Stephan Weil aus der aktiven Politik. In Krisenzeiten – von der Corona-Pandemie bis zur Energiepreiskrise – hat er Niedersachsen stabil geführt und stets den Wert einer starken Wirtschaft betont. Die Gespräche mit ihm waren von gegenseitigem Respekt, Sachorientierung und dem gemeinsamen Ziel getragen, tragfähige Lösungen für das Land zu entwickeln. Für diese verantwortungsvolle Zusammenarbeit danken wir ausdrücklich.



© Henning Scheffern

Olaf Lies: Kontinuität und große Verantwortung in schwierigen Zeiten

Mit Olaf Lies übernimmt ein erfahrener Landespolitiker die Regierungsverantwortung. Wir schätzen ihn seit vielen Jahren als zugänglichen, sachlichen und engagierten

Partner. Seine Nominierung steht für Kontinuität – und für die Chance, zentrale wirtschaftspolitische Themen noch entschlossener anzugehen. Dazu zählen insbesondere die zielgerichtete Nutzung von Fördermitteln: In einigen Regionen wurden bislang nur Bruchteile der verfügbaren EU-Fördermittel abgerufen. Die neue Landesregierung ist gefordert, europapolitische Verantwortung zur Chefsache zu machen – mit wirksamen Lösungen, die Start-ups, KMU und Industrie tatsächlich erreichen.



© WM

Grant Hendrik Tonne: Anspruchsvolle Ziele und neue Impulse

Das Wirtschaftsministerium übernimmt Grant Hendrik Tonne. Mit ihm verbindet die Wirtschaft die Erwartung an eine Politik, die Investitionen ermöglicht, Arbeitsplätze sichert und den Standort stärkt. Die Herausforderungen sind klar benannt: wettbewerbsfähige Energiepreise, digitale Leistungsfähigkeit der Verwaltung, weniger Komplexität in Verfahren. Für eine lange Einarbeitung bleibt keine Zeit – es muss angepackt, zielstrebig umgesetzt und auf neue Herausforderungen reagiert werden. 

Miriam Staudte
Ministerin für Ernährung,
Landwirtschaft und
Verbraucherschutz

Dr. Andreas Philippi
Minister für Soziales,
Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung

Daniela Behrens
Ministerin für Inneres,
Sport und Digitalisierung

Gerald Heere
Finanzminister

Dr. Kathrin Wahlmann
Justizministerin

Christian Meyer
Minister für Umwelt,
Energie und Klimaschutz

Grant Hendrik Tonne
Minister für Wirtschaft,
Verkehr und Bauen

Melanie Walter
Ministerin für Europa und
Regionale Landesentwicklung
(in der Staatskanzlei)

Falko Mohrs
Minister für Wissenschaft
und Kultur

Julia Willie Hamburg
Kultusministerin



© Nds. Staatskanzlei

Olaf Lies zum neuen Ministerpräsidenten gewählt

Olaf Lies ist am 20. Mai 2025 zum neuen Ministerpräsidenten in Niedersachsen gewählt worden. Stephan Weil ist nach einer gut zwölfjährigen Amtszeit als Niedersächsischer Ministerpräsident zurückgetreten. Mit Amtsantritt hat Ministerpräsident Olaf Lies die übrigen Mitglieder der Landesregierung berufen und formal Julia Willie Hamburg zu seiner Stellvertreterin bestimmt. In den Ministerien gab es Neuzuschneide, die in der Abbildung oben entsprechend gekennzeichnet sind.

Mit dem Beschluss zur Auflösung des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung und dem Übergang der meisten Aufgaben in die Staatskanzlei sowie der Berufung von Melanie Walter zur Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung wird der zunehmenden Bedeutung der Europapolitik Ausdruck verliehen. Außerdem wurde die Aufgabe „Digitalisierung“ vom Wirtschaftsministerium zum Innenministerium verlagert, was eine Umbenennung beider Ressorts zur Folge hat. ▀

PARLAMENTARISCHER ABEND DER UVN



Am 24. Juni 2025 luden wir zum Parlamentarischen Abend ein – für einen offenen Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Neben der Begrüßung durch UVN-Präsident Dr. Andreas Jäger und UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe setzte Landtagspräsidentin Hanna Naber wichtige Impulse zu den aktuellen landespolitischen Herausforderungen. 

UVN-Lunch-TALKS zur Bundestagswahl

Wirtschaft im Gespräch mit Spitzenkandidaten

Im Januar und Februar 2025 brachten die UVN ihre Kernpositionen zur Bundestagswahl in die öffentliche und politische Debatte ein. Im Rahmen der digitalen UVN-Lunch-TALKS diskutierten wir mit den niedersächsischen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten Dr. Mathias Middelberg, Christian Dürr, Filiz Polat und Lars Klingbeil. Themen waren unter anderem Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung, Bürokratieabbau und die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland. 

Unser Appell war klar: Diese Bundestagswahl muss zur Wirtschaftswahl werden.



Filiz Polat
Bündnis 90 / Die Grünen



Dr. Mathias Middelberg
CDU



Lars Klingbeil
SPD



Christian Dürr
FDP

Starkes Bündnis auf Landes- und Bundesebene Für den Wirtschaftsstandort Deutschland

Am 14. März 2025 veröffentlichten die UVN gemeinsam mit dem Niedersächsischen Wirtschaftsministerium, Kammern, Gewerkschaften und weiteren Verbänden ein Positionspapier an die zukünftige Bundesregierung. Die Botschaft war eindeutig: Es braucht mutige Strukturreformen, weniger Bürokratie und mehr Planungssicherheit. Die niedersächsischen Unternehmen stehen bereit – für Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung und gesellschaftliche Teilhabe. Voraussetzung: ein handlungsfähiger Staat, der auf Kooperation statt Überregulierung setzt.

Gemeinsam mit über 100 Bundes- und Landesverbänden sendeten wir am 2. April 2025 eine Erklärung an die Verhandler der neuen Bundesregierung. Darin enthalten: vier klare Forderungen – Bürokratieabbau, Steuerentlastung, niedrigere Energiepreise und die Reform der sozialen Sicherungssysteme. Die Botschaft: Die Wirtschaft ist bereit für Veränderung. Jetzt ist die Politik am Zug, die nötigen Spielräume zu schaffen. 

Wirtschaftspolitisches
Positionspapier

[Hier zum Positionspapier >>>](#)

Mitgliederstimmen



Dr. Sarah Saeidy-Nory, Hauptgeschäftsführerin,
VCI – Verband der Chemischen Industrie
Landesverband Nord e.V.

„Die chemisch-pharmazeutische Industrie in Niedersachsen benötigt international wettbewerbsfähige Energiepreise. Die ersten Maßnahmen der neuen Bundesregierung zeigen in die richtige Richtung – aber weitere müssen zwingend folgen. Wir unterstützen die Landesregierung Niedersachsen daher weiterhin dabei, sich in Berlin für eine dauerhafte und planbare Absenkung der Energiepreise einzusetzen. Um die Transformation hin zu erneuerbaren Energien und Wasserstoff erfolgreich umzusetzen, ist eine umgehende Beschleunigung der Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsprozesse auf allen Ebenen unerlässlich, insbesondere im Hinblick auf den Ausbau der Netze und Speicher.“



Dr. Volker Schmidt, Hauptgeschäftsführer,
NiedersachsenMetall Verband der
Metallindustriellen Niedersachsens e.V.

„In Zeiten von Null-Wachstum und großer Verunsicherung, besonders in der für Niedersachsen ausschlaggebenden Automobilbranche, sind es gute Nachrichten, dass die neue Landesregierung beabsichtigt, wieder in Standortkategorien zu denken und die wirtschaftlichen Stärken unseres Landes deutlicher herausstellen will. Der Industriestandort Niedersachsen muss den internationalen Wettbewerb keineswegs scheuen. Aber um im Standortwettbewerb mithalten zu können, brauchen wir ein investitionsfreundliches Klima, eine moderne Infrastruktur und einen massiven Bürokratieabbau. Niedersachsen braucht einen neuen Klang und muss auf Bundesebene wahrnehmbarer werden – das scheint mir vordringlicher denn je zu sein.“



Sandra Schubert, Geschäftsführerin,
UHN – Unternehmensverbände Handwerk
Niedersachsen e.V.

„Ohne das Handwerk vor Ort sind die Ziele beim Klimaschutz und bei der Energiewende nicht realisierbar. Als standorttreuer Wirtschaftsbereich bedarf das Handwerk mit seiner vorrangig kleinbetrieblich geprägten Struktur allerdings in besonderem Maße gute und mittelstandsgerechte Bedingungen, so dass es nun allerhöchste Zeit ist für weniger Bürokratie und vereinfachte digitale Verwaltungsprozesse, eine Senkung der Lohnzusatzkosten und mehr Flexibilität, um die Potenziale zur Sicherung von Fachkräften voll ausschöpfen zu können, sowie eine Stärkung der dualen Ausbildung.“



H1-Interview im
November 2024

Hier zum Interview
>>>

„Vertrauen reduziert Komplexität und erzeugt Tempo.“

UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe

Bundesregierung mit klarer Agenda

Jetzt zählen Tempo und Pragmatismus

Die neue Bundesregierung hat den Koalitionsvertrag zügig vorgelegt – das verdient Anerkennung. Wichtige Forderungen der Wirtschaft wurden aufgenommen: Bürokratieabbau, wöchentliche Höchstarbeitszeit, steuerliche Entlastungen, Senkung der Stromsteuer, Verwaltungsdigitalisierung, Arbeitsmarktzuwanderung und Innovationsförderung. Richtig umgesetzt, stärken diese Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit und bieten mehr Flexibilität für Unternehmen und Beschäftigte.

UVN-Präsident Dr. Andreas Jäger und Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe fordern jedoch deutlich mehr strukturelle Erneuerung und mahnen eine ernsthafte Ausgabenkritik an. Fehlende Reformen bei Rente und Lohnnebenkosten belasten die öffentlichen Haushalte, Arbeitgeber und Beschäftigte.

Bundeskanzler Merz: Neustart ohne Schonfrist

Zur Bundeskanzler-Wahl am 6. Mai 2025 gratulierten die UVN Friedrich Merz. Wie zahlreiche Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter mahnten sie mit Blick auf den notwendigen zweiten Wahlgang zugleich die Verantwortung aller Abgeordneten sowie Führungsstärke und klare Entscheidungen der neuen Bundesregierung an: Politisches Taktieren gefährdet Vertrauen – gerade jetzt brauchen wir Orientierung, keine Eitelkeiten und politische Spielchen.

Mit einem Sofortprogramm für Bürokratieabbau, der zügigen Umsetzung geplanter Investitionsanreize und einem verlässlichen Haushaltsplan bis zum Sommer kann die neue Regierung zeigen, dass sie es ernst meint. 

UVN-Positionen zur Bundestagswahl

Wirtschaft und Sicherheit im Fokus

Mit unseren gut einhundert Mitgliedsverbänden haben wir zentrale wirtschaftspolitische Positionen zur Bundestagswahl gebündelt – und in die politische Debatte eingebracht. UVN-Präsident Dr. Andreas Jäger und Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe machten deutlich: Es geht um mehr als tagespolitische Auseinandersetzungen. Die nächste Bundesregierung muss Strukturreformen anstoßen, Investitionen ermöglichen und Deutschlands Handlungsfähigkeit im globalen Wettbewerb sichern.

Besonders in der Debatte um ein neues Sondervermögen unterstrich Benedikt Hüppe: Neue Schulden sind nur dann legitim, wenn sie an klare Einsparziele und echten Reformwillen geknüpft sind. Vertrauen in wirtschaftspolitische Entscheidungen schafft Tempo – und genau das ist jetzt nötig.

Gemeinsamer Kompass

Nach dem Bruch der Ampel-Koalition und der Ankündigung von Neuwahlen am 23. Februar 2025 haben wir uns klar positioniert: Ein „Weiter so“ gefährdet Wachstum, Beschäftigung und gesellschaftlichen Wohlstand. Die UVN forderten einen wirtschaftspolitischen Reset – für solide Haushalte, internationale Wettbewerbsfähigkeit und verlässliche Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln. Denn: Eine starke Wirtschaft ist Grundvoraussetzung für soziale Sicherheit, Souveränität und Zukunftsfähigkeit. 

UVN-Positionen zur Bundestagswahl

[Hier zu unseren Positionen >>>](#)

DEMOKRATIE UND ZUSAMMENHALT STÄRKEN

Demokratie braucht:



© Kampagnenbild Niedersachsen gegen Antisemitismus

Haltung und Vielfalt

Gerade in Zeiten von Polarisierung, Populismus und wachsender Verunsicherung braucht es eine klare Haltung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, auch und gerade aus Wirtschaft und Verbänden.

Deshalb engagieren wir uns im Bündnis „Niedersachsen packt an“ für die nachhaltige Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt. Beim Spitzentreffen am 23. September 2024 formulierten wir konkrete Vorschläge, wie Bürokratie bei der Anerkennung abgebaut und individuelle Wege in Ausbildung und Beschäftigung geebnet werden können.

Mit dem „Change Dinner“ setzten wir gemeinsam mit der Region Hannover ein Zeichen für Vielfalt und Respekt. Die Initiative „Zukunft braucht Vielfalt“ bringt Unternehmen, Initiativen und Engagierte zusammen – für mehr Zusammenhalt und Wirkung. Unser Dank gilt allen, die mitdenken, mitreden und mitgestalten.

Im Zuge der Kampagne „Gemeinsam gegen Antisemitismus“ bekennen wir uns unmissverständlich: Die Wirtschaft steht zum Grundgesetz. Angriffe auf Jüdinnen und Juden, auf Minderheiten oder demokratische Institutionen werden von uns nicht geduldet.



Bündnistreffen NIEDERSACHSEN PACKT AN

Arbeit und Teilhabe

In einem vielbeachteten Interview mit der WirtschaftsWoche betonte UVN-Präsident Dr. Andreas Jäger: Die Sorgen der politischen Mitte müssen ernst genommen werden, bei Gerechtigkeit, Integration, Leistungserkennung und innerer Sicherheit. Gleichzeitig machte er klar: Antidemokratischen Kräften darf kein Raum gelassen werden. Die Wirtschaft will Teil der Lösung sein – durch Arbeit, Teilhabe und Verantwortung. Denn Demokratie lebt vom Mitmachen – in der Sprache, im Beruf, im Alltag.

Im Workshop „Demokratie im Unternehmen stärken“ am 4. März 2025 diskutierten wir mit Mitgliedsverbänden und Unternehmen über Strategien im Umgang mit politischer Polarisierung im Betrieb. Im Fokus: Wie lässt sich Haltung zeigen, Extremismus erkennen und zugleich eine offene, respektvolle Diskussionskultur erhalten? Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten praxisnahe Orientierung für den Arbeitsalltag und stärkten gemeinsam das Verständnis dafür, was demokratischer Konsens im Betrieb bedeutet.



Am 3. März 2025 sprachen wir mit Nils Hilmer, Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium. Unseren gemeinsamen Verbändebrief überreichten wir am 16. Mai 2025 – mit dem Appell, Niedersachsen besser auf den Krisenfall vorzubereiten, transparent zu kommunizieren und gezielt zu informieren.

Resilienz und Verteidigung

Demokratie lebt von Beteiligung – aber auch von der Fähigkeit, sich gegen Bedrohungen zu schützen. Angesichts globaler Krisen ist klar: Deutschland muss sicherheitspolitisch handlungsfähig sein. Niedersachsen nimmt dabei eine systemrelevante Schlüsselrolle ein – als logistische Drehscheibe, Industriestandort und Forschungsland.

Damit dieses Potenzial Wirkung entfalten kann, braucht es Investitionen in Infrastruktur, eine kluge Industriepolitik, klare politische Rahmenbedingungen und starke Partner in den Regionen. Deshalb wurde das Netzwerk Sicherheits- und Wehrtechnik Niedersachsen (NSWN), unter Leitung der UVN, ins Leben gerufen – als Plattform für den fachübergreifenden Austausch zwischen Wirtschaft, Forschung und Politik. 

ARBEIT UND SOZIALVERWALTUNG



Arbeitskosten senken, Tarifautonomie stärken und Sozialverwaltung reformieren.

- 24 **Bekenntnis zur unabhängigen
Mindestlohnkommission**
- 26 **18. Leibniz Forum Arbeitsrecht**
- 26 **Bundes- und Landestariftreuegesetze**
Freiwilligkeit statt Zwang
- 27 **EU-Entgelttransparenzrichtlinie**
- 27 **Sozialversicherungssystem braucht Strukturreform**
- 28 **Sozialversicherungen zukunftsfest machen**
- 29 **Arbeitsverwaltung neu denken**
- 30 **UVN fordern dauerhafte Rechtssicherheit
für Honorarkräfte**
- 31 **UVN-Morgenrunde**
Auskunftsanspruch nach DSGVO
- 31 **7. Hannoveraner Forum Unternehmensrecht**
Wer haftet, wenn die KI übernimmt?

BEKENNTNIS ZUR UNABHÄNGIGEN MINDESTLOHN- KOMMISSION



Die Mindestlohnkommission hat das politisch angekündigte Wahlgeschenk am 27. Juni 2025 zum Glück nicht verteilt, sondern sozialpartnerschaftlich Verantwortung übernommen. Der Mindestlohn in Deutschland soll in zwei Stufen steigen: Anfang 2026 soll er von heute 12,82 Euro auf 13,90 Euro, zum 1. Januar 2027 auf 14,60 Euro steigen.

Das Ergebnis der Mindestlohnkommission ist aber eine klare Herausforderung für Tarifgefüge, Unternehmen, Beschäftigung und Gesellschaft. Außerdem müssen wir sehr genau beobachten, wie es auf die Ausbildungsattraktivität wirkt.

Die Einigung zeigt, dass die Sozialpartnerschaft handlungsfähig ist – und sie ist ein klares Signal gegen die wahltaktische Einmischung der Politik in die Arbeit der Kommission. Der Mindestlohn muss der Tariflohnentwicklung folgen und nicht umgekehrt. Nur so lassen sich faire Wettbewerbsbedingungen sichern und Beschäftigung erhalten.

Wenn Bundesregierungsmitglieder ohne Blick auf die schwache Konjunktur meinen, die Regierung müsse einen Mindestlohn an der Kommission vorbei festlegen, stellen sie ein grundgesetzlich zugesichertes Recht der Sozialpartner in Frage. Wenn die Politik der Meinung ist, es brauche ein bestimmtes Lohnniveau, gibt es sozialpolitische Instrumente zur Aufstockung oder steuerliche Entlastungsmodelle, um das System langfristig zu stabilisieren – nicht zuletzt mit dringend notwendigen Reformen bei den Sozialversicherungsabgaben. 

Mitgliederstimmen

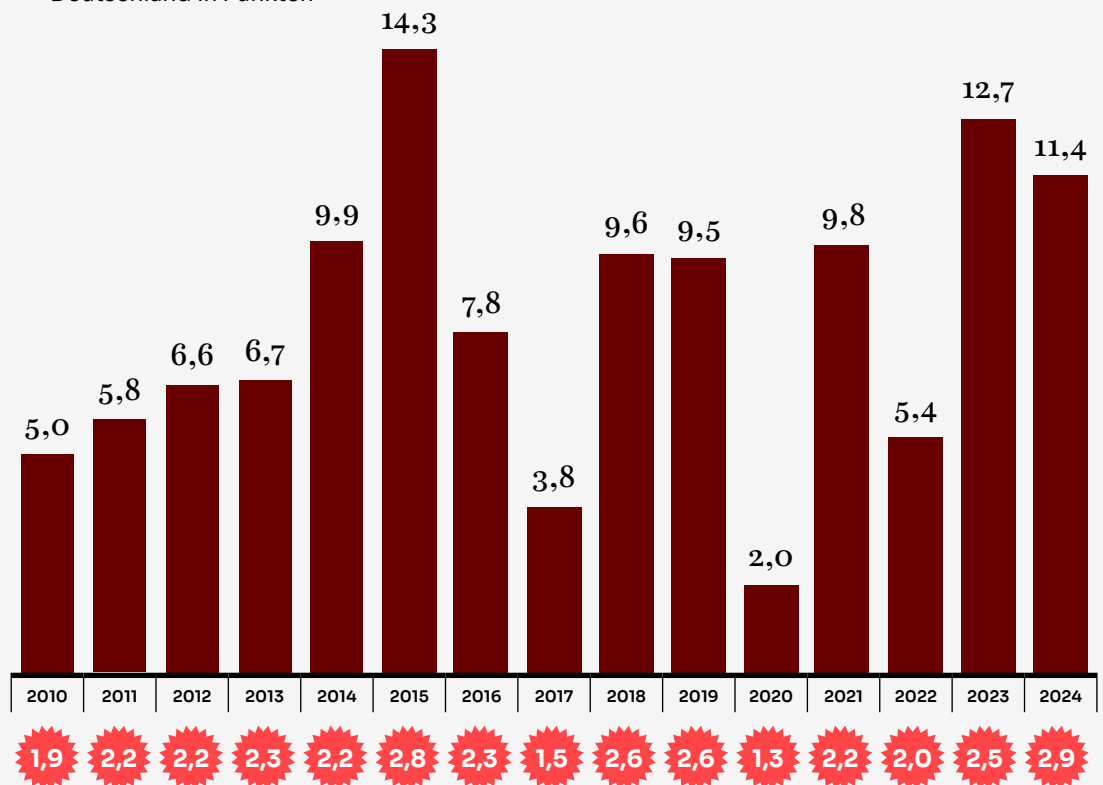


Dr. Nico Fickinger
Hauptgeschäftsführer
NORDMETALL Verband der Metall-
und Elektroindustrie e.V.

„2024 haben wir erstmals Pilot-Tarifverhandlungen für die ganze M+E-Branche erfolgreich gestaltet. In einem zügigen, allseits gelobten Verfahren und mit einem situationsgerechten Abschluss. Das beweist: Die Tarifautonomie funktioniert und braucht keine staatlichen Eingriffe, weder durch politisch verordnete Mindestlöhne noch durch Tariftreuegesetze.“

Tarifverhandlungen weiterhin geprägt von Konflikten

Durchschnittliche Konfliktintensität der Tarifverhandlungen in Deutschland in Punkten



Konfliktintensität und Eskalationsstufe: Alle Konfliktkategorien während einer Tarifrunde werden in Eskalationsstufen von 0 bis 7 eingeteilt und mit der entsprechenden Punktzahl bewertet: 0 = Tarifverhandlung, 1 = Streik- und Aussperrungsdrohung, 2 = Abbruch der Verhandlungen, 3 = Streikankündigung oder -aufruf, 4 = Warnstreik, 5 = Scheitern der Tarifverhandlung und Schlichtung oder juristische Auseinandersetzung, 6 = Scheitern und Urabstimmung oder unmittelbarer Streikaufruf, 7 = Streik und Aussperrung. Die maximale Eskalationsstufe gibt an, bis zu welcher Konfliktkategorie eine Tarifrunde zugespitzt hat. Die Konfliktintensität ergibt sich aus der aufsummierten Punktzahl aller Eskalationsstufen.



Durchschnittliche maximale
Eskalationsstufe

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd



18. Leibniz Forum Arbeitsrecht

Die arbeitsrechtlichen Lehrstühle der Leibniz Universität Hannover, die UVN und der DGB Region Niedersachsen-Mitte luden am 13. März 2025 zum Thema „Das digitale Zugangsrecht der Gewerkschaften“ mit Prof. Dr. Stephan Gräf, Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht an der Universität Würzburg.

Anlass war die aktuelle Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 28. Januar 2025 – 1 AZR 33/24, in der der Gewerkschaft IG BCE ein digitales Zugangsrecht zum Betrieb der Firma Adidas versagt wurde und die Gewerkschaft somit kein Recht aus Art. 9 Abs. 3 GG zur Mitgliederwerbung herleiten konnte. Als zentrales Problem im Vortrag von Prof. Dr. Gräf kristallisierte sich das Untätig-

bleiben des Gesetzgebers und die daraus resultierende notwendige Rechtsfortbildung durch die Gerichte heraus. Außerdem wurde der Referentenentwurf zum Tariftreuegesetz diskutiert, der punktuelle digitale Zugangsrechte erstmals gesetzlich regeln will und Möglichkeiten zur (freiwilligen) sozialpartnerschaftlichen Vereinbarung thematisiert. 

Bundes- und Landestariftreuegesetze

Freiwilligkeit statt Zwang

Die UVN bekennen sich zur Sozialpartnerschaft und zu tarifvertraglich vereinbarten Arbeitsbedingungen. Doch der Entwurf des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes greift tief in die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie ein.

Ein solcher staatlicher Eingriff ist nicht geeignet, um Tarifbindung zu stärken. Viele Unternehmen zahlen bereits Löhne auf oder über Tarifniveau, nicht weil sie gesetzlich dazu gezwungen werden, sondern weil sie im Fachkräftewettbewerb bestehen wollen. Die von der Landesregierung geplanten Ausweitungen der Tariftreue-regelungen, neuen Nachweispflichten und Eingriffe in Ausschreibungsverfahren bedeuten mehr Bürokratie, weniger Rechtssicherheit und eine Schwächung der Sozialpartnerschaft.

Die im Gesetz vorgesehene Auswahl „repräsentativer“ Tarifverträge in Branchen mit Tarifpluralität führt zu Willkür. Auch die Regelung zur Kontrolle von Nachunternehmern ist in der Praxis kaum umsetzbar. Wir fordern ein pragmatisches Stufenmodell mit vereinfachter Meldung für tarifgebundene Unternehmen, wie in § 4 vorgesehen. Damit könnte wenigstens unnötige Bürokratie vermieden werden. 

EU-Entgelttransparenzrichtlinie

Die Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie verpflichtet Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden seit Mitte 2025 regelmäßig Bericht zu erstatten und Lohn-daten nach Geschlecht aufzuschlüsseln. Das geht weit über das deutsche Entgelttransparenzgesetz hinaus. Die Einsetzung einer Kommission ist richtig, aber es braucht praxistaugliche Vorschläge, die den betrieblichen Aufwand begrenzen. Eine sinnvolle Entgeltstruktur fördert Gleichstellung am Arbeitsplatz – doch sie darf nicht durch bürokratische Dokumentationspflichten konter-kariert werden. 



© VGL Niedersachsen-Bremen

UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe steht Rede und Antwort im Rahmen der Mitgliederversammlung des VGL Niedersachsen-Bremen e. V. am 28. Februar 2025 in Braunschweig.

Sozialversicherungssystem braucht Strukturreform

Um das System der sozialen Sicherung nachhaltig zu stabilisieren, braucht es tiefgreifende strukturelle Re-formen:

- Abschaffung der abschlagsfreien Rente mit 63, Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters, Einführung eines flexiblen Rentenmodells und Re-aktivierung des Nachhaltigkeitsfaktors
- Trennung von beitrags- und steuerfinanzierten Leistungen (z. B. Mütterrente, Rentenzuschläge)
- Neuordnung der Kranken- und Pflegeversicherung

Sollten diese ausbleiben folgen weiter steigende Bei-träge, die Arbeit verteuern und sowohl Arbeitgeber als auch Beschäftigte belasten. Die geplante Rentenreform führt diesen Trend fort: Das Rentenniveau von 48 Pro-zent soll dauerhaft festgeschrieben werden. Laut ifo-Institut profitieren davon vor allem derzeitige Rentner und rentennahe Jahrgänge. Die jüngeren Generationen zahlen die Zeche – in Form höherer Beiträge, geringerer Netto-Einkommen und wachsender Staatsquote. Das

Mitgliederstimmen



Manfred v. Gizycki,
Hauptgeschäftsführer, Arbeitgeberverband
Stade Elbe-Weser-Dreieck e.V.

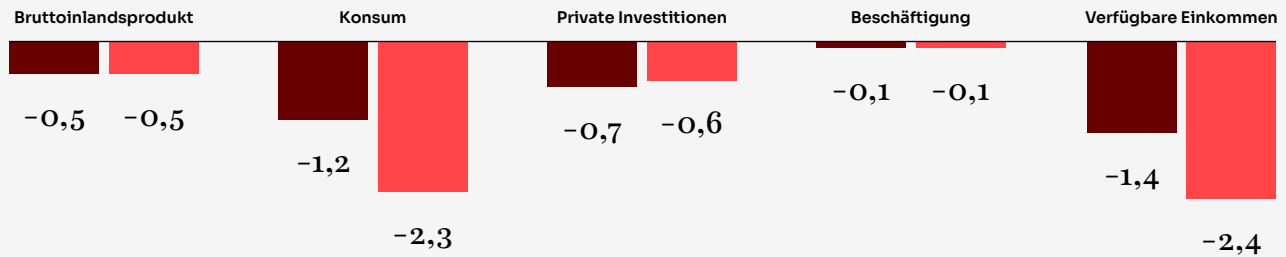
„Um die finanzielle Stabilität des Sozialversi-
cherungssystems zu sichern, muss es eine klare
Trennung zwischen beitrags- und steuerfinan-
zierten Leistungen geben, denn damit wird
insbesondere die Transparenz erhöht. Das wäre
ein guter Schritt, um die soziale Absicherung in
Zukunft gerechter zu gestalten.“

sogenannte Generationenkapital wird die Beiträge kaum senken. Nur durch eine Reform kann das Vertrauen in die Generationengerechtigkeit bewahrt werden. Die Bundesregierung hingegen verschiebt ein milliarden-schweres Problem an die nächste Regierungszeit – und das auf Kosten der jungen Generation. 

Die Folgen steigender Sozialversicherungsbeiträge

Die Abgaben für die gesetzlichen Sozialversicherungen in Deutschland steigen laut IGES-Institut bis zum Jahr 2030 auf 45,5 Prozent und bis 2035 auf 48,6 Prozent des Bruttoeinkommens. Das IW hat berechnet, um wie viel Prozent diese wirtschaftlichen Kennzahlen dadurch vom Basisszenario – die Abgaben bleiben konstant bei den vom IGES für 2025 zugrunde gelegten 41,7 Prozent – abweichen.

Quelle: IGES-Institut, Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd



Sozialversicherungen zukunftsfest machen

Der demografische Wandel trifft die deutschen Sozialsysteme mit voller Wucht – doch die Politik hält am Status quo fest. Statt Reformmut herrschte in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2025 Wunschdenken. Generationengerechte Lösungen? Fehlanzeige. Stattdessen drohen weiter steigende Beitragssätze – mit massiven Folgen für Beschäftigte, Unternehmen und den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Schon heute liegt der durchschnittliche Sozialversicherungsbeitrag bei 41,9 Prozent des Bruttolohns – und damit deutlich über der vielfach angestrebten 40-Prozent-Marke. Trotzdem versprochen die Parteien weiterhin stabile Renten, umfassende Leistungen in der Kranken- und Pflegeversicherung und mehr soziale Sicherheit. Dieses Leistungsversprechen ist angesichts schrumpfender Erwerbsbevölkerung und wachsender Ausgaben nicht mehr finanzierbar.

Der Reformstau gefährdet langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Eine IW-Modellrechnung zeigt: Steigen die Beiträge weiter auf bis zu 48,6 Prozent (wie vom IGES-Institut prognostiziert), sinkt das Bruttoinlandsprodukt bis 2029 um 0,5 Prozent, Konsum und Investitionen brechen ein. Die Belastung steigt dabei paritätisch – auch für Unternehmen. Eine alleinige Ausweitung der Beitragsbemessungsgrenze, wie derzeit diskutiert, ist keine Lösung, sondern reine Symptombekämpfung.

UVN-Position:

- Zu mehr Ausgabendisziplin im Sozialstaat zurückkehren.
- Eine ehrliche Begrenzung des Leistungsversprechens, insbesondere in Pflege und Krankenversicherung wagen.
- Einen flexiblen Renteneintritt an längere Lebensarbeitszeit koppeln.
- Eine verlässliche Beitragsbremse: Sozialversicherungsbeitrag unter 40 Prozent halten.

Deutschland braucht ein generationengerechtes, tragfähiges Sozialversicherungssystem – kein Weiter-so mit Ansage. Arbeitgeber erwarten von der Politik endlich Reformen mit Verantwortung, Augenmaß und Weitsicht. ➤

Arbeitsverwaltung neu denken

Die Arbeitsverwaltung in Deutschland umfasst die Bundesagentur für Arbeit, die gemeinsamen Einrichtungen mit Kommunen (Jobcenter) sowie kommunale Jobcenter in alleiniger Trägerschaft. Diese institutionelle Vielfalt ist schwer durchschaubar, teuer und ineffizient.

Im Koalitionsvertrag (CDU/CSU und SPD 2025) wird angekündigt, die Leistungen der Arbeitsförderung besser zu bündeln und den Zugang zu erleichtern. Zudem soll das Bürgergeld reformiert und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kommunen verbessert werden. Konkrete Strukturreformen, wie die Neuordnung der Zuständigkeiten oder die Entflechtung der Aufgabenteilung, fehlen jedoch.

UVN-Position: Es braucht einen grundlegenden Neustart – eine unabhängige Kommission soll Vorschläge für eine zukunftsfähige Struktur machen, in der Zuständigkeiten klar geregelt und Leistungen digital, einheitlich und effektiv erbracht werden. Beratung und Vermittlung sollten vom reinen Leistungsbezug getrennt und bei geeigneten Stellen gebündelt werden. Nur durch eine schlanke, digital ausgerichtete und standardisierte Arbeits- und Sozialverwaltung lassen sich Effizienz und Bürgernähe wirklich steigern. Die Aufgaben der Arbeitslosenversicherung sind neu zu definieren – ebenso wie ihre Abgrenzung zur steuerfinanzierten Grundsicherung. Für diesen Reformprozess braucht es Mut und die Einbindung von Expertinnen und Experten aus Praxis und Wissenschaft. 

ERWERBSTÄTIGKEIT



ERWERBSLOSIGKEIT

Mitgliederstimmen



Dr. Karsten Tech, Hauptgeschäftsführer,
Arbeitgeberverband Oldenburg e.V.

„Die Menschen hierzulande arbeiten im internationalen Vergleich weniger Stunden als Beschäftigte in den meisten anderen Wirtschaftsnationen. Gleichzeitig haben wir vergleichsweise viele gesetzliche Feiertage. Einen Feiertag zu streichen, würde nicht nur die Wirtschaftsleistung stärken, sondern wäre auch ein ‚Signal‘ nach außen, dass Deutschland es ernst meint in seinem Kampf um mehr Wettbewerbsfähigkeit.“



Christoph Meinecke, stellv. UVN-Hauptgeschäftsführer, sprach sich am 17. März 2025 bei Sat.1 für die Abschaffung eines Feiertags aus – zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen.

UVN fordern dauerhafte Rechtssicherheit für Honorarkräfte

Mit der Veröffentlichung der Übergangsregelung zur Selbstständigkeit von HonorarDozentinnen und -dozenten im Bundesgesetzblatt am 28. Februar 2025 wurde ein wichtiger Schritt hin zu mehr Rechtssicherheit für Bildungseinrichtungen und freiberufliche Lehrkräfte gemacht.

Die Regelung, verankert in § 127 SGB IV, schützt rückwirkend vor Nachforderungen bei Sozialversicherungsbeiträgen und erlaubt bis Ende 2026 die Fortsetzung der freiberuflichen Tätigkeit unter bestimmten Bedingungen: Beide Vertragsparteien müssen bei Vertragsschluss von einer selbstständigen Tätigkeit ausgegangen sein, und die Lehrkraft muss dieser Einschätzung zustimmen.

Bereits im September 2024 hatte UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe vor den Folgen des sogenannten Herrenberg-Urteils des Bundessozialgerichts gewarnt.

Dieses Urteil erschwert die Beschäftigung von Lehrkräften als freie Mitarbeitende und bringt viele Bildungsträger an finanzielle Grenzen. Die UVN forderten deshalb eine gesetzliche Klarstellung, um die Zusammenarbeit mit Honorarkräften weiter zu ermöglichen.

UVN-Position: Die nun beschlossene Übergangsregelung verschafft den Bildungsträgern eine dringend benötigte Verschnaufpause. Doch sie ist zeitlich begrenzt. Die UVN fordern deshalb, die gewonnene Zeit konsequent zu nutzen, um eine tragfähige, dauerhafte Lösung zu schaffen, die die selbstständige Tätigkeit von Dozentinnen und Dozenten und damit die finanzielle Stabilität der Bildungseinrichtungen auch über das Jahr 2026 hinaus sichert. 

UVN-Morgenrunde

Auskunftsanspruch nach DSGVO

Am 6. Dezember 2024 luden die UVN zur digitalen Morgenrunde und informierten über Auskunftsansprüche aus der DSGVO im Kontext arbeitsrechtlicher Auseinandersetzungen. Hintergrund: Der Auskunftsanspruch nach Art. 15 DSGVO wird zunehmend strategisch genutzt, um arbeitsrechtliche Konflikte zu eskalieren. Das sorgt für erhebliche Rechtsunsicherheit in Unternehmen – besonders bei Kündigungen, Disziplinarmaßnahmen oder Vergütungsklagen.

Nach einem kompakten Überblick veranschaulichten Expertinnen und Experten anhand eines Praxisbeispiels, wie Arbeitgeber professionell mit Auskunftsverlangen umgehen sollten. Herzlichen Dank dafür den Fachanwältinnen Dr. Rhea-Christina Klagges und Simon Felsmann der Kanzlei Laborius – Die Fachanwälte für Arbeitsrecht. 

7. Hannoveraner Forum Unternehmensrecht

Wer haftet, wenn die KI übernimmt?

Am 13. Mai 2025 fand die siebte Ausgabe des „Hannoveraner Forums Unternehmensrecht“ in den Räumen der TÜV Nord AG in Hannover statt. Sie widmete sich dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in Unternehmen. Die Veranstaltungsreihe wird gemeinsam von den UVN und dem Lehrstuhl für Zivilrecht, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht der Juristischen Fakultät der Universität Hannover ausgerichtet. Prof. Dr. Petra Buck-Heeb (Leibniz Universität Hannover) und Christoph Meinecke (UVN) begrüßten gemeinsam mit Thomas Jakob (TÜV Nord AG).

Prof. Dr. Jan Eichelberger (Leibniz Universität Hannover) widmete sich der Frage, wer haftet, wenn KI fehlerhaft handelt – etwa durch autonome Entscheidungen oder intransparente Abläufe („Black Box“). Zwar gibt es bisher kein eigenes Haftungsregime für KI, doch die neue Produkthaftungsrichtlinie von 2024 enthält wichtige Beweiserleichterungen und Offenlegungspflichten.

Johannes Endres (Althammer & Kill) erläuterte technische Grundlagen, gesetzliche Definitionen und Risiken aus der Praxis: Halluzinationen von Sprachmodellen, Cloud-Schatten-IT und mangelhafte Trainingsdaten bergen erhebliche Herausforderungen für Unternehmen.

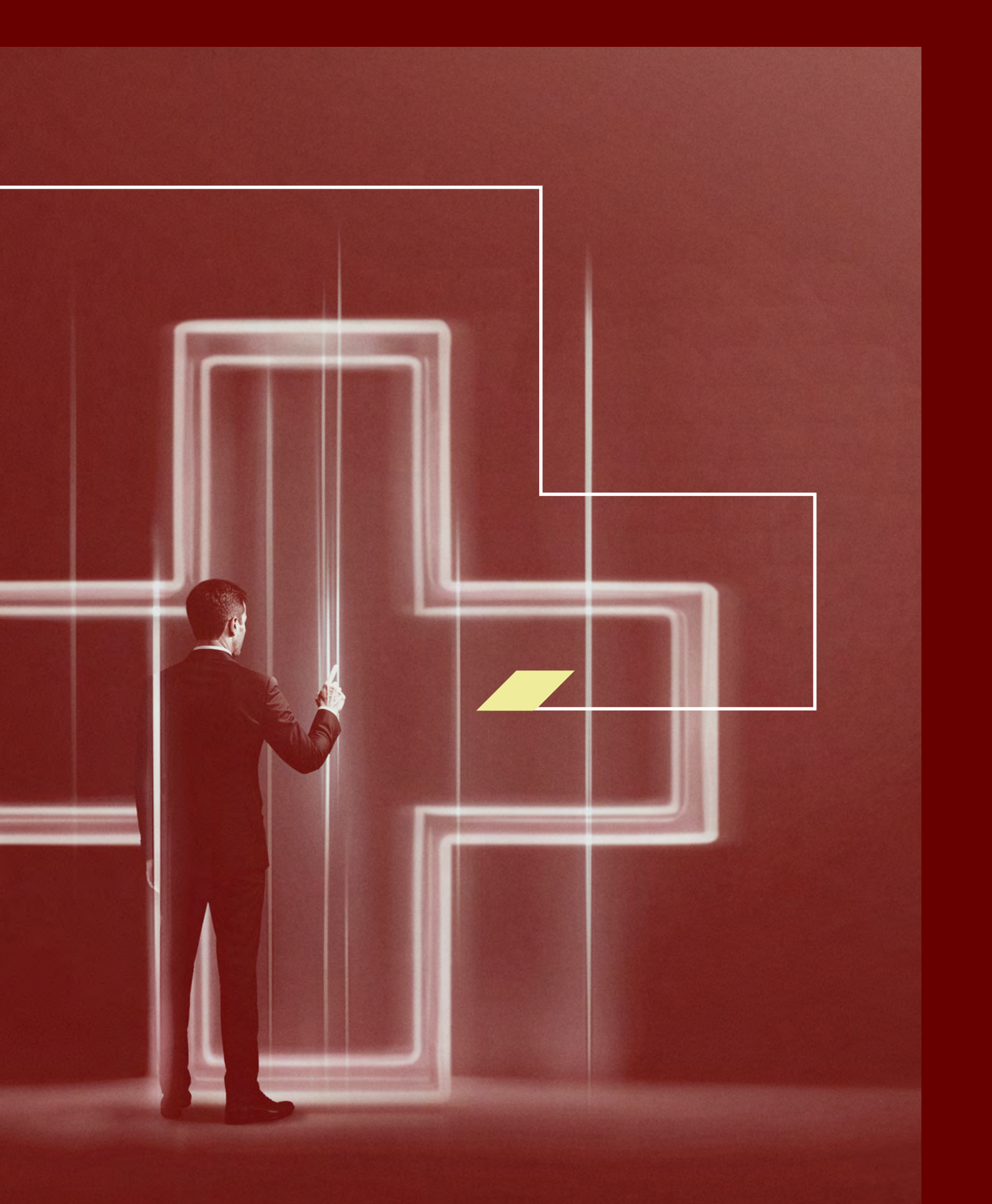
Ein zusätzlicher Impuls kam von Dr. Ramin Dahbashi (TÜV Nord AG), der über „Vertrauenswürdige KI“ und langfristige Perspektiven für Unternehmen sprach. Den Abschluss machte Dr. Patrick Otto, Geschäftsführer des Bundesverbands der Unternehmensjuristinnen und Unternehmensjuristen (BUJ). 



GESUNDHEIT UND PFLEGE

Pflege- und Krankenversorgung zukunfts- sicher aufstellen für eine leistungsfähige Gesundheitswirtschaft. ▀

- 34 **Resilienz stärken, Versorgung sichern**
- 34 **Quarantäne-Erstattungen**
Arbeitgeber tragen die Last
- 36 **Soziale Infrastruktur stärken**
Wirtschaft und Sozialwirtschaft überreichen Positionspapier
- 37 **Förderprogramm Soziale Innovation startet 2025 in vierte Runde**
- 38 **Impulse für ein tragfähiges und modernes Gesundheitswesen**
- 39 **Transformationsfonds**
Milliarden für den Umbau – auf Kosten der Beitragszahler?
- 39 **Prävention statt Stillstand**
Hoher Krankenstand führt zu immensen Kosten
- 40 **Hygiene sichern – Einrichtungen stärken!**
- 41 **Kosten im Blick bei unterstützenden Wohnformen**
- 41 **DHCH – Digital Health City Hannover**
Gesund. Digital. Vernetzt.





RESILIENZ STÄRKEN, VERSORGUNG SICHERN

Die Gesundheits- und Pflegewirtschaft ist ein zentraler Bestandteil der niedersächsischen Wirtschaft. Laut dem Landesamt für Statistik Niedersachsen waren im Jahr 2022 rund 577.700 Menschen in diesem Bereich beschäftigt – das entspricht etwa 13,9 Prozent aller Erwerbstätigen im Land. Die Bruttowertschöpfung der Branche lag bei knapp 27,5 Mrd. €, rund 9 Prozent des niedersächsischen Gesamtwertes.

Gemeinsam setzen wir uns gezielt für die Stärkung dieses Sektors ein. Ein zentrales Instrument ist dabei die Mitwirkung in der sozialen Selbstverwaltung: UVN-Mitgliedsverbände besetzen die Arbeitgeberseite der Verwaltungsräte der AOK Niedersachsen und der KKH und bringen sich aktiv in gesundheitspolitische Diskussionen ein.

Zusätzlich fördern die UVN den fachlichen Austausch über Netzwerke wie den „Dialogkreis Pflege“. Ziel ist es, im Gespräch mit Mitgliedern und Partnern praxisnahe Lösungsansätze zu entwickeln, bürokratische Belastungen zu verringern und die Attraktivität des Sektors für Fachkräfte zu erhöhen. So tragen die UVN dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit der Gesundheits- und Pflegewirtschaft in Niedersachsen langfristig zu sichern. 

Quarantäne-Erstattungen

Arbeitgeber tragen die Last

Im vergangenen Jahr waren wir unter anderem mit dem Niedersächsischen Sozialministerium in einem breiten Austausch bezüglich abgelehnter Erstattungsanträge für Quarantänezeiten. Betroffen sind Fälle, in denen Mitarbeitende symptomlos infiziert und deshalb behördlich zur Absonderung verpflichtet waren, ihre Arbeit aber aufgrund der Eigenart der Tätigkeit nicht im Homeoffice leisten konnten.

Grundlage der Ablehnungen ist die neue Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 20. März 2024 (5 AZR 234/23 und 235/23). Das BAG wertet eine symptomlose Corona-Infektion in Kombination mit der Unmöglichkeit zur Heimarbeit als Arbeitsunfähigkeit – mit der Folge, dass Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber und kein Anspruch auf Erstattung nach § 56 IfSG bestehe.

UVN-Position: Diese rechtliche Einschätzung teilen wir als UVN nicht. Die behördlich angeordnete Absonderung, nicht die Krankheit selbst, verhinderte die Arbeitsleistung. Bei symptomlosen Infektionen anderer Art bestände kein Arbeitsverbot. Die Interpretation des BAG führt zur faktischen Aushöhlung des Erstattungsanspruchs. Unternehmen müssen nun Klagen gegen Ablehnungsbescheide anstrengen, was zu einer Prozesswelle führen könnte.

Verweise auf frühere Klarstellungen durch das Bundesgesundheitsministerium, die Kassenärztliche Bundesvereinigung sowie auf andere verwaltungsgerichtliche Urteile, z. B. des VGH Baden-Württemberg, werden ignoriert. Die Verwaltungspraxis ist weder einheitlich noch nachvollziehbar. Es braucht einen bundesweiten, praxisorientierten Umgang mit symptomlosen Quarantänefällen – und eine Rückkehr zu einem verfassungskonformen Verständnis des Entschädigungsanspruchs nach IfSG. 



Soziale Infrastruktur stärken

Wirtschaft und Sozialwirtschaft überreichen

Positionspapier

UVN, LAG Freie Wohlfahrtspflege, DGB Niedersachsen, IHK Niedersachsen und LHN fordern gemeinsam eine zukunftsgerichtete Infrastrukturstrategie für Niedersachsen. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Umbrüche und wirtschaftlicher Unsicherheiten sollten die Investitionen aus dem Sondervermögen des Bundes dazu beitragen, sowohl wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als auch soziale Daseinsvorsorge zu sichern.

Unternehmen benötigen planbare Rahmenbedingungen, verlässliche Infrastruktur und eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Gleichzeitig braucht ein starker Wirtschaftsstandort auch eine lebendige soziale Infrastruktur – etwa in der Kinderbetreuung, Pflege oder Bildung –, damit Fachkräfte bleiben, Familien Beruf und Fürsorge vereinbaren können und die Lebensqualität im Land erhalten bleibt.

Die unterzeichnenden Organisationen stehen geschlossen hinter dem Ziel, Niedersachsen resilient, wettbewerbsfähig und lebenswert zu halten. Sie fordern die Landespolitik auf, bei der Mittelverwendung des Sondervermögens konsequent auf Verlässlichkeit, Vernetzung und Wirkung zu achten – für eine starke Wirtschaft und eine tragfähige soziale Infrastruktur in Niedersachsen. ▀



Förderprogramm Soziale Innovation startet 2025 in vierte Runde



Fotos © DGB Niedersachsen

Impressionen von der Förderbescheidübergabe im Dezember 2024 in Hannover mit Ministerin Osigus und den Sozialpartnern.

Mit zusätzlichen 1,6 Millionen Euro startet das niedersächsische Förderprogramm „Soziale Innovation“ 2025 in seine vierte Runde. Bis 2027 stehen damit insgesamt 20,2 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF+) für innovative Projekte zur Verfügung. Beim gemeinsamen Auftakt in Hannover betonten Ministerin Wiebke Osigus, der DGB, die UVN, die LAG FW und weitere Partner die Bedeutung sozialer Innovationen für erfolgreiche Regionalentwicklung.

Projektträger aus sechs Städten erhielten Förderzusagen von insgesamt 3,5 Millionen Euro – darunter für Vorhaben in Arbeitswelt, Daseinsvorsorge und sozialer Transformation. Gefördert werden Kommunen, gemeinnützige Träger und soziale Einrichtungen, die neue Lösungsansätze für gesellschaftliche Herausforderungen entwickeln. Bewerbungen sind über die laufenden Projektaufrufe möglich. 

Förderprogramm Soziale Innovation

[Hier zum Förderprogramm >>>](#)



Auf den Punkt: Christoph Meinecke, Minister Dr. Andreas Philippi, Dr. Jürgen Peter und Prof. Dr. Bertolt Meyer über Realität und Innovation im Gesundheitswesen. (v.l.n.r.)

Impulse für ein tragfähiges und modernes Gesundheitswesen

Wie gelingt die Balance zwischen Innovation und finanzieller Tragfähigkeit im Gesundheitswesen? Diese Frage stand im Mittelpunkt unserer Veranstaltung „Auf den Punkt: Das Gesundheitswesen von morgen: Strategien für Innovation und finanzielle Tragfähigkeit“ am 24. April 2025, zu der die UVN gemeinsam mit der AOK Niedersachsen eingeladen hatten. Wirtschaft, Politik, Sozialversicherung und Gesundheitswirtschaft kamen im Sprengel Museum in Hannover zusammen, um über neue Wege für Versorgung, Finanzierung und Strukturreformen zu diskutieren.

In seinem Impuls „Die politischen Weichenstellungen für ein innovatives Gesundheitswesen“ beleuchtete Dr. Andreas Philippi, Niedersachsens Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, zentrale Reformbedarfe und politische Handlungsspielräume. Prof. Dr. Bertolt Meyer von der TU Chemnitz zeigte auf, „Wie interaktive Technologien die Gesundheitsversorgung revolutionieren“.

In der abschließenden Talkrunde „Innovation trifft Realität“ diskutierten Dr. Philippi, Prof. Meyer und Dr. Jürgen Peter, was wir uns im Gesundheitswesen leisten können, wollen und müssen. Unterstützt wurde die Veranstaltung von Digital Health City Hannover. 

Transformationsfonds

Milliarden für den Umbau – auf Kosten der Beitragszahler?

Mit dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) wurde Ende 2024 der Transformationsfonds auf den Weg gebracht. Ab 2026 sollen darüber bis zu 50 Milliarden Euro bereitgestellt werden, um die Krankenhauslandschaft in Deutschland zu modernisieren – u. a. durch Strukturumbau, Digitalisierung, sektorenübergreifende Versorgung und zusätzliche Ausbildungskapazitäten. Die Finanzierung soll zur Hälfte aus Steuermitteln der Länder und zur anderen Hälfte aus Beiträgen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erfolgen.

UVN-Position: Rechtsgutachten, Arbeitgeberverbände und Krankenkassen lehnen diese Form der Finanzierung ab. Investitionen in öffentliche Infrastruktur gehören nach ihrer Überzeugung in die Verantwortung des Staates – nicht in die GKV. Denn Beiträge zur Sozialversicherung sind zweckgebunden für Leistungen an Versicherte. Die geplante Umwidmung belastet Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen und gefährdet die Beitragsstabilität. Rund 2,5 Milliarden Euro jährlich aus der GKV fließen so in den Fonds.

Die Modernisierung der Krankenhausversorgung ist wichtig – aber sie darf nicht zu Lasten der Beitragszahler erfolgen. Arbeitgeber fordern eine vollständige Finanzierung aus Steuermitteln und klare Zuständigkeiten bei den Ländern und dem Bund. 



Prävention statt Stillstand

Hoher Krankenstand führt zu immensen Kosten

2023 waren Beschäftigte in Deutschland im Schnitt rund 22 Tage krankgeschrieben. Das zeigt die Auswertung des Dachverbands der Betriebskrankenkassen. Zwar sank die durchschnittliche Ausfalldauer leicht, doch der Krankenstand bleibt auf hohem Niveau. Besonders im Herbst 2024 sorgten RSV, Corona und Grippe für viele Ausfälle.

Rund 70 Prozent der Krankschreibungen dauerten maximal eine Woche. Teure Langzeitausfälle entstehen vor allem durch Muskel- und Skeletterkrankungen sowie psychische Leiden – beide nehmen mit dem Alter zu. Je älter die Belegschaft, desto länger die Ausfallzeiten. Auch das

schlägt sich in den Zahlen nieder: Unternehmen zahlten 2023 laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales fast 77 Milliarden Euro allein für die Entgeltfortzahlung – rund doppelt so viel wie noch 2010.

UVN-Position: Der steigende Krankenstand ist eine starke wirtschaftliche Belastung. Prävention, Arbeitsgestaltung und betriebliche Gesundheitsstrategien müssen weiter an Bedeutung gewinnen. 

Hygiene sichern – Einrichtungen stärken!

Niedersächsische Verordnung über Hygiene und Infektionsprävention in vollstationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen (NPflegeHygVO)

Als Spitzenverband der niedersächsischen Wirtschaft haben wir gegenüber dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung zum Entwurf der NPflegeHygVO Stellung genommen. Unser Ziel: Gute Hygiene in Pflege- und Betreuungseinrichtungen – aber mit realistischen und umsetzbaren Vorgaben.

Die Informationspflicht bei Verlegungen (§ 10) muss auf anwesende Führungskräfte übertragen werden – nicht auf abwesende Leitungen. Die Annahme, der Mehraufwand halte sich „in Grenzen“, ist insbesondere für die Eingliederungshilfe nicht zutreffend: Es fehlt an Personal, Ersatzkräften und finanziellen Ressourcen. Auch die

interne Hygienekommission (§ 5) sollte praxistauglich geregelt werden – eine jährliche Sitzung ist ausreichend.

UVN-Position: Hygiene darf kein bürokratischer Selbstzweck werden. Was zählt, sind umsetzbare Standards, die Einrichtungen stärken – nicht überfordern. 🚩



Der UVN-Dialogkreis Pflege auf der Pro Care 2025 in Hannover im Austausch mit Minister Dr. Andreas Philippi, innovativen Ausstellern und engagierten Akteuren der Pflegebranche.

Kosten im Blick bei unterstützenden Wohnformen

Mit der neuen Verordnung über bauliche Anforderungen für unterstützende Einrichtungen nach dem Niedersächsischen Gesetz über unterstützende Wohnformen, die am 1. Oktober 2022 in Kraft trat, wurden in Niedersachsen verbindliche bauliche Standards für unterstützende Wohnformen eingeführt. Sie betrifft unter anderem Wohnheime und ambulant betreute Wohngemeinschaften gemäß dem Niedersächsischen Gesetz über unterstützende Wohnformen (NuWG). Ziel ist es, Wohnqualität, Barrierefreiheit und Sicherheit für pflegebedürftige Menschen zu verbessern – durch größere Zimmer, mehr Einzelzimmer, verpflichtendes WLAN, Pflegebäder und bessere bauliche Zugänglichkeit.

Für Neubauten gelten die Vorgaben sofort, für Bestandsbauten greifen sie schrittweise bis Ende 2032. Doch die Umsetzung ist mit erheblichen Investitionskosten für die Träger verbunden, die bislang nicht ausreichend refinanziert werden können – mit der Folge, dass Bewohnerinnen und Bewohner höhere Eigenanteile tragen müssen.

UVN-Position: Wir haben erreicht, dass es im Niedersächsischen Sozialministerium konkrete Planungen für eine Erweiterung der Übergangsregelungen über den 31. Dezember 2032 hinaus gibt. Nun werden wir uns weiter für tragfähige Lösungen zur Finanzierung dieser notwendigen baulichen Anpassungen einsetzen. Nur so bleibt gute Pflege für alle Beteiligten bezahlbar. 

DHCH – Digital Health City Hannover Gesund. Digital. Vernetzt.

Mit rund 76.000 Beschäftigten ist die Gesundheitswirtschaft die stärkste Branche in der Region Hannover. Als Partner der DHCH treiben wir ihre Digitalisierung, Innovationskraft und Vernetzung aktiv voran – und schaffen so Mehrwerte für ganz Niedersachsen. 2024 engagierten wir uns u. a. beim Digital Health Talk, unterstützten das Future Health Lab und diskutierten mit Fachleuten wie Dr. Beate Vajen (GenE3) über Perspektiven für Start-ups. Außerdem brachten wir mit Heide Grimmelmann-Heimburg ihre Expertise in die Jury des Sahlgrenska Global Health Hackathon ein. 

Heide Grimmelmann-Heimburg (UVN) bewertete 2025 als Jurymitglied innovative Gesundheitslösungen beim internationalen Sahlgrenska Global Health Hackathon.



DHCH
Digital Health City Hannover



"A health innovation stands out when it clearly addresses real-world needs with scalable impact, and hackathons are essential because they unleash the creative synergy of interdisciplinary minds under time pressure."

Heide Grimmelmann-Heimburg,
UVN | Unternehmerverbände Niedersachsen

BILDUNG UND FACHKRÄFTE



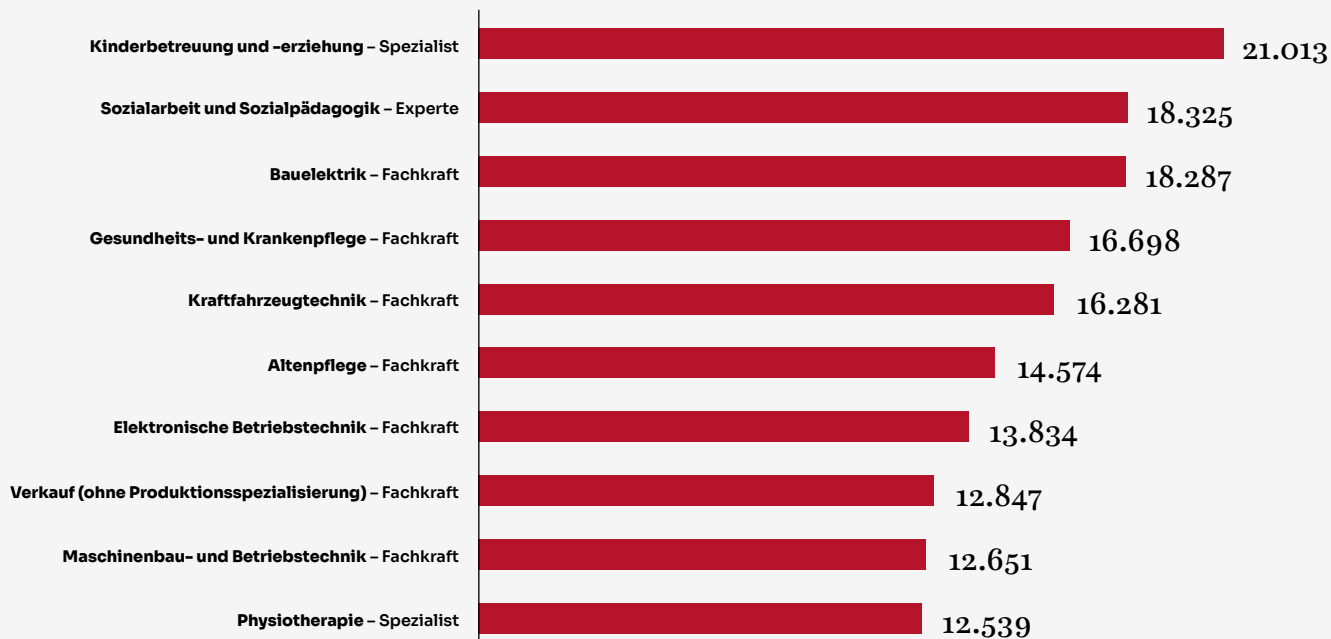
Alle Hebel zur Fachkräftesicherung, -gewinnung und zuwanderung in Bewegung setzen.

- 45 **Fachkräfteinitiative Niedersachsen**
Gemeinsam alle Potenziale heben
- 45 **MINT sichern – Zukunft gestalten**
- 46 **Azubi-Ticket für ganz Niedersachsen**
- 46 **Berufliche Bildung entlasten**
- 47 **UVN Bildungs-Summit 2025**
Berufsorientierung als Schlüssel zum Erfolg
- 48 **SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen**
Brücke zwischen Schule und Beruf
- 49 **Unternehmerin Bianca Rosenhagen und Schulleiter
Ulf Jürgensen im Einsatz für SCHULEWIRTSCHAFT**
- 50 **Bildungspartnerschaft Bauindustrie**
Lehrkräfte entdecken Berufsvielfalt
- 50 **Höherer Praxisanteil im BO-Erlass stärkt den Standort**
- 51 **Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und
Arbeitgeber-Service stärkt Ausbildungsmarkt**
- 51 **Zwangsabgabe schafft keine Ausbildungsplätze**
- 52 **Wirtschaftsempfang**
KI als Brücke zwischen Forschung und Praxis
- 53 **Strukturwandel gestalten – Weiterbildung stärken**
- 54 **Interview – Eine Frage an Tobias Lohmann, BNW**
- 55 **Perspektivwechsel auf Augenhöhe**
Wirtschafts- und Verwaltungsvolontariat Niedersachsen
- 56 **Niedersachsen braucht zentrale Stelle für Fachkräfteverfahren**
- 57 **Budget für Arbeit**
Inklusion leicht gemacht



Die zehn Berufe mit dem größten Fachkräftemangel

Rechnerisch nicht besetzbare offene Stellen, Jahresdurchschnitt 2023/2024, absolut



Quelle: IW-Fachkräftedatenbank auf Basis von Sonderauswertungen der BA und der IAB-Stellenerhebung, 2024

Fachkräfte mit abgeschlossener Ausbildung; Spezialist mit Fortbildungsabschluss (Fachwirt, Meister, Techniker) oder Bachelor; Experte mit Diplom oder Master

Fachkräfteinitiative Niedersachsen

Gemeinsam alle Potenziale heben

Beim Spitzentreffen der Fachkräfteinitiative Niedersachsen (FKI) stellte die Landesregierung am 17. Februar 2025 ihren Zwischenbericht zur Fachkräftestrategie vor. Die Kernbotschaft: Niedersachsen ist aktiv – und das mit breiter Unterstützung aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Acht regionale Fachkräftebündnisse setzen den Rahmen für passgenaue Lösungen vor Ort. Beratung, Austausch und neue Impulse sichern dabei die Verbindung zwischen Landesstrategie und regionalem Handeln. Mit konkreten Projekten wie dem Programm „RIKA“ zur Förderung von Frauen am Arbeitsmarkt, der Unterstützung von „Frauen in Führung im Handwerk (FiF)“ oder der Teilzeit-Ausbildung BERiT für Erziehende wird Fachkräftesicherung aktiv gestaltet. Internationale Initiativen – etwa die neue Partnerschaft mit der marokkanischen Region

Tanger – Tétouan – Al Hoceïma – sollen gezielt Potenziale erschließen und faire Arbeitsmigration ermöglichen.

Die Fachkräfteinitiative Niedersachsen bleibt ein zentrales Instrument, um das gesamte Fachkräftepotenzial zu heben. Als UVN sind wir Teil dieser Initiative und widmen uns in unserer Arbeit konkreten Stellschrauben der Fachkräftesicherung:

- › Berufliche Orientierung stärken
- › Berufliche Ausbildung modernisieren
- › Weiterbildung, Arbeitsqualität und Beschäftigungsfähigkeit sichern
- › Inländische Potenziale heben
- › Arbeitsmarktzuwanderung beschleunigen

MINT sichern – Zukunft gestalten

Auch der MINT-Herbstreport 2024 zeigt: In Niedersachsen gibt es derzeit doppelt so viele offene Stellen im MINT-Bereich wie arbeitssuchende Fachkräfte. Und das trotz konjunktureller Abschwächung. Dieses strukturelle Missverhältnis ist ein klarer Weckruf. Denn als Industriestandort kann sich Niedersachsen einen dauerhaften MINT-Fachkräftemangel nicht leisten. Durch moderne Berufliche Orientierung, praxisnahe Angebote und inspirierenden Unterricht muss es gelingen, klischeefreie junge Menschen für MINT-Berufe zu gewinnen.

SAVE THE DATE

Ideen Expo 2026

20.–28. Juni 2026



Beim ersten Business Lunch von UVN und VdU am 3. Juni 2025 stand das Thema Frauen fördern Frauen im Vordergrund, begleitet durch inspirierende Beiträge von Nele Marike Eble (Chokumi) und Dilek Ruf (BBU.ONSITE).





UVN-Bildungsexpertin Katrin Stumpfenhausen als Jurorin beim IW JUNIOR Landesentscheid – Schülerfirma „Wiesenfrucht“ zieht ins Bundesfinale ein.

Azubi-Ticket für ganz Niedersachsen

Die niedersächsische Landesregierung hatte ein vergünstigtes Deutschlandticket für Auszubildende im Koalitionsvertrag angekündigt – doch im Haushaltsentwurf fehlt jede Spur davon. Das ist ein Versäumnis mit Folgen: „Die Azubis von heute sind die Fachkräfte von morgen“, so UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe. „Wenn wir mehr junge Menschen für eine Ausbildung gewinnen wollen, müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern – dazu gehört auch die bezahlbare und mindestens niedersachsenweite Mobilität.“

In verschiedenen Regionen Niedersachsens existieren zwar bereits regionale Azubi-Tickets, diese gelten jedoch nur innerhalb bestimmter Verkehrsverbünde und sind nicht landesweit nutzbar. Dabei ist dies gerade im Flächenland Niedersachsen für die Erreichbarkeit von Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben entscheidend.

Berufliche Bildung entlasten

Die Zielsetzung der Niedersächsischen Kultusministerin Julia Willie Hamburg, Berufsschulen von Bürokratie zu entlasten, Umschulungen zu erleichtern und auf überflüssige Zertifizierungen zu verzichten, greift zentrale Forderungen der Wirtschaft auf.

1. Bürokratieabbau an Berufsschulen:

Verwaltungsaufwand von dokumentations- und nachweispflichtigen Prozessen bindet dringend benötigte Lehr- und Organisationskapazitäten – seine Reduzierung steigert unmittelbar die Bildungsqualität.

2. Erleichterung von Umschulungen:

Eine höhere Durchlässigkeit zwischen Berufsabschlüssen, mehr Anrechnungsmöglichkeiten und vereinfachte Anerkennungsverfahren wirken integrationsfördernd und stärken den Fachkräftemarkt.

3. Abschaffung der Zertifizierungspflicht für Träger:

Qualitätssicherung ist notwendig, darf jedoch nicht in administrativer Erstarrung enden.

Der Verzicht auf Doppelzertifizierungen und der vermehrte Einsatz pragmatischer Instrumente sind sinnvoll.

UVN-Position: Die berufliche Bildung ist das Rückgrat der Fachkräftesicherung. Es braucht den Mut zur Vereinfachung, Vertrauen in Schulen und Träger – und eine konsequente Ausrichtung an den Bedarfen der Betriebe. Die UVN stehen als Partner bereit. ▀



UVN Bildungs-Summit 2025

Berufsorientierung als Schlüssel zum Erfolg

SAVE THE DATE

3. UVN Bildungs-Summit

18. März 2026

Früh ansetzen, gezielt begleiten, gemeinsam Verantwortung übernehmen – unter diesem Dreiklang stand der zweite UVN Bildungs-Summit am 19. März 2025 im KarriereCampus Hannover. Mehr als 200 Gäste aus Wirtschaft, Schule, Wissenschaft und Politik kamen zusammen, um darüber zu diskutieren, wie Berufsorientierung gelingen und dem Fachkräftemangel nachhaltig begegnet werden kann.

Den inhaltlichen Auftakt bildete der Impuls der Niedersächsischen Kultusministerin Julia Willie Hamburg. Sie stellte die Eckpunkte des neuen Erlasses zur Beruflichen Orientierung vor mit dem Ziel, Berufsorientierung als Bildungsauftrag zu verstehen und individuelle Wege zu ermöglichen – durch flexible schulische Konzepte, starke regionale Netzwerke und verbindliche Kooperationen mit der Wirtschaft.

In den Beiträgen wurde deutlich: Berufsorientierung beginnt früh, ist breit aufzustellen und braucht Akteure mit Praxisnähe und Haltung. Fachliche Impulse kamen von Ina de Groot (Handwerkskita „Alles im Lot“), Carsten Hüge (GOBS Gehrden), Prof. PD Dr. Johannes Siebert (Management Center Innsbruck), Christian Jahnke (Sekundarschule Soest), Holger Meyer (Bechtle IT-Systemhäuser Hannover/Bielefeld), Prof. Dr. Birgit Reißig (Deutsches Jugendinstitut) sowie die Vorsitzenden von SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen Bianca Rosenhagen (Rosenhagen Metallbau GmbH) und Ulf Jürgensen (Berufsbildende Schulen Burgdorf).

In der Podiumsdiskussion mit Matteo Feind (Landeschülerrat), Miriam Kaschel (Landeselternrat), Bettina Dennhardt (Bundesagentur für Arbeit), Ralf Neugschwender (Verband Deutscher Realschullehrer), Christian Krakau (Philologenverband Niedersachsen) und Malte Benesch (Georg Parlasca Keksfabrik GmbH) stand die Frage im Mittelpunkt, wie ein Übergang von Schule in Beruf ohne Brüche gelingt – unabhängig von Herkunft oder Bildungsweg.

Der UVN Bildungs-Summit zeigte: Berufsorientierung braucht systematische Strukturen, aber auch Herzblut, Vorbilder und Kommunikation. Es geht darum, Jugendlichen realistische Perspektiven zu eröffnen – und das Netzwerk zwischen Schule und Wirtschaft weiter zu stärken. Dank an unsere Unterstützer SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen, Bechtle, FUJOUR und Karriere Campus Hannover. 

Stream UVN Bildungs-Summit 2025

[Hier zum Stream >>>](#)

SCHULEWIRTSCHAFT NIEDERSACHSEN

Brücke zwischen Schule und Beruf

SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen ist ein landesweites Netzwerk, das Schulen und Unternehmen miteinander verbindet – mit dem Ziel, junge Menschen frühzeitig und praxisnah auf ihren Übergang in die Arbeitswelt vorzubereiten. Die Initiative fördert den Austausch zwischen Lehrenden, Jugendlichen und Unternehmen und sorgt so für Orientierung, Berufsvielfalt und reale Einblicke in den Arbeitsmarkt.

Träger der Initiative ist der Spitzenverband der niedersächsischen Wirtschaft, die Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN). Die operative Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft (BNW).

Mit regionalen Netzwerken, kreativen Ideen und persönlichem Engagement bringt SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen Bewegung in die Berufsorientierung – für mehr Chancen, bessere Übergänge und starke Fachkräfte von morgen. 

Inhaltliche Schwerpunkte von SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen:

- Betriebspraktika und Schnuppertage
- Berufsinformationstage und Messen
- Workshops und Seminare zur Kompetenzentwicklung
- Mentoring und Unterstützung beim Übergang Schule-Beruf
- Enger Austausch zwischen Schulen und Unternehmen

Frühjahrstagung 2025 SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen





SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen Vorsitzende Bianca Rosenhagen (r.) und Ulf Jürgensen (l.) mit Katrin Stumpfenhausen.

Mitgliederstimmen



Heike Hafenmaier, Geschäftsführerin, Arbeitgeberverband im Bezirk Hildesheim e.V.

„Ein langfristig angelegtes, praxisbezogen ausgerichtetes Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT ist für jede Region alternativlos, so dass zum Mitmachen aufgerufen ist, wem Berufsorientierung am Herzen liegt.“

Unternehmerin Bianca Rosenhagen und Schulleiter Ulf Jürgensen im Einsatz für SCHULEWIRTSCHAFT

Im Rahmen der Herbsttagung am 13. November 2024 hat SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen turnusgemäß zwei neue Vorsitzende gewählt.

Bianca Rosenhagen, Unternehmerin aus dem Metall- und Stahlbau (Rosenhagen GmbH), wurde einstimmig als Vorsitzende von Seiten der Wirtschaft im Amt bestätigt. Sie engagiert sich seit vielen Jahren in der Initiative und zeigt beispielhaft, wie Betriebe vor Ort und über digitale Kanäle Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte für technische Berufe begeistern können.

Ulf Jürgensen, Schulleiter der Berufsbildenden Schulen (BBS) Burgdorf, wurde zum neuen Vorsitzenden von Seiten der Schulen gewählt. Er bringt langjährige Erfahrung aus der schulischen Praxis ein und folgt auf Irmgard Pöling, die das Amt mehr als sechs Jahre lang geprägt hat.

Die Geschäftsführung der Initiative liegt bei Katrin Stumpfenhausen (UVN), unterstützt von Stefanie Pulst als neuer Vertreterin des Bildungswerks der Niedersächsischen Wirtschaft (BNW).

Im Mittelpunkt der Herbsttagung 2024 stand die „Zusätzliche Berufliche Orientierung an berufsbildenden Schulen“. Vorgestellt wurden unter anderem die Erprobung der BNW-Praktikumswochen sowie der aktuelle Stand des BO-Erlasses.

Bei der Frühjahrstagung am 7. Mai 2025 stand das Thema Marke im Mittelpunkt. Mit Uwe Berger (B&B Markenagentur) und Claudia Köhler (BNW) startete das Netzwerk mit LEGO® SERIOUS PLAY® in einen kreativen Entwicklungsprozess zur Weiterentwicklung von SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen. 

Bildungspartnerschaft Bauindustrie

Lehrkräfte entdecken Berufsvielfalt

Im Rahmen der Bildungspartnerschaft zwischen SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen und der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen fand am 26. März 2025 in Bad Zwischenahn die Fortbildung „Bauberufe für Lehrkräfte“ statt. Ziel ist es, Lehrkräften praxisnahe Einblicke in die Bauwirtschaft zu geben und die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Ausbildungsbetrieben zu stärken.

Die Teilnehmenden erhielten Impulse von Bianca Rosenhagen (SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen), Jörn P. Makko (Bauindustrie Niedersachsen-Bremen), Moritz Lohe (VBB Nord), André Hannig (Ludwig Freytag GmbH), Melanie Campbell (Bau-ABC Rostrup), Katrin Stumpenhäusen (UVN) und Kai Hollwege (RLSB). Besonders im Fokus: Kooperationsmöglichkeiten, Berufsorientierungsangebote und Betriebspraktika für Lehrkräfte.

Mit Rundgang, Mitmachstationen und Austausch vor Ort wurde deutlich: Die Bauwirtschaft bietet vielfältige Perspektiven – für junge Menschen und die schulische Berufsorientierung. 



Höherer Praxisanteil im BO-Erlass stärkt den Standort

Als Spitzenverband der niedersächsischen Wirtschaft begrüßen wir die stärkere Verankerung praxisnaher Elemente in allen Schulformen im Erlass zur Beruflichen Orientierung (BO). Besonders positiv bewerten wir die geplanten zusätzlichen Praktika, die engere Zusammenarbeit mit Berufsbildenden Schulen sowie die Ausweitung der Berufsorientierung an Gymnasien.

UVN-Position: Junge Menschen brauchen frühzeitig Orientierung und echte Einblicke in die Arbeitswelt – unabhängig vom Bildungsweg. Entscheidend wird sein, dass Schulen den neuen BO-Erlass nicht nur formal umsetzen, sondern mit Leben füllen. Die UVN unterstützen diesen Weg aktiv – mit ihren Netzwerken, Projekten und Partnern vor Ort. 



POTENZIALE.STÄRKEN.WIRTSCHAFT:
Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Johannes Pfeiffer, Benedikt Hüppe u.a. diskutierten beim BA-Fachkräfte-Panel am 22. Mai 2025 über neue Wege zur Fachkräftesicherung.

Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Arbeitgeber-Service stärkt Ausbildungsmarkt

Trotz einer saisonal bedingten Entspannung auf dem Arbeitsmarkt blieb die Lage im März 2025 angespannt: Rund 276.600 Menschen in Niedersachsen waren arbeitslos, die Unterbeschäftigung stieg auf über 341.000 Personen. Besonders alarmierend ist der deutliche Rückgang gemeldeter Stellen sowie der anhaltende Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit.

Die Herausforderung: Das sogenannte Matching zwischen Betrieben und jungen Menschen muss besser werden. Deshalb arbeiten alle Arbeitsmarktpartner – von den Arbeitgeberverbänden über die Bundesagentur für Arbeit bis hin zu Gewerkschaften und Kammern – intensiv an weiteren Maßnahmen. Es wurden spezielle Unterstützungsangebote entwickelt, um Unternehmen bei

der Ausbildungsplatzvergabe zu entlasten und jungen Menschen den Einstieg zu erleichtern. Ein praxisnahes Whitepaper der Bundesagentur für Arbeit informiert über erfolgreiche Ausbildungsbetreuung, die Rolle der Assistierten Ausbildung (AsA) und die vielfältigen Services des Arbeitgeber-Service der BA.

UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe betonte während eines gemeinsamen Pressetermins die Bedeutung einer verlässlichen Berufsorientierung und forderte alle Unternehmen auf, freie Ausbildungsplätze der BA zu melden – unkompliziert und ohne Registrierung. 

Ausbildungsstellen melden

[Hier melden >>>](#)

Kostenloses Whitepaper für die Azubisuche | Faktor-A

[Hier zum Whitepaper >>>](#)

Zwangsabgabe schafft keine Ausbildungsplätze

Die Einführung einer bundesweiten Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir entschieden ab. Die Ausbildungsbereitschaft lässt sich nicht per Gesetz verordnen – sie braucht verlässliche Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und gezielte Unterstützung. Eine pauschale Abgabe hingegen schafft neue Bürokratie, setzt Fehlanreize und gefährdet vorhandene Ausbildungsstrukturen.

Besonders kleine und mittlere Unternehmen, die bereits Ausbildungsplätze anbieten oder aufgrund struktureller Herausforderungen nicht ausbilden können, würden durch eine solche Abgabe unverhältnismäßig getroffen. Wir setzen auf Freiwilligkeit, Praxisnähe und faire Bedingungen – nicht auf Abgaben und Zwang. Ausbildungsbereitschaft entsteht durch Vertrauen, nicht durch Strafzahlungen. 



WIRTSCHAFTSEMPFANG

KI als Brücke zwischen Forschung und Praxis

Rund 600 Gäste aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik folgten am 24. Februar 2025 der gemeinsamen Einladung der Leibniz Universität Hannover (LUH) und der Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN) zum Wirtschaftsempfang im Lichthof der LUH. Die etablierte Kooperationsveranstaltung stand unter dem Titel: „KI – Gamechanger in Wissenschaft und Wirtschaft?“

Ziel des Abends war es, den Austausch zwischen unternehmerischer Praxis und wissenschaftlicher Exzellenz zu vertiefen. In seiner Begrüßung unterstrich LUH-Präsident Prof. Dr. Volker Epping die Bedeutung tragfähiger Synergien: „Wirtschaft und Wissenschaft profitieren gleichermaßen von einem intensiven Know-how-Transfer – über gemeinsame Forschung, aber auch über Ausgründungen und die Entwicklung anwendungsorientierter Lösungen.“

Das Thema Künstliche Intelligenz wurde in zehn kompakten Pitches aus unterschiedlichsten Perspektiven beleuchtet – und dabei deutlich: KI ist kein isoliertes Technologiefeld, sondern durchdringt nahezu alle Fachbereiche. Präsentiert wurden unter anderem KI-Anwendungen zur Bauwerksüberwachung, in der Robotik und in der Kommunikation. Beiträge zum KI-basierten mRNA-Design oder zur emissionsbasierten Datenverarbeitung zeigten, wie KI bereits heute konkrete Beiträge zu medi-

zinischem Fortschritt und Klimaschutz leisten kann. Auch ethische, rechtliche und gestalterische Fragen wurden aufgegriffen – etwa mit Blick auf KI-generierte Bilder, automatisierte Rechtsberatung oder neue Formen der Interaktion zwischen Mensch und Maschine.

Im Schlusswort hob UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe die gemeinsame Verantwortung hervor: „KI verändert nicht nur Prozesse, sondern ganze Geschäftsmodelle. Für Wirtschaft und Wissenschaft bedeutet das: gemeinsam gestalten, statt abwarten.“

Ermöglicht wurde der Wirtschaftsempfang durch die Unterstützung von ExxonMobil, RSM Ebner Stolz, neu/wagen, Digital Health City Hannover, hannoverimpuls und die exposive medien gruppe. 

STRUKTURWANDEL GESTALTEN – WEITERBILDUNG STÄRKEN



UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe erläutert im ZDF-Interview am 7. März 2025 die strukturellen Ursachen von Entgeltunterschieden.

Der technologische, ökologische und demografische Wandel verändert Arbeitsplätze und Qualifikationsanforderungen tiefgreifend. Arbeitgeber tragen eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, Beschäftigte zukunfts- fest weiterzubilden – doch sie brauchen praxistaugliche, unbürokratische und betrieblich anschlussfähige Instrumente.

Passgenaue, praxisnahe Qualifizierung bietet dabei nicht nur Entwicklungschancen für bestehende Fachkräfte, sondern auch großes Potenzial für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt und fachfremde Beschäftigte. Gerade sie brauchen individuell zugeschnittene Programme mit niedrighschwelligem Zugängen, gezielter Begleitung und enger Verzahnung mit betrieblichen Bedarfen. So wird Weiterbildung zum wirksamen Hebel gegen Fachkräftemangel und für mehr Teilhabe am Erwerbsleben – ein Gewinn für alle Seiten. ▀

Empfehlungen für Arbeitgeber:

- › **Weiterbildung strategisch verankern:** Planen Sie Qualifizierung als Teil Ihrer Unternehmensstrategie – insbesondere für Fachkräfte in Schlüsselpositionen oder mit Weiterentwicklungsbedarf durch Digitalisierung oder Transformation.
- › **Betriebsnahe Angebote nutzen:** Setzen Sie auf praxisorientierte Weiterbildungsformate, die zeitlich, inhaltlich und didaktisch auf Ihre betrieblichen Anforderungen abgestimmt sind.
- › **Förderprogramme gezielt einsetzen:** Nutzen Sie Instrumente wie das Qualifizierungsgeld, wenn sie planbar und passgenau ausgestaltet sind. Vermeiden Sie Bürokratie und prüfen Sie den Nutzen im Verhältnis zum Aufwand.
- › **Partnerschaften ausbauen:** Kooperieren Sie mit Bildungsträgern, Kammern und regionalen Netzwerken. So können branchenspezifische Angebote entstehen und Fachkräfte gezielt entwickelt werden.
- › **Eigenverantwortung stärken:** Weiterbildung funktioniert nur gemeinsam. Motivieren Sie Ihre Beschäftigten zur aktiven Mitgestaltung und machen Sie Entwicklungschancen transparent.

EINE FRAGE AN

Tobias Lohmann, Hauptgeschäftsführer,
BNW – Bildungswerk der Niedersächsischen
Wirtschaft gemeinnützige GmbH



TOBIAS LOHMANN

Welche Angebote des BNW helfen Unternehmen aktuell am meisten, ihre Aufgaben in der Personal- arbeit umzusetzen?

„Wir unterstützen Unternehmen genau dort, wo sie im Strukturwandel gefordert sind: bei der Suche nach Fachkräften, bei der Qualifizierung und bei notwendigen Personalveränderungen.

Personaltransfers, Transfergesellschaften und Jobdrehscheiben ermöglichen faire Lösungen in Veränderungsprozessen – vorausschauend, einvernehmlich und mit Anschlussorientierung. Die Nachfrage ist hoch, weil der Bedarf an gut gestalteten Übergängen wächst.

Gleichzeitig gewinnen wir internationale Fachkräfte, die wir sprachlich, fachlich und kulturell in die Betriebe integrieren – ein Gegenpol zum Personalabbau und essenziell für viele Branchen.

Auch im Ausbildungsbereich ist das BNW ein starker Partner: Wir übernehmen Organisation, Begleitung und Training für Unternehmen, die keine eigene Ausbildungsabteilung haben.

Und wir bringen Künstliche Intelligenz in die Anwendung: Mit unserem „KI-Compliance-Beauftragten“ stärken wir die Rechtssicherheit, mit Trainings und Beratung fördern wir die Umsetzung in der Praxis.

So helfen wir Unternehmen, ihre Personalarbeit zukunftsfest und handlungsfähig aufzustellen – regional verankert, unternehmerisch orientiert. 

Angebot des BNW

[Hier zum Angebot >>>](#)

Perspektivwechsel auf Augenhöhe

Wirtschafts- und Verwaltungsvolontariat Niedersachsen

Seit 1988 bringen das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung und die UVN Führungskräfte aus Verwaltung und Wirtschaft im Rahmen des Wirtschafts- und Verwaltungsvolontariats zusammen. Ziel ist es, durch Perspektivwechsel mehr Verständnis für die jeweiligen Strukturen, Entscheidungsprozesse und Herausforderungen zu schaffen – für bessere Zusammenarbeit und fundierte Entscheidungen.

Im Herbst 2024 tauschten 14 Führungskräfte aus Unternehmen ihren Arbeitsplatz für zwei Wochen mit einer Station in der niedersächsischen Landesverwaltung. Der Startschuss fiel am 4. November mit einer gemeinsamen Begrüßung durch Staatssekretär Stephan Manke und unseren stellvertretenden UVN-Hauptgeschäftsführer Christoph Meinecke. Im Mittelpunkt standen Besuche im Niedersächsischen Landtag und in der Justizvollzugsanstalt Hannover sowie individuelle Hospitationen in verschiedenen Landesressorts. Den Abschluss bildete eine gemeinsame Fahrt nach Berlin mit Gesprächen im Bundestag, der Landesvertretung und dem Bundesrat.

Im Frühjahr 2025 absolvierten 14 Führungskräfte aus Ministerien und Behörden ihr zweiwöchiges Wirtschaftsvolontariat in niedersächsischen Unternehmen. Der Auftakt fand bei Clarios statt – mit spannenden Einblicken in innovative Energiespeicherlösungen und intensiven Gesprächen zu aktuellen industriepolitischen Themen.

Das Volontariat ist längst mehr als ein Austauschprogramm – es ist ein bewährtes Instrument der Personalentwicklung und ein starkes Zeichen für kooperatives Denken. UVN und das Innenministerium setzen auch künftig auf diesen wertvollen Dialog – für mehr Transparenz, mehr Vernetzung und eine praxisnahe Wirtschaftspolitik. 





Am 1. August 2024 besuchten BA, Bundesregierung und unsere UVN-Bildungs- und Arbeitsmarkt-Expertin Katrin Stumpenhausen die temps-Unternehmensgruppe – Thema: erfolgreiche Integration Geflüchteter und bürokratische Hürden.

Niedersachsen braucht zentrale Stelle für Fachkräfteverfahren

Im April 2025 reichten wir eine Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung zur Änderung der ZustVO-ASVS ein. Darin begrüßen die UVN die geplante Schaffung einer zentralen Stelle zur Durchführung des beschleunigten Fachkräfteverfahrens. Eine einheitliche Zuständigkeit verspricht nicht nur eine Entlastung der Kommunen, sondern auch eine konsistentere Anwendungspraxis in Niedersachsen – ein Schritt, den andere Bundesländer bereits gegangen sind.

Aus Sicht der niedersächsischen Wirtschaft ist dies dringend notwendig: Die bisherigen Strukturen waren für Unternehmen und internationale Fachkräfte häufig zu langsam und unübersichtlich. Die neue Stelle sollte daher gezielt zur weiteren Digitalisierung und Verfahrensbeschleunigung genutzt werden. Nur so kann Niedersachsen im Wettbewerb um internationale Fachkräfte bestehen. ▀

Mitgliederstimmen



Dr. Reinhard Schrader, Geschäftsführer, Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Niedersachsen-Bremen e.V.

„Mit der Akquise von Fachkräften sind Aufwand und Kosten verbunden, die für vergleichsweise kleine Betriebe ohne Unterstützung allein nicht leistbar sind. Das reicht von Einreiseformalitäten, Übersetzung von Dokumenten, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen bis hin zu einem ausreichenden Angebot zum Sprachwerb. Hier sollten sich Arbeitsagenturen, Kammern und Ausländerbehörden zur Unterstützung der Betriebe noch stärker vernetzen und einen speziellen Service anbieten, wobei die Schaffung einer zentralen Stelle in der Ausländerbehörde, die schnelle, standardisierte und unbürokratische Abläufe gewährleistet, schon ein wichtiger Schritt nach vorn wäre.“

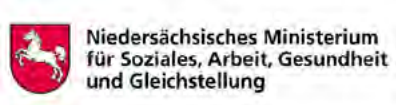


Budget für Arbeit Inklusion leicht gemacht

Menschen mit Behinderungen erhalten mit dem Budget für Arbeit die Chance, einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nachzugehen – unterstützt durch individuelle Begleitung und finanzielle Förderung. Für Unternehmen bedeutet das: neue Potenziale erschließen, gesellschaftliche Verantwortung zeigen und dem Fachkräftemangel aktiv begegnen.

Die UVN haben das Thema im vergangenen Jahr durch vielfältige Formate unterstützt. Bei der landesweiten Talkrunde „Quo Vadis Teilhabe an Arbeit und Bildung“ der LAG Arbeit | Bildung | Teilhabe Niedersachsen stellten wir das gemeinsame Projekt vor, das individuelle Stärken in den Mittelpunkt stellt und durch gezielte Förderung berufliche Teilhabe ermöglicht, und diskutierten gemeinsam mit Arbeitsminister Dr. Andreas Philippi neue Wege inklusiver Beschäftigung.

Unterstützt von:



Annetraud Grote
Niedersächsische Landesbeauftragte
für Menschen mit Behinderungen
Selbstbestimmt. Klar.



Flyer Budget für Arbeit

[Hier zum Flyer >>>](#)

Ihre Vorteile als Unternehmen:

- Gelebte soziale Verantwortung zeigen
- Motivierte, zuverlässige Arbeitskräfte gewinnen
- Entlastung Ihrer Belegschaft durch Übernahme von Anleitung und Begleitung bei allen Fragen
- Finanzielle Förderung und Lohnkostenzuschüsse von bis zu 75 Prozent
- Ersparnis bei der Ausgleichsabgabe
- 250 Euro monatlicher Zuschuss bei erfüllter Beschäftigungsquote

Zudem haben wir zu zwei Informationsveranstaltungen in Syke und Emden eingeladen – mit praktischen Einblicken in gelungene Übergänge aus der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) in reguläre Beschäftigung. Vor Ort erwarteten die Teilnehmenden Erfahrungsberichte, Impulse und die Möglichkeit, Talente kennenzulernen und Förderoptionen direkt zu besprechen. 

BÜRO

KRATIE
UND

FINANZEN





Endlich Bürokratieabbau, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren und eine wirkliche Steuerreform umsetzen.

- 60 **Investitionen realisieren**
Planung und Genehmigung beschleunigen
- 61 **Clearingstelle Niedersachsen**
Mehr Wirkung und Laufzeitverlängerung bis 2028
- 62 **Feste Stichtagsregelung bei Gesetzesänderungen entlastet Unternehmen**
- 63 **Bürokratieentlastungsgesetz IV bleibt deutlich unter den Möglichkeiten**
- 64 **EU-Kommission reagiert auf Kritik**
Ziel: Weniger Bürokratie durch Omnibus-Verordnung
- 66 **Beim Digitalisierungsfahrplan den Anschluss nicht verpassen**
- 67 **EUDI-Wallet**
Strategische Chance für Niedersachsen
- 67 **Steuerbelastung auf maximal 25 Prozent senken**
- 68 **Sustainable Finance**
Anforderungen an die Realwirtschaft
- 68 **NBank zieht positive Förderbilanz 2024**
- 69 **Insolvenzen in Niedersachsen auf hohem Niveau**



Investitionen realisieren

Planung und Genehmigung beschleunigen

Die Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren gelten vielfach als Investitionshemmnis – insbesondere für Infrastrukturvorhaben und Transformationsprojekte. Vor diesem Hintergrund luden wir am 4. Juni 2025 zur Fachveranstaltung „Investitionen realisieren – Planungen und Genehmigungen rechtssicher beschleunigen“ ein.

Ziel war es, den fachlichen Austausch zwischen Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Beratung zu fördern und konkrete Lösungsansätze für effizientere Verfahren zu diskutieren. In Fachbeiträgen und Diskussionsrunden wurde deutlich: Beschleunigung ist möglich – wenn politische Prioritätensetzung, rechtssichere Vereinfachung und der systematische Abbau bürokratischer Hemmnisse zusammengedacht werden.

In seinem Impuls betonte Schirmherr Umweltminister Christian Meyer: Planung beschleunigen heißt, Verantwortung übernehmen. Diese Aussage wurde von den Teilnehmenden mit eigenen Erfahrungen aus der Praxis gespiegelt. Weitere Impulse gingen ein auf die Umsetzung des Bund-Länder-Pakts zur Verfahrensbeschleunigung,

die niedersächsische Taskforce Energiewende, die rechtliche Ausgestaltung von Energierecht, Baurecht und Kreislaufwirtschaft sowie Praxisbeispiele aus dem Center of Excellence Bürokratieabbau des VCI Nord, das konkrete Verbesserungsvorschläge aus Unternehmen aufgreift.

Wir bedanken uns bei allen Mitwirkenden und Teilnehmenden für die vielfältigen Perspektiven und Diskussionen sowie für die Unterstützung der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen, des Verbands der Chemischen Industrie Nord (VCI Nord), des vdw Niedersachsen Bremen, der IHK Hannover, der Ingenieurkammer Niedersachsen, Andrea Versteyl Rechtsanwälte sowie Kirchner Ingenieure. 



Clearingstelle Niedersachsen

Mehr Wirkung und Laufzeitverlängerung bis 2028

Um Planungs- und Rechtssicherheit für Unternehmen zu verbessern, setzen wir uns seit Langem für eine verbindliche und dauerhafte Verankerung der Clearingstelle in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Landesregierung ein – inklusive Initiativrecht und Pflichtprüfung wirtschaftsrelevanter Regelungsvorhaben. Die im Juni 2025 vom Kabinett beschlossene Verlängerung bis Ende 2028 und Stärkung der Clearingstelle ist daher ein Schritt in die richtige Richtung – und ein deutliches Signal für mehr Praxisnähe in der Rechtsetzung.

Bürokratie ist ein erheblicher Wettbewerbsnachteil – gerade für kleine und mittlere Unternehmen. Umso wichtiger ist es, dass jedes neue Gesetz und auch bestehende Regelungen künftig systematisch auf ihre Praxistauglichkeit geprüft werden. Die Clearingstelle soll dabei nicht nur wie bisher im Gesetzgebungsverfahren beraten, sondern nun auch ein Initiativrecht erhalten, um bestehende Normen auf Vereinfachungspotenzial zu prüfen. Zudem sind sogenannte Praxischecks geplant, mit denen gezielt Erfahrungen aus der Unternehmensrealität einbezogen werden. 

Mitgliederstimmen



Karl-Heinz Bley, Präsident,
Landesverband des Kraftfahrzeuggewerbes
Niedersachsens-Bremen e.V.

„Der EU-Ombuds-Plan zum Bürokratieabbau bringt neuen und hoffentlich nachhaltigen Drive – besonders die vorgesehenen Entlastungen für KMU sind überfällig. Denn die Realität ist: Der Meister verbringt heute mehr Zeit am Schreibtisch als in der Werkstatt.“

Feste Stichtagsregelung bei Gesetzesänderungen entlastet Unternehmen

Im April 2025 nahmen wir für die niedersächsische Wirtschaft gegenüber der Landesregierung Stellung zu einer geplanten Änderung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Landesregierung und der Ministerien (GGO). Kern der Änderung ist die Einführung einer sogenannten Stichtagsregelung: Künftig sollen wirtschaftsrelevante gesetzliche Regelungen grundsätzlich nur noch zu festen Terminen – etwa zwei Mal im Jahr – in Kraft treten. Ziel ist es, Unternehmen mehr Planungssicherheit zu geben, kurzfristige Belastungsspitzen zu vermeiden und Verwaltungsprozesse zu stabilisieren.



UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe am 12. Januar 2025 beim MIT-Neujahrsempfang im Landkreis Rotenburg in Bremervörde.

Aus Sicht der UVN ist dies ein sinnvoller und notwendiger Schritt, um die Planbarkeit gesetzlicher Vorgaben zu verbessern, Bürokratielasten abzubauen und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen wirksam zu entlasten. Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen: Ohne feste Stichtage entstehen erhebliche Belastungen durch kurzfristige Gesetzesänderungen, parallele Inkrafttrittsdaten und administrative Unklarheit – insbesondere im Bau- und Genehmigungsbereich.

Damit die Regelung Wirkung entfalten kann, muss sie in eine bessere Rechtsetzung eingebettet sein: mit Mindestfristen zwischen Verkündung und Inkrafttreten, klaren Rechtsfolgen, nachvollziehbaren Gebührenregelungen und realistischen Umsetzungsfristen. Zentrale Voraussetzung ist zudem eine KMU-orientierte Gesetzesfolgenabschätzung und die verbindliche Prüfung durch die Arbeitsgruppe Normenprüfung. Auch ein verpflichtender Digitalcheck ist erforderlich, um die Tauglichkeit neuer Regelungen für eine digitalisierte Verwaltung sicherzustellen.

Unklar bleibt, welche Regelungen als „wirtschaftsbelastend“ gelten. Ebenso bedarf die Ausnahmeregelung einer praxistauglichen Ausgestaltung. Hier empfehlen wir klare Handreichungen und nachvollziehbare Kriterien für Ausnahmen. 



UVN-Präsident Dr. Andreas Jäger und UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe am 7. November 2024 im Gespräch mit den Gremien unseres Mitglieds AWV über die Herausforderungen der Jade Wirtschaftsregion.

Bürokratieentlastungsgesetz IV bleibt deutlich unter den Möglichkeiten

Am 26. September 2024 hat der Deutsche Bundestag das Bürokratieentlastungsgesetz IV (BEG IV) verabschiedet. Ziel ist es, Wirtschaft und Verwaltung jährlich um rund 944 Millionen Euro zu entlasten.

In seiner Halbzeitbilanz vom 1. Oktober 2025 begrüßte der Nationale Normenkontrollrat (NKR) einzelne Maßnahmen wie das BEG IV, kritisierte jedoch, dass der Bürokratieabbau insgesamt zu langsam, zu zögerlich und oft zu kleinteilig ausfalle. Er fordert systematische Reformen, mehr Verbindlichkeit und ein zentrales Koordinierungsgremium auf Bundesebene.

Auch unsere Bundesverbände – darunter der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) – haben sich klar positioniert: Viele der enthaltenen Maßnahmen seien zu detailliert und entfalteten keine spürbare Wirkung. Gefordert wird eine wirksamere und umfassendere Entlastung, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie nachhaltig zu stärken. 

EU-KOMMISSION REAGIERT AUF KRITIK

Ziel: Weniger Bürokratie durch Omnibus-Verordnung

Mit der sogenannten Omnibus-Verordnung reagiert die EU-Kommission auf die zunehmende Kritik am Umfang und Tempo der europäischen Nachhaltigkeitsberichterstattung. Der Vorschlag soll Unternehmen von Bürokratie entlasten und zentrale Berichts- sowie Sorgfaltspflichten zeitlich entzerren. Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) sollen so vor Überforderung geschützt werden. Die Verordnung ist Teil eines umfassenderen Vorhabens zur Vereinfachung der EU-Vorgaben zur Nachhaltigkeit.

Als UVN haben wir uns auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene für eine Entlastung der Unternehmen eingesetzt und begrüßen die aktuelle Entscheidung. Besonders die zeitlichen Verschiebungen und geplanten Vereinfachungen der Berichtspflichten sind wichtige Schritte, um Unternehmen wieder mehr Freiräume für ihre Kernaufgaben zu geben. Entscheidend ist jetzt, dass die nationalen Umsetzungsregelungen praxisnah gestaltet werden und keine neuen bürokratischen Hürden entstehen.

CSRD und CSDDD: Berichtspflichten werden verschoben

Kern der Verordnung ist die zeitliche Verschiebung der Berichtspflichten nach der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) sowie der Lieferkettenrichtlinie (CSDDD).

Für viele große Unternehmen verschiebt sich die Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung nach CSRD um zwei Jahre – auf das Geschäftsjahr 2027. Auch kapitalmarktorientierte KMU bekommen mehr Zeit und müssen erst ab dem Geschäftsjahr 2028 berichten.

Bei der CSDDD betrifft die Verschiebung besonders große Unternehmen mit mehr als 5.000 Mitarbeitenden und einem Umsatz über 1,5 Milliarden Euro – sie sind nun ebenfalls erst ab Juli 2028 betroffen (statt ursprünglich Juli 2027).



Weniger Berichtspflicht, Konzentration auf direkte Zulieferer

Neben der zeitlichen Verschiebung bringt die Omnibus-Verordnung auch inhaltliche Erleichterungen:

- Die Schwellenwerte für die CSRD-Berichtspflicht sollen angehoben werden. Dadurch werden insbesondere mittlere Unternehmen von der Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung ausgenommen.
- Die Einführung sektorspezifischer Berichtsstandards (ESRS) wird gestrichen.
- Die bestehenden Standards (ESRS Set 1) sollen bis Oktober 2025 überarbeitet und verschlankt werden.
- Die Sorgfaltspflichten aus der CSDDD betreffen künftig nur noch direkte Zulieferer (Tier 1). Eine vollständige Analyse der gesamten Lieferkette ist nur noch bei konkreten Verdachtsmomenten erforderlich.

Auch Deutschland setzt auf Entlastung

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD greift zentrale Punkte der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf. Die neue Bundesregierung unterstützt die Omnibus-Initiative der EU-Kommission ausdrücklich und will bürokratiearme Lösungen für den Mittelstand fördern.

Übermäßige Regulierung durch CSRD, Taxonomie-Verordnung und CSDDD soll verhindert werden. Außerdem ist vorgesehen, dass kommunale Unternehmen auf EU-Ebene als KMU gelten und damit von der Berichtspflicht ausgenommen werden.

Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) soll abgeschafft werden. Künftig sollen Berichtspflichten entfallen, und Verstöße gegen Sorgfaltspflichten nur noch bei massiven Menschenrechtsverletzungen geahndet werden – und das auch nur bis zur vollständigen Umsetzung der CSDDD ins deutsche Recht. ▀



Beim Digitalisierungsfahrplan den Anschluss nicht verpassen

Am 28. April 2025 luden die UVN gemeinsam mit der IHK Hannover zur Veranstaltung „Update Verwaltungsdigitalisierung“ mit dem Ziel, Wirtschaft und Verwaltung miteinander ins Gespräch zu bringen und den Stand der Verwaltungsdigitalisierung in Niedersachsen zu reflektieren. Die Veranstaltung stand unter dem Leitgedanken: „Der Digitalisierungsfahrplan steht – wie gelingt jetzt der Einstieg mit Tempo?“

Für die niedersächsische Wirtschaft ist eine moderne und leistungsfähige Verwaltung kein Selbstzweck, sondern ein entscheidender Standortfaktor. Unternehmen haben im Durchschnitt rund 200 Verwaltungskontakte pro Jahr. UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe betonte in seinem Beitrag, „Unternehmen sind heute digitale Power-User und für ihre Arbeit auf eine schnelle und effiziente Verwaltung angewiesen. Wir brauchen standardisierte, zentral bereitgestellte digitale Verwaltungsleistungen – gebündelt über einen einzigen Zugang.“ IHK-Hauptgeschäftsführerin Meike Bielfeldt unterstrich in ihrem Grußwort die dringend notwendigen Standards und forderte deutlich mehr Tempo.

Innenministerin Daniela Behrens stellte in ihrem Impulsvortrag klar, dass das Land Niedersachsen die Kommunen zunehmend mit zentral bereitgestellter Software unterstützt – mit dem Ziel, eine zersplitterte IT-Landschaft zu harmonisieren.

In der Diskussion wurde deutlich: Verwaltungsdigitalisierung ist mehr als Technik – sie braucht einen kulturellen Wandel, klare Zuständigkeiten und neue Formen der Zusammenarbeit. Prof. Dr. Peter Daiser betonte, dass Menschen befähigt und motiviert werden müssen, neue Abläufe mitzutragen – es gehe um Innovation, nicht nur um Veränderung. Ann Cathrin Riedel hob den Wert von Netzwerken und Best-Practice-Austausch in der Verwaltung hervor. Mark Lohweber verwies auf die sicherheitspolitische Bedeutung digitaler Infrastruktur und nannte Standardisierung als Schlüssel zur Resilienz. Prof. Tatjana Sabljo unterstrich die Notwendigkeit interdisziplinärer Zusammenarbeit, um digitale Prozesse nutzerfreundlich zu gestalten.

Die Veranstaltung hat gezeigt: Die Verwaltungstransformation in Niedersachsen ist auf dem Weg – aber es braucht mehr Tempo, mehr Standardisierung und mehr Zusammenarbeit. Die UVN setzen sich dafür ein, dass Unternehmen über einen zentralen digitalen Zugang einfach, schnell und rechtssicher mit der Verwaltung interagieren können.

Herzlichen Dank der BREDEX GmbH für die Unterstützung dieser Veranstaltung. 

Mitgliederstimmen



Mark Alexander Krack, Hauptgeschäftsführer,
DEHOGA Niedersachsen

„Wir benötigen seitens der Politik eine schnell spürbare Veränderung der unternehmerischen Rahmenbedingungen, die für Aufbruch und Investitionsmöglichkeiten steht. Chancen dafür liegen für das Gastgewerbe in der zugesagten dauerhaften Senkung der Umsatzsteuer auf Speisen. Aber dabei allein darf es nicht bleiben, sondern Arbeitszeitflexibilisierung und Abbau bürokratischer Hemmnisse müssen ebenfalls forciert werden.“

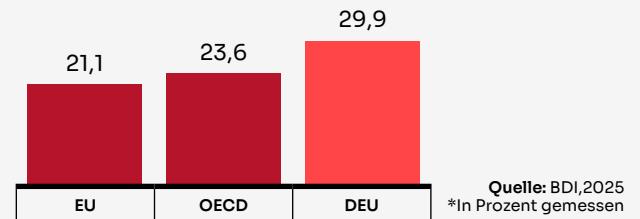
EUDI-Wallet Strategische Chance für Niedersachsen

Mit der Einführung der European Digital Identity Wallet (EUDI-Wallet) setzt die EU im Rahmen von eIDAS 2.0 bis Ende 2026 einen verbindlichen Rahmen für digitale Identitäten. Für Niedersachsen ergeben sich daraus erhebliche Potenziale – sowohl wirtschaftlich als auch verwaltungstechnisch.

Unternehmen in regulierten Branchen wie Gesundheit, Energie oder Finanzen werden zur Wallet-Akzeptanz verpflichtet. Wer frühzeitig integriert, profitiert von Effizienzgewinnen durch automatisierte Identitätsprüfungen und eSignatures – ein klarer Standortvorteil. Auch die Verwaltung kann die Wallet als Erweiterung der BundID zur Umsetzung nutzerzentrierter OZG-Services nutzen. Damit lassen sich für alle Medienbrüche vermeiden und Verwaltungsaufwand reduzieren.

UVN-Position: Niedersachsen sollte sich auf Bundesebene klar positionieren, Pilotprojekte initiieren und KMU bei der Wallet-Integration gezielt flankieren. Die EUDI-Wallet ist ein Schlüsselinstrument für digitale Souveränität – und eine Chance, die digitale Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu stärken. ▀

Unternehmen in Deutschland zahlen mehr Steuern als der EU- und OECD-Durchschnitt*



Steuerbelastung auf maximal 25 Prozent senken

Die Steuerbelastung für Unternehmen in Deutschland gehört zu den höchsten weltweit. Mit einem durchschnittlichen Satz von 29,9 Prozent liegt sie deutlich über dem EU-Durchschnitt von 21,1 Prozent und dem OECD-Schnitt von 23,6 Prozent. Für die UVN ist klar: Wer den Standort stärken will, muss handeln – und die Steuerlast auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von maximal 25 Prozent senken.

UVN-Position: Dazu braucht es mehr als kosmetische Korrekturen. Notwendig ist eine systematische Entlastung: Die Gewerbesteuer sollte auf die Körperschaftsteuer anrechenbar sein, der Solidaritätszuschlag vollständig entfallen. Insbesondere mittelständische und personengetragene Unternehmen müssen durch eine verbesserte Besteuerung einbehaltener und reinvestierter Gewinne entlastet werden.

Auch der Umgang mit Verlusten muss reformiert werden. Unternehmen brauchen Planungssicherheit: Verluste sollten künftig zeitlich unbegrenzt vor- und rücktragbar sein – die Mindestbesteuerung beim Verlustvortrag gehört abgeschafft.

Zudem müssen Investitionen steuerlich gefördert werden. Die degressive Abschreibung (AfA) sollte dauerhaft möglich sein. Gleichzeitig gilt es, steuerliche Hemmnisse bei Umstrukturierungen abzubauen und das Unternehmenssteuerrecht strukturell zu modernisieren. ▀

Sustainable Finance

Anforderungen an die Realwirtschaft

Am 10. Dezember 2024 organisierten wir das Online-Seminar „Sustainable Finance – Anforderungen an die Realwirtschaft“ der NAN – Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit. Im Fokus stand die Frage, wie sich Unternehmen strategisch auf die Transformation vorbereiten können – insbesondere in steuerungsintensiven, taxonomierelevanten Branchen. Herzlichen Dank unserem Experten Ralf Utermöhlen, geschäftsführender Gesellschafter der AGIMUS GmbH, der aufzeigte, welche Chancen sich durch die nachhaltige Transformation von Geschäftsmodellen ergeben – und welche Rolle die Finanzwirtschaft dabei spielt. 📌

Mitgliederstimmen



Anja Mertelsmann, Geschäftsführerin,
Allgemeiner Arbeitgeberverband Harz e.V.

„Das Sondervermögen der Bundesregierung ist eine Chance für Deutschland – wenn es klug in Standortstärkung und Innovation investiert wird. Ziel muss es sein, durch mehr wirtschaftliche Dynamik ein höheres Steueraufkommen zu erzielen – nicht durch höhere Steuersätze.“

NBank zieht positive Förderbilanz

Im Rahmen der Jahrespressekonferenz wurden Anfang 2025 die Förderzahlen der NBank für das Jahr 2024 vorgestellt. Ihr Fazit: Ein starkes Förderjahr mit wichtigen Impulsen für Niedersachsen – in Infrastruktur, Wohnraum, Wirtschaft und Fachkräftesicherung.

21.000

Förderzusagen für Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen

404 Mio. Euro

Wirtschaftsförderung – v. a. für KMU und nachhaltige Vorhaben

710 Mio. Euro

für Infrastrukturprojekte
– u. a. Glasfaserausbau (+42 Prozent)

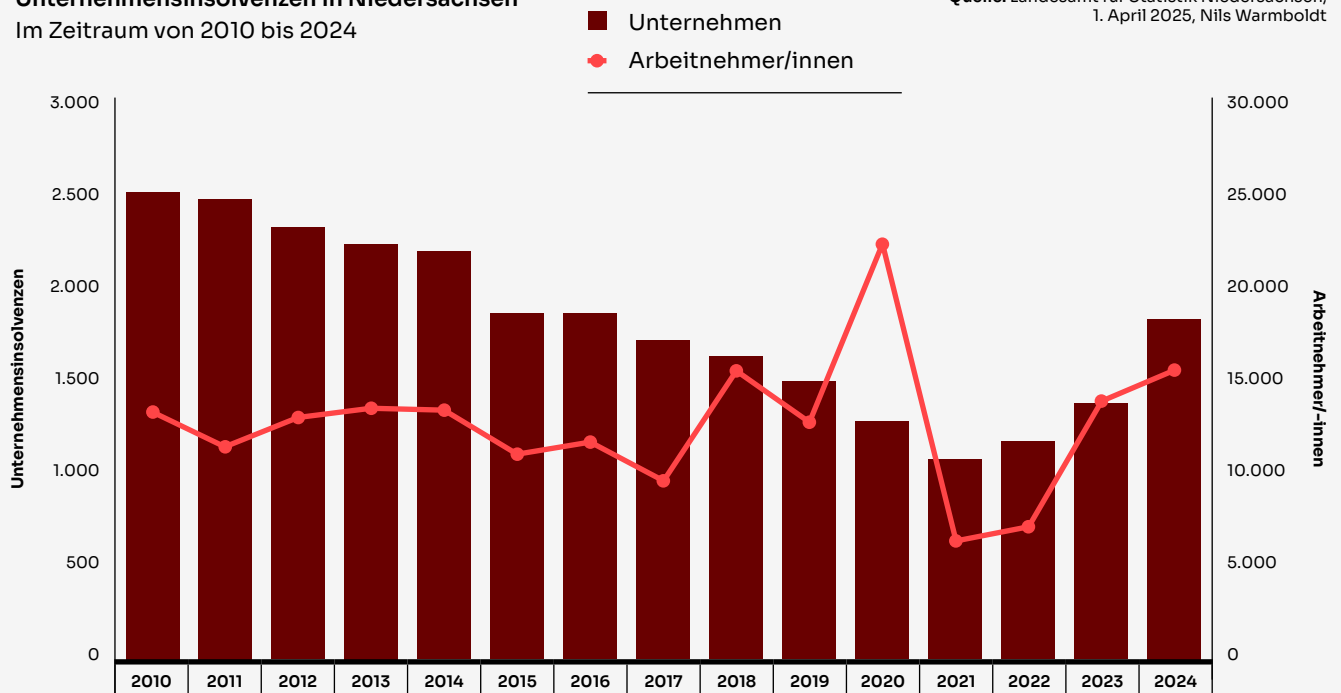
22.000

Fachkräfte profitierten von Weiterbildungsprogrammen

2.341

geförderte Wohnungen – darunter Wohnheime für Studierende und Azubis (+24 Prozent)

Die Landesregierung plant, die NBank durch eine Stärkung der Eigenkapitalbasis zukunftsfest aufzustellen – mit neuen Fördermöglichkeiten ab 2025. Für uns als Mitglied im Beirat ein wichtiges Signal für die wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen. 📌



Insolvenzen in Niedersachsen auf hohem Niveau

Im gesamten Jahr 2024 registrierten die niedersächsischen Gerichte 1.824 Unternehmensinsolvenzen – der höchste Stand seit fast zehn Jahren. Damit wurde das Vor-Corona-Niveau übertroffen, auch wenn die Zahlen noch unter den Höchstwerten der Jahre vor 2017 liegen. Die Auswirkungen sind erheblich: 15.522 Beschäftigte waren 2024 von einem möglichen Arbeitsplatzverlust betroffen – der zweithöchste Wert seit 2010.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Niedersachsen bleibt auch 2025 auf einem besorgniserregenden Niveau. Im ersten Quartal wurden laut Landesamt für Statistik 448 Insolvenzverfahren eröffnet – ein Anstieg um 5,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Zwar hat sich die Dynamik nach dem deutlichen Plus von 33,5 Prozent im Jahr 2024 etwas abgeschwächt, die Belastung bleibt jedoch hoch. Gründe sind vor allem die stagnierende Konjunktur, steigende Energie- und Lohnkosten sowie eine anhaltend hohe Bürokratielast.

Besonders betroffen sind dienstleistungsnahe Branchen: Im Gastgewerbe stiegen die Insolvenzen um 24 Prozent, bei wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen um 22 Prozent. Rückgänge gab es hingegen in der Industrie (-10,5 Prozent) und im Baugewerbe

(-15,7 Prozent). Insgesamt zeigen die Zahlen: Auch etablierte Unternehmen mit langjähriger Marktpräsenz sind zunehmend gefährdet, viele davon mit hoher Beschäftigtenzahl. Die wirtschaftliche Lage bleibt angespannt – strukturelle Entlastung ist dringend erforderlich. ▀



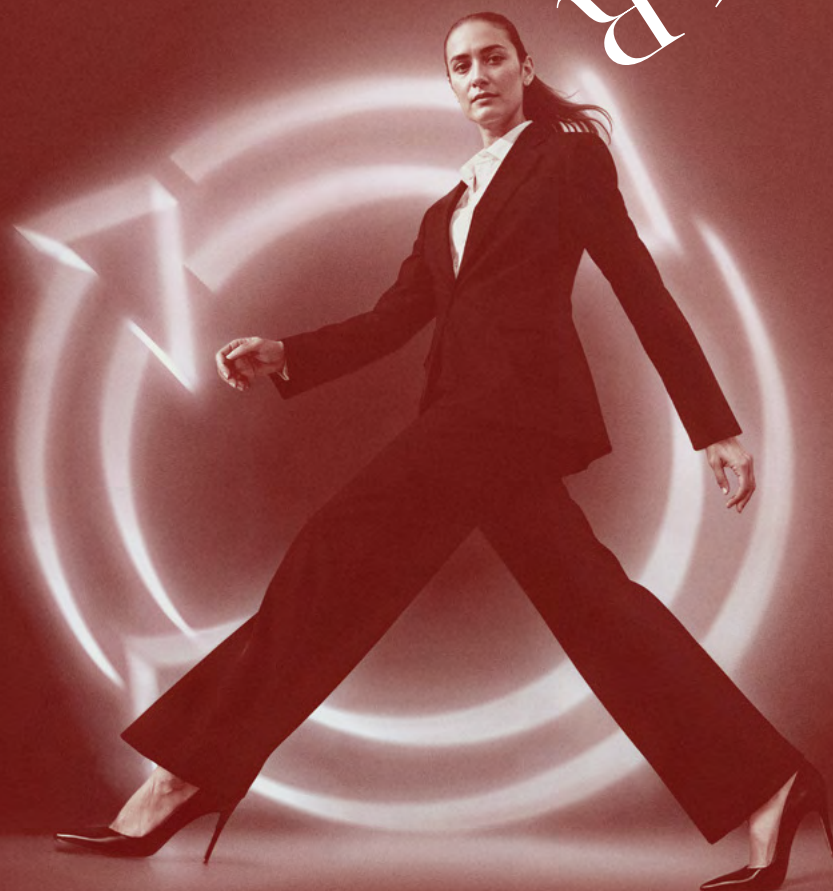
UWN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe betonte im NDR-Interview am 5. März 2025, dass es klare Prioritäten, Haushaltsdisziplin und eine Investitionspolitik braucht, die die Wettbewerbsfähigkeit stärkt – statt neue Belastungen zu schaffen.

UMWELT

Notwendige Investitionen in Infrastruktur und eine moderne, unabhängige Kreislaufwirtschaft vorantreiben.

- 72 **Regierungskommission Circular Economy**
Moderne Rohstoffversorgung im Fokus
- 73 **Interview – Drei Fragen an Dr. Ludwig Möhring, BVEG**
- 74 **Lithiumgewinnung in Deutschland stärken**
Strategische Rohstoffe sichern
- 76 **Niedersächsischer Stahldialog**
Wegweiser für grüne Transformation
- 77 **20 Jahre „Umweltrecht aktuell“**
- 78 **Dethlinger Teiche sind bundesweites Vorzeigeprojekt**
Altlasten-Bergung in Niedersachsen
- 79 **UVN lehnen AllGo-Gebührenerhöhungen entschieden ab**
- 80 **Interview – Drei Fragen an Jörn P. Makko,**
Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen
- 81 **Niedersächsischer „Masterplan Brücke“**
- 82 **Logistikstandort stärken**
- 83 **Zukunftsperspektive für Seehäfen**
Jetzt ist der Bund gefragt

UND INFRASTRUKTUR



Regierungskommission Circular Economy

Moderne Rohstoffversorgung im Fokus

Am 23. Oktober 2024 hat die 9. Regierungskommission der Niedersächsischen Landesregierung ihre Arbeit zum Thema „Circular Economy“ aufgenommen. Ziel ist es, den Wandel von der klassischen Kreislaufwirtschaft hin zu einem umfassenden zirkulären Wirtschaftsmodell voranzutreiben – als Beitrag zu Klimaschutz, Rohstoffsicherung und wirtschaftlicher Resilienz. Die UVN sind Teil der Kommission und bringen die Perspektive ihrer Mitgliedsunternehmen aktiv ein.

„Circular Economy bietet Deutschland die Chance, eine Vorreiterrolle in Europa einzunehmen und dadurch internationale Standards mitzugestalten“, so UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe. „Ressourcenschutz ist nicht nur eine ökologische, sondern vor allem auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Transformation läuft – wir haben keine fünf Jahre Zeit. Was wir jetzt beraten, muss zügig umgesetzt werden.“

Die Schwerpunkte der Kommission reichen vom zirkulären Produktdesign über einen nachhaltigen Konsum und den Einsatz von Sekundärrohstoffen bis hin zum Umgang mit kritischen Chemikalien. Für Unternehmen in Niedersachsen ergeben sich daraus zahlreiche Chancen – etwa durch Innovationsförderung, neue Geschäftsmodelle oder eine stärkere Unabhängigkeit in der Rohstoffversorgung. Die UVN begleiten diesen Wandel mit klarer Haltung und pragmatischen Lösungsansätzen – für eine zukunftsfähige Wirtschaft in Niedersachsen. 

SAVE THE DATE

Bau- und Rohstofftag
von UVN & vero

8. & 9. Oktober 2025

Mitgliederstimmen



Cornelia Höltkemeier, Geschäftsführerin,
Landesvereinigung Bauwirtschaft
Niedersachsen e.V.

„Der Einsatz von Recyclingbaustoffen könnte ein Gamechanger für CO₂-Reduktion und Deponieknappheit sein – wenn endlich die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen würden. Wir setzen daher auf eine zügige Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Überarbeitung der Ersatzbaustoffverordnung: Geprüfte mineralische Ersatzbaustoffe sind kein Abfall, sondern müssen Produktstatus haben und ohne zusätzlichen Dokumentationsaufwand einsetzbar sein, um die Akzeptanz bei Verwendern und Herstellern deutlich zu erhöhen.“ 

DREI FRAGEN AN DR. LUDWIG MÖHRING



Dr. Ludwig Möhring,
Hauptgeschäftsführer,
BVEG | Bundesverband Erdgas, Erdöl
und Geoenergie e.V.

Niedersachsen im Zentrum deutscher Rohstoffressourcen

Ob für die Transformation, industrielle Resilienz oder Versorgungssicherheit – heimische Rohstoffe gewinnen immer mehr an Bedeutung. Dr. Ludwig Möhring, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Erdgas, Erdöl und Geoenergie e. V. (BVEG), mahnt im Gespräch, die eigenen Potenziale nicht zu unterschätzen. Statt ideologisch motivierter Ablehnung brauche es eine technologieoffene Debatte über fossile wie erneuerbare Ressourcen – vom Schiefergas bis zur Tiefengeothermie. Besonders Niedersachsen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

1. Welche Potenziale bieten heimische Rohstoffe?

„Deutschland ist kein rohstoffarmes Land – aber es muss stärker auf eigene Ressourcen setzen. Neben Erdgas und Erdöl, auf die wir noch über Jahre angewiesen sind, geht es auch um kritische mineralische Rohstoffe. Gerade mit Blick auf geopolitische Abhängigkeiten, etwa von China oder Russland, gewinnt die heimische Förderung an Bedeutung. Auch die Bundesregierung hat das Thema im Koalitionsvertrag verankert.

Der Bohrlochbergbau kann dazu wichtige Beiträge leisten – nicht nur durch Erdgas und Erdöl, sondern auch durch neue Projekte wie die Lithiumgewinnung. In Niedersachsen haben sich BVEG-Mitgliedsunternehmen dafür Lizenzen gesichert. Ein weiteres Beispiel: Tiefengeothermie. Sie bietet enorme Chancen für eine erneuerbare, ganzjährig verfügbare Wärmeversorgung – etwa über Fernwärmenetze. Wirtschaftsministerin Reiche betonte, es dürfe kein „Lex Wärmepumpe“ geben – ein starkes Signal für Technologieoffenheit.“

2. Welche Rolle spielt die Erdgas- und Erdölförderung in Niedersachsen?

„Niedersachsen ist mit 99 Prozent der deutschen Erdgasförderung und rund einem Drittel der Erdölförderung das Zentrum der heimischen Produktion. Dennoch ist der Anteil am Gesamtbedarf zurückgegangen: Anfang der 2000er lag er bei 20 Prozent, heute bei etwa 5 Prozent.

Mit Anstrengungen lässt sich die Produktion aus konventionellen Lagerstätten stabilisieren. Ein deutlich größerer Beitrag wäre möglich, wenn Deutschland sich für die Förderung von Schiefergas öffnen würde – ein kontroverses Thema. Doch angesichts hoher Energiepreise und des Bedarfs der Industrie könnte eine faktenbasierte Debatte über Nutzen und Umweltverträglichkeit sinnvoll sein. Schiefergas könnte etwa helfen, einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis abzusichern.

3. Was ist der Stand beim ONE-Dyas-Projekt in der Nordsee?

„Das Projekt von ONE Dyas soll im Grenzgebiet zu den Niederlanden große Gasmengen nach modernsten Standards fördern. Die Plattform No5-A wurde im August 2024 installiert und wird als erste Offshore-Plattform mit Windstrom betrieben werden – fast emissionsfrei in der Bohr- und Produktionsphase. Alle Genehmigungen in Deutschland und den Niederlanden liegen vor.

Allerdings werden einige deutsche Genehmigungen juristisch angefochten. Das sorgt für Spannungen – sowohl bei der niederländischen Regierung als auch beim Unternehmen. Dabei geht es teilweise weniger um Umweltfragen als um grundsätzlichen Widerstand gegen eine Erdgasförderung insgesamt. Vergessen wird oft: Weniger heimische Produktion bedeutet nicht weniger Verbrauch, sondern mehr LNG-Importe – mit höheren Kosten und schlechterer CO₂-Bilanz: LNG sorgt für bis zu 30 Prozent mehr CO₂-Emissionen als heimisches Erdgas.“

Lithiumgewinnung in Deutschland stärken

Strategische Rohstoffe sichern

Die weltweite Nachfrage nach Lithium wird sich bis 2030 voraussichtlich vervierfachen. Der Grund: Lithium ist ein zentraler Rohstoff für leistungsstarke Akkus und damit unverzichtbar für den Hochlauf der Elektromobilität und die Energietransformation. Bisher stammt das Lithium in Deutschland ausschließlich aus dem Ausland – mit langen Transportwegen, geopolitischen Abhängigkeiten und teils fragwürdigen Umweltstandards.

Noch befindet sich die Lithiumsuche in einem frühen Stadium. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob sich das wirtschaftliche Potenzial heben lässt. In Niedersachsen nimmt die Entwicklung nun Fahrt auf: Von den bisher 25 erteilten Genehmigungen hat das Erdgas- und Erdölförderunternehmen ExxonMobil über die Esso Deutschland GmbH bereits 19 Erlaubnisfelder für Erkundung von Lithium-Vorkommen in einer Vielzahl von Landkreisen erhalten. Hier liegt der Fokus auf der Nutzung vorhandener Kompetenzen im Bohrlochbergbau und auf dem Einsatz der sogenannten direkten Lithiumextraktion (DLE). Dabei wird aus mehreren Tausend Metern Tiefe Sole aus dem Untergrund gefördert, obertägig Lithium abgeschieden und die Sole anschließend wieder in den Untergrund verbracht. Dieses Verfahren gilt als flächenschonend, vergleichsweise emissionsarm und als umweltfreundlichere Alternative zu Tagebau und Verdunstungsbecken.

UVN-Position: Aus Sicht der Wirtschaft ist klar: Eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Energie- und Mobilitätswende kann nur gelingen, wenn strategische Rohstoffe wie Lithium auch in Europa – und in Deutschland – gewonnen werden. Die heimische Lithiumgewinnung ist daher nicht nur ein industriepolitisches Ziel, sondern auch ein Beitrag zur Versorgungssicherheit und Dekarbonisierung. Sie würde den Standort Deutschland stärken, neue Wertschöpfung in strukturschwächeren Regionen ermöglichen und der Industrie dringend benötigte Planungssicherheit geben. Die UVN unterstützen daher die konsequente Erkundung heimischer Rohstoffpotenziale – technologieoffen, nachhaltig und mit Augenmaß. 

Eine Flasche Tiefenwasser aus Niedersachsen und das daraus „erbeutete“ Lithium, das die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) bei seinem Forschungsvorhaben „Li+Fluids“ am Bohrloch Horstberg in Elmke (Landkreis Uelzen) produziert hat.

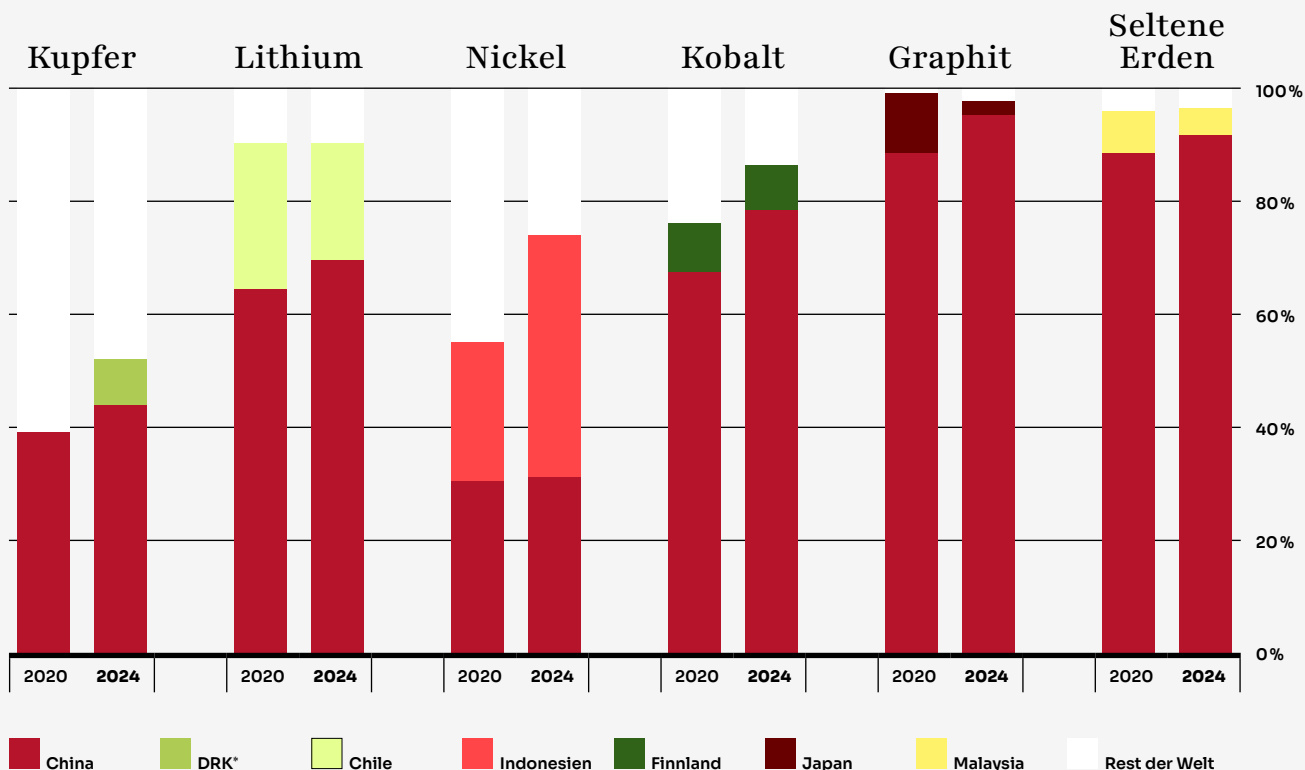


Quelle: BGR

Rohstoffabhängigkeit von China

Anteil an der Produktion von veredelten Rohstoffen in Prozent

Quelle: IEA
*Demokratische Republik Kongo



Mitgliederstimmen



Thomas Bremer, Vorsitzender,
Bundesverband der Gipsindustrie e.V.

„Mit Wegfall des REA-Gips durch den Kohleausstieg wird Naturgips aus dem Südharz zum unverzichtbaren Rohstoff – für ganz Europa. Selbst bei steigender Recyclingquote kann der Bedarf mit Blick auf die vielfältige Nutzung nicht gedeckt werden. Die Landesplanung im LROP muss jetzt angepasst werden, um Versorgungssicherheit, industrielle Wettbewerbsfähigkeit und regionale Wertschöpfung dauerhaft zu sichern.“

Verwendungsbereiche von Gips u.a.

- › Innenausbau und Leichtbau
- › Nachhaltiges Material für Bauen im Bestand
- › Zementherstellung, Putze und Estriche
- › Eigenheime, öffentliche Gebäude mit leichten, brandschutzsicheren Materialien
- › Lebensmittelindustrie z. B. als Trennmittel oder Zusatzstoff
- › Futtermittelindustrie zur Nährstoffversorgung
- › Düngemittelproduktion zur Bodenverbesserung und Nährstoffbindung
- › Medizinprodukte, Dentalgipse und Gipsverbände

Niedersächsischer Stahldialog

Wegweiser für grüne Transformation



Am 13. September 2024 waren wir als UVN Teil des 6. Niedersächsischen Stahldialogs im Niedersächsischen Wirtschaftsministerium – gemeinsam mit Politik, Industrie und Verbänden. Mit einer Rohstahlproduktion von rund 6 Millionen Tonnen und etwa 8.500 Beschäftigten steht Niedersachsen als zweitgrößter Stahlstandort Deutschlands besonders in der Verantwortung – und spielt damit eine Schlüsselrolle für Wachstum und Klimaschutz in unserem Land. Der Umbau zur klimaneutralen Stahlproduktion gelingt aber nur mit wettbewerbsfähigen Strompreisen, politischem Rückhalt in Brüssel und der Entwicklung grüner Leitmärkte.

Die Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Kerstin Maria Rippel, forderte eine rasche Reduktion der Übertragungsnetzentgelte sowie langfristig deren Finanzierung über den Bundeshaushalt. Zugleich brauche es eine klare außenhandelspolitische Flankierung für klimafreundliche Stahlprodukte – etwa über CBAM und eine verlässliche Produktpolitik der EU.

Mit dem Low Emission Steel Standard (LESS) liegt ein Instrument zur Marktstärkung vor – nun sind Vergaberecht und Produktpolitik gefragt. 

20 Jahre „Umweltrecht aktuell“



Am 13. Mai 2025 veranstalteten die Niedersächsische Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH in Kooperation mit den UVN und dem Niedersächsischen Umweltministerium die Fachveranstaltung „Umweltrecht aktuell“ nun bereits zum 20. Mal. Unsere stellvertretende Hauptgeschäftsführerin Bianca Beyer begrüßte die zahlreichen Teilnehmenden aus Betrieben, Behörden, Kommunen und Institutionen und betonte die zentrale Rolle der Abfall- und Kreislaufwirtschaft für Umwelt- und Standortfragen.

Im Mittelpunkt standen die Umsetzung des EU-Kreislaufwirtschaftspakets, aktuelle Entwicklungen im Kreislaufwirtschaftsrecht sowie der Vollzug der Gewerbeabfallverordnung. Ein weiterer Fokus lag auf dem Vergaberecht, der thermischen Abfallbehandlung im Kontext von Emissionshandel und Wärmeplanung sowie der Öffentlichkeitsbeteiligung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren (BImSchG).

Die Veranstaltung bot fundierte Impulse und viel Raum für fachlichen Austausch. ▀

Mitgliederstimmen



Dr. Detlev Bruhnke,
Geschäftsführender Präsident,
Bundesverband Altöl e.V.

„Die Aufbereitung von Altöl spart bis zu 71 Prozent CO₂ gegenüber der Herstellung neuer Grundöle aus Rohöl. Deshalb sind verbindliche Recyclingquoten in der EU-Abfallrahmenrichtlinie entscheidend, um das CO₂-Minderungspotenzial europaweit zu heben, Rohölimporte zu reduzieren und die strategische Autonomie der EU zu stärken.“ ▀



Der UVN-Arbeitskreis Umwelt am 2. April 2025 vor Ort zum Fachaustausch mit der Avista Oil Deutschland GmbH.

Dethlinger Teiche sind bundesweites Vorzeigeprojekt

Altlasten-Bergung in Niedersachsen



Der Umgang mit Altlasten ist für Niedersachsen nicht nur eine Frage der Umweltverantwortung, sondern auch der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts. Die Sanierung der Dethlinger Teiche im Heidekreis steht exemplarisch für den fachgerechten und verantwortungsvollen Umgang mit hochgefährlichen Hinterlassenschaften des Zweiten Weltkriegs. In einer ehemaligen Kieselgur-Grube bei Munster wurden über Jahrzehnte hinweg in bislang bundesweit einmaligem Ausmaß Sprengstoffe und chemische Kampfstoffe versenkt – ohne verlässliche Dokumentation oder Zähllisten.

Im Sommer 2024 informierten sich UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe und unser Umweltexperte Christopher Meisner gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Landes, der NGS und der Projektleitung vor Ort über die laufenden Arbeiten. Der Einsatz modernster geophysikalischer Untersuchungen, umfangreicher Sicherheitsmaßnahmen und hochspezialisierter Räumdienste macht die Bergung möglich. Die fachgerechte Entsorgung erfolgt über die bundeseigene GEKA.

Auch die anschließende Sanierung des Bodens sowie die dauerhafte Überwachung von Boden- und Grundwasserqualität sind zentrale Bausteine des Projekts.

Die Dethlinger Teiche zeigen eindrucksvoll: Altlastenmanagement ist Hightech – und essenziell für den Schutz von Umwelt, Gesundheit und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. 

UVN lehnen AllGo-Gebührenerhöhungen entschieden ab

Im Rahmen der Verbandsanhörung haben wir 2024 Stellung zu den geplanten Änderungen der Tarifnummer 2 sowie zur Neufassung der Tarifnummer 64 des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) genommen. Den vorgesehenen Gebührenerhöhungen begegnen wir mit erheblicher Skepsis – insbesondere, da eine transparente Kostenfolgenabschätzung in den Begründungen fehlt. Wir gehen von spürbaren Mehrbelastungen für die Unternehmen aus.

Bereits heute führen verschärfte Genehmigungsanforderungen und umfangreiche Gutachten zu steigenden Kosten – etwa durch neue Vorgaben im Naturschutz- und Klimaschutzrecht. Die geplanten Anpassungen würden diese Belastung nochmals erhöhen, mit negativen Folgen für die Investitionsbereitschaft, den Ausbau erneuerbarer Energien und die Baukostenentwicklung.

Wir sehen die Gefahr einer Standortverlagerung sowie einer Schwächung der regionalen Wirtschaft.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Gebührenerhöhungen entschieden ab – sie schaden dem Standort und gefährden wichtige klima- und wirtschaftspolitische Ziele. 

Als UVN unterstützen wir das Bodenschutzforum von NGS, Umweltministerium und LBEG von Anfang an. Am 24. Oktober 2024 standen die EU-Bodenstrategie 2030, das geplante EU-Bodenüberwachungsgesetz, Ersatzbaustoffverordnung, Altlastenbearbeitung sowie natürliche Schadstoffminderung im Fokus.





INFRASTRUKTUR

DREI FRAGEN

AN

JÖRN P. MAKKO

Jörn P. Makko, Hauptgeschäftsführer,
Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen e.V.



Moderne Infrastruktur ist Voraussetzung für erfolgreiche Standortpolitik

Wer Tempo in der Transformation will, braucht eine leistungsfähige, moderne Infrastruktur – zuverlässig geplant, finanziert und umgesetzt. Doch allein bei der deutschen Verkehrsinfrastruktur liegt der jährliche Investitionsbedarf bis 2030 laut IW Köln bei über 100 Milliarden Euro. Acht von zehn Unternehmen sahen sich in einer IW-Umfrage 2024 durch mangelhafte Infrastruktur bereits regelmäßig in ihrer Geschäftstätigkeit beeinträchtigt.

Mit dem beschlossenen Sondervermögen hat der Bund die Chance, durch zusätzliche Investitionen unsere Infrastruktur gezielt zu stärken. Jörn P. Makko, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbands Niedersachsen-Bremen e.V., erklärt uns, was es für einen investiven Aufbruch braucht, der Infrastruktur als Daseinsvorsorge und Fundament für Versorgungssicherheit, Transformation und Wettbewerbsfähigkeit versteht – und auch so

behandelt.

1. Welchen Stellenwert hat unsere Infrastruktur für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen?

„Infrastruktur ist keine technische Frage – sie ist Standortpolitik. Und sie entscheidet über Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Zukunftsfähigkeit. Unser Flächenland Niedersachsen hat aufgrund seiner Lage eine zentrale Bedeutung für ganz Deutschland.

Wir müssen bestehende Infrastrukturen modernisieren und gleichzeitig neue schaffen – für Energie, für Verkehr, für Digitalisierung und für Sicherheit. Der Umbau zur klimaneutralen Industrie und der Bedarf an leistungsfähiger Netzinfrastuktur sind gewaltig. Doch ohne funktionierende Straßen, Brücken, Schienen, Häfen und Leitungen bleibt Transformation eine Ankündigung.“



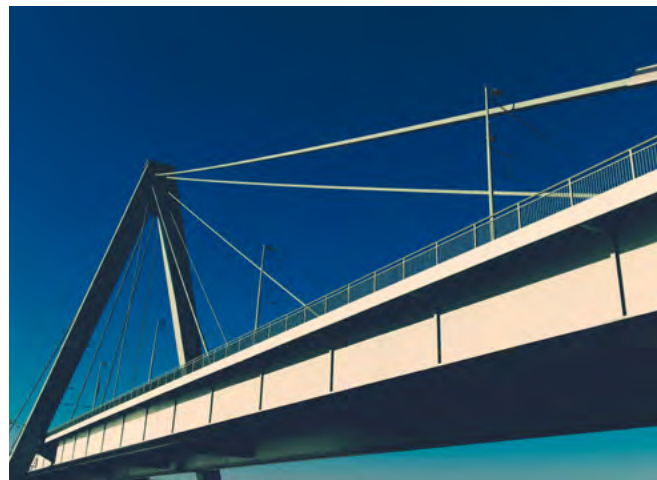
2. Welche konkreten Vorhaben haben für Sie Priorität?

„Unter den TOP 3 belegen die Brücken gleich den ersten und den zweiten Platz. Dahinter folgen direkt die Seehäfen samt Hinterlandanbindung.“

3. Was erwarten Sie von der Landesregierung, um Infrastrukturprojekte schneller und wirksamer voranzubringen?

„Wir brauchen einen gemeinsamen Kraftakt von Land, Bund und Wirtschaft. Niedersachsen muss seine Infrastrukturprojekte klar priorisieren, Planungsverfahren durch Bürokratieabbau und digitale, vernetzte Genehmigungsverfahren radikal beschleunigen und dafür auch auf Bundesebene geschlossen auftreten. Wir sind, bezogen auf die Fläche, das zweitgrößte Bundesland hinter Bayern. In den Debatten um Finanzierung und Netzausbauplanung muss die Landesregierung in Berlin auch einen entsprechenden Einfluss nehmen.“

Die Landesregierung tut gut daran, die Stimme der Wirtschaft zu hören. Die größten Erfolgchancen haben wir, wenn Land, Wirtschaft und Verbände auf Bundesebene gemeinsam Druck machen. Dafür brauchen wir klare Botschaften, überzeugende Zahlen und vor allem eines: den politischen Willen, Infrastruktur nicht mehr als nachgelagertes Thema zu behandeln, sondern als Voraussetzung für jede Standortdebatte. Und wenn Aufträge kommen, dann bauen wir die!“



Niedersächsischer „Masterplan Brücke“

In Niedersachsen sind rund 4.800 Brücken in der Zuständigkeit der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV), davon etwa 2.700 an Bundesstraßen und 2.100 an Landesstraßen. Zwei Drittel dieser Brücken sind mit Verkehrslasten aus den 1950er Jahren bemessen. 150 Brücken gelten derzeit als „kritisch“ oder „ausfallgefährdet“ und sollen zeitnah ersetzt werden.

Um dem wachsenden Erhaltungsdruk strukturiert zu begegnen, wurde der „Masterplan Brücke“ entwickelt. Herzstück ist die Priorisierung nach Sicherheitslage: Jede fertig geplante Brücke soll sofort gebaut werden. Ziel ist ein sogenanntes „Erhaltungsgleichgewicht“, bei dem Ersatz und Alterung im Gleichgewicht stehen und die Zahl kritischer Brücken dauerhaft unter 100 gehalten wird. Damit dies gelingt werden neue Ingenieurstellen geschaffen.

Parallel steigen auch die Investitionen: Für die Landesinfrastruktur und den Radwegebau stehen 2024 über 110 Millionen Euro bereit – zuzüglich 16 Millionen Euro aus dem Hochwasser-Nachtragshaushalt. Für die Infrastruktur des Bundes in Niedersachsen sind 240 Millionen Euro vorgesehen. Diese Mittel werden über den Mipla-Ansatz verstetigt.

Logistikstandort stärken

Die Logistikbranche ist ein zentraler Baustein für Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Stabilität und die Transformation. Niedersachsen spielt hier mit seiner Lage im Herzen Europas, seiner leistungsfähigen Industrie und seinen Seehäfen eine Schlüsselrolle. Doch die Branche steht unter erheblichem Druck – durch hohe Kosten, Personal-mangel, regulatorische Hürden und eine vielfach überlastete Infrastruktur. Deshalb haben das Nie-dersächsische Wirtschaftsministerium und das Logistikportal Niedersachsen einen gemeinsamen Forderungskatalog mit drei Handlungsschwer-punkten an die neue Bundesregierung adressiert.



Intakte, moderne Infrastruktur

Leistungsfähige Verkehrswege sind Grundvoraussetzung für reibungslose Logistikprozesse. Der gezielte Ausbau von Straßen, Schienen, Binnenwasserstraßen und Umschlagterminals muss Vorrang haben. Besonders die Hafenhinterlandanbindungen – etwa in Wilhelms-haven, Bremerhaven, Emden oder Cuxhaven – müssen endlich modernisiert werden. Nur so lässt sich die Ver-sorgung mit Energie, Rohstoffen und Gütern dauerhaft sichern.

Faire Rahmenbedingungen

Die Logistik benötigt planbare und belastbare wirt-schaftliche Bedingungen. Dazu gehören der spürbare Abbau bürokratischer Hemmnisse, eine sachgerechte und wettbewerbsneutrale Ausgestaltung der Lkw-Maut sowie attraktive Bedingungen zur Gewinnung und Bin-dung von Fachkräften – etwa durch flexiblere Arbeits-zeitmodelle, gezielte Qualifizierungsangebote und Fach-kräftezuwanderung.

Klimafreundliche, technologie- offene Mobilität

Der Wandel zu emissionsarmer Logistik muss beschleu-nigt werden. Der Aufbau einer flächendeckenden Lade- und Tankinfrastruktur sowie gezielte Förderprogramme für alternative Antriebe sind zentrale Voraussetzungen. Gleichzeitig braucht es klare Rahmenbedingungen für klimafreundliche Fuhrparks und Planungssicherheit für Investitionen. 



Zukunftsperspektive für Seehäfen

Jetzt ist der Bund gefragt

Die niedersächsischen und bremischen Seehäfen sind unverzichtbare Drehscheiben für die deutsche Wirtschaft – und Schlüsselpunkte für die Energiewende. Ob Flüssiggas, Offshore-Wind oder Wasserstoff: Ohne funktionierende Häfen sind Versorgungssicherheit und klimaneutrale Industrie nicht denkbar. Doch jahrzehntelanger Investitionsstau hat deutliche Spuren hinterlassen. Wer die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz des Standorts stärken will, muss Hafen- und Hinterlandinfrastruktur gemeinsam denken – und auch die seewärtigen Zufahrten langfristig sichern.

Niedersachsen hat in den vergangenen Jahren massiv in seine Häfen investiert, um sie zukunftssicher aufzustellen. Aktuelle Projekte wie der Bau der neuen Offshore-Liegeplätze in Cuxhaven, die Sanierung der Großen Seeschleuse in Emden oder die geplante Nordhafenerweiterung in Stade zeigen, wie gezielte Investitionen die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Nun ist der Bund in der Pflicht. Marode Verkehrswege, fehlende Elektrifizierungen und langwierige Genehmigungsverfahren gefährden die Leistungsfähigkeit ganzer Logistikketten. Notwendig ist eine verfassungskonforme, langfristige Finanzierung der Hafeninfrastruktur –

inklusive klarer Zuständigkeiten, gemeinsamer Hafenstrategie der Länder und verlässlicher Förderkulisse. Die Energiewende und eine krisenfeste Wirtschaft brauchen starke Häfen – und eine Infrastrukturpolitik in Land und Bund, die diesen Anspruch ernst nimmt. ▀

Mitgliederstimmen



Jörg Thoma, Hauptgeschäftsführer, Arbeitgeberverband für Ostfriesland und Papenburg e.V.

„Die Region Ostfriesland und Papenburg ist mit ihren Häfen für Niedersachsen das Tor zur Weltwirtschaft und als Logistik- und Energiedrehscheibe Motor für zehntausende von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Wir setzen uns daher für zielgerichtete und zukunftsweisende Investitionen in den Ausbau der Hafeninfrastruktur und in die Anbindung der Häfen über Straßen, Schienen und Wasserwege ein.“ ▀

ENERGIE UND KLIMA





Energiewende mit Augenmaß: praxisnah, zügig und wettbewerbsfähig.

- 86 **Energieversorgung in Niedersachsen**
- 87 **Redispatch-Milliarden und Bürokratiekosten**
Zeit für ein kosteneffizientes EEG
- 88 **Hannoversche Erklärung**
Schulterschluss für ein zukunftsfähiges Energiesystem
- 89 **Zuschüsse für Klimaschutz und Energieeffizienz**
- 89 **Einnahmen aus Erdgasförderung für Transformation nutzen**
- 90 **Finanzierung der Energiewende im Fokus**
UVN Energieimpulse 2025
- 91 **Überambitioniertes Klimagesetz gefährdet Wettbewerbsfähigkeit**
- 91 **BERDING BETON gewinnt Klima-Innovationspreis 2024**
- 92 **Wasserstoff braucht tragfähige Netzinfrastruktur und Finanzierung**
- 93 **Prozesswärme dekarbonisieren**
Faktenblätter und Veranstaltungsreihe bieten Orientierung
- 93 **Wettbewerbsfaktor PCF**
Warum KMU handeln sollten
- 93 **Kraftwerksstrategie Deutschland**
Den Norden stärker berücksichtigen



© Christian Wyrwa

Abendveranstaltung „Die Energieversorgung in Niedersachsen – Potenziale nachhaltig heben!“ am 6. November 2024.

Energieversorgung in Niedersachsen

Am 6. November 2024 luden die UVN gemeinsam mit dem Waldbesitzerverband Niedersachsen, den Familienbetrieben Land und Forst Niedersachsen sowie dem Landesverband Erneuerbare Energien Niedersachsen/Bremen zur Abendveranstaltung „Die Energieversorgung in Niedersachsen – Potenziale nachhaltig heben!“ ein. Nach einem Impuls von Dr. Karl-Ludwig Kley, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Luft-hansa AG, folgte eine Podiumsdiskussion, unter anderem mit Niedersachsens damaligem Wirtschaftsminister Olaf Lies.

Niedersachsen festigte 2024 seine Spitzenposition beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Mit 349 neu genehmigten Windenergieanlagen und rund 2,2 Gigawatt Leistung wurden die Ausbauziele erstmals voll erreicht – doppelt so viel wie im Vorjahr. Auch bei der Solarenergie zeigt sich ein deutlicher Aufwärtstrend: Der Zubau lag bei rund 1.600 Megawatt, die installierte Gesamtleistung stieg auf fast 8,8 Gigawatt. Besonders erfolgreich ist der Ausbau auf Dächern und Fassaden, während Freiflächen- und Parkplatzlösungen noch ungenutzte Potenziale für das Landesziel von 65 GW bis 2035 bergen.

Wind- und Sonnenstrom ergänzen sich dabei optimal – neben dem reinen Ausbauräumen ein Vorteil für Netzverknüpfungen und Systemeffizienz. Eine zentrale Schraube ist die Standardisierung im Ausbauprozess. Modulare Verfahren und klare Genehmigungsrichtlinien könnten nicht nur Planungs- und Bauzeiten verkürzen, sondern auch die Kosten senken und damit zur gesellschaftlichen Akzeptanz beitragen. Besonders im Verteilnetz, wo ein Großteil der Energiewende tatsächlich stattfindet, lassen sich mit klaren Entscheidungen Prozesse vereinfachen und Investitionen beschleunigen.

Die Taskforce Energiewende der Landesregierung ist daher gefordert, praxisnahe Lösungen und regulatorische Vereinfachungen auf den Weg zu bringen. Denn nur so lassen sich Trassen, Anlagen und Netzanschlüsse zügig realisieren. Gleichzeitig rückt mit dem Fortschritt bei Wind und Solar eine weitere Herausforderung in den Fokus: Ohne leistungsfähige Speicherlösungen bleibt selbst der dynamischste Ausbau der Erneuerbaren unvollständig – sie sind das Rückgrat eines flexiblen, stabilen und kosteneffizienten Energiesystems der Zukunft.

Wir danken der enercity AG, der wpd onshore GmbH & Co. KG, der SAB WindTeam GmbH sowie dem Niedersächsischen Wirtschaftsforum Agrar – Handwerk – Industrie e.V. für ihre Unterstützung. 🚩

Mitgliederstimmen



Dr. Walter Erasmy, Hauptgeschäftsführer, Verband der Nordwestdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie e.V.

„Unsere Branche kennt den globalen Wettbewerb wie kaum eine andere. Verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit, wettbewerbsfähige Energiekosten und Beschränkung der Bürokratielasten auf die wesentlichen Dinge – das sind dabei wichtige Bausteine.“ 🚩

Redispatch-Milliarden und Bürokratiekosten

Zeit für ein kosteneffizientes EEG

Zum 25-jährigen Bestehen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) forderten die UVN zum 1. April 2025 eine grundlegende Reform hin zu mehr Kostenbewusstsein, Marktorientierung und weniger Bürokratie. „Das EEG war ein wichtiger Impulsgeber für den Ausbau erneuerbarer Energien. Doch jetzt muss es weiterentwickelt werden“, betonte UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe.

Die Kritik richtet sich vor allem an die steigenden Kosten im Gesamtsystem. Allein 2024 fielen Redispatch-Kosten in Milliardenhöhe an – etwa durch das Abregeln von Windstrom, weil Netz- und Speicherinfrastruktur nicht mitgewachsen sind. Strom werde vielerorts erzeugt, wo er nicht gebraucht werde, was zu Ineffizienzen und unnötigen Belastungen führt.

UVN-Position: Wir forderten, Erzeugung, Netzplanung und Verbrauch besser zu synchronisieren. Standortentscheidungen für EE-Anlagen müssen sich stärker an Netzverfügbarkeit und Systemeffizienz orientieren. Zudem braucht es mehr Marktmechanismen, um Strom bezahlbar zu halten – denn ohne wirtschaftliches Wachstum sei die Energiewende langfristig nicht finanzierbar.

Ein weiteres Anliegen ist der Bürokratieabbau im EEG: Die komplexen Berichtspflichten und administrativen Hürden bremsen Umsetzung und Innovation. Niedersachsen, das bilanziell bereits 100 Prozent seines Strombedarfs aus erneuerbaren Quellen deckt, könnte hier Vorreiter sein – etwa durch eine bessere Abstimmung von Windausbaugebieten und Netzinfrastuktur. 🚩



Hannoversche Erklärung

Schulterschluss für ein zukunftsfähiges Energiesystem

Auf dem Branchentag des Landesverbands Erneuerbare Energien (LEE) am 21. November 2024 in Hannover haben wir mit dem LEE Niedersachsen/Bremen, dem VKU, der BDEW-Landesgruppe Norddeutschland, der Offshore-Windvereinigung WAB sowie der Initiative EE-Industrie unsere Positionen in der „Hannoverschen Erklärung“ gebündelt – einem gemeinsamen Strategiepapier zur Transformation des Energiesystems. Überreicht wurde die Erklärung an Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer.

Mitgliederstimmen



Silke Weyberg, Geschäftsführerin,
LEE Landesverband Erneuerbare Energien
Niedersachsen/Bremen e.V.

„Im LROP fehlt ein klares Bekenntnis zum grünen Wasserstoff. Solange Flächen für Wind und Solar restriktiv ausgewiesen werden, bleibt die heimische Wasserstoffproduktion Stückwerk. Auch beim Ausbau von Speicherlösungen müssen offene regulatorische Fragen wie Baukostenzuschüsse oder der Einsatz von Speichern im Redispatch zügig gelöst werden.“

Im Zentrum steht das Prinzip der Systemintegration: Gefordert wird eine versorgungsorientierte Gesamtplanung, in der Erzeugung (Wind, Solar, steuerbare Energien), Netze, Speicher, Wärmeplanung, Lade- und Tankinfrastruktur sowie Kraftwerksstrategien zusammen gedacht und umgesetzt werden. Dafür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, die auch mittelständische Investitionen sichern – sowie verbindliche Maßnahmen zur Fachkräftesicherung.

Auch die stromabnehmende Wirtschaft bringt klare Erwartungen ein: Das künftige Strommarktdesign muss Flexibilität honorieren, ohne die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden. Energie muss planbar, bezahlbar und verlässlich sein. Die Verbände betonen: Die Transformation darf kein Selbstzweck sein – sie muss wirtschaftlichen Mehrwert schaffen, Energiekosten senken und regionale Wertschöpfung stärken, insbesondere durch die Einbindung kleiner und mittlerer Unternehmen in die Lieferketten.

Zuschüsse für Klimaschutz und Energieeffizienz

Über die Förderrichtlinie „Klimaschutz und Energieeffizienz“ unterstützt das Land gemeinsam mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gezielt kleine und mittlere Unternehmen, Kommunen, gemeinnützige Organisationen und Kultureinrichtungen. Die nächsten Antragsstichtage sind 1. September 2025 und 15. Dezember 2025 für Investitionen mit Projektende bis spätestens 31. Dezember 2028.

Gefördert werden unter anderem Maßnahmen zur energetischen Sanierung, der Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Modernisierung energieintensiver Produktionsprozesse. Ziel ist es, den CO₂-Ausstoß zu senken, Energiekosten zu reduzieren und Unternehmen zukunftsfest aufzustellen. Pro Projekt sind nicht rückzahlbare Zuschüsse bis zu zwei Millionen Euro möglich.

Im Januar 2025 standen noch rund 39 Millionen Euro zur Verfügung. Anträge können über die NBank eingereicht werden. Jetzt handeln und Investitionen in die klimaneutrale Zukunft sichern! 

NBank-Info zur Förderrichtlinie

[Hier zur Richtlinie >>>](#)

Einnahmen aus Erdgasförderung für Transformation nutzen

Die Genehmigung der horizontalen Erdgasbohrungen durch das LBEG vor Borkum ist ein bedeutender Schritt für die Versorgungssicherheit Deutschlands und Niedersachsens. Nach der Schließung des niederländischen Gasfelds Groningen ist die Förderung aus dem Feld N05-A ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung der Importabhängigkeit. Doch sie ist nicht nur kurzfristig relevant – sie bietet auch eine finanzielle Chance für die langfristige Transformation der Wirtschaft.

Wir forderten Mitte 2024, die Einnahmen aus den Bohrrechten gezielt in den Umbau der Energieversorgung und die Stärkung industrieller Zukunftsfähigkeit zu investieren. Statt in den allgemeinen Landeshaushalt zu fließen, sollten sie – nach norwegischem Vorbild – in einen niedersächsischen Transformationsfonds über-

führt werden. Damit ließe sich die Energiewende aktiv gestalten und die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig sichern. 





Prof. Dr. Jens Traupe (o.), Salzgitter AG, und UVN-Präsident Dr. Andreas Jäger (u.) bereicherten den Abend mit anregenden Publikumsmeldungen.

Finanzierung der Energiewende im Fokus UVN Energieimpulse 2025

Wie lassen sich Energiewende, Netzstabilität und bezahlbare Strompreise miteinander vereinen? Diese Frage stand im Zentrum der Veranstaltung „Energieimpulse 2025“, zu der die UVN gemeinsam mit der EWE AG am 19. Mai 2025 nach Hannover eingeladen hatten.

Im Austausch mit Barbie Haller (Bundesnetzagentur), Sonja Schwarz (NBank), Stefan Dohler (EWE, BDEW) und Benedikt Hüppe (UVN) sowie unseren Gästen aus Wirtschaft, Politik, Regulierung und Förderung wurden zentrale Anforderungen für ein tragfähiges Energiesystem diskutiert: Netzausbau, Flexibilisierung, Speicherlösungen und Finanzierungsinstrumente.

Im Fishbowl-Format wurde deutlich: Die Modernisierung der Stromnetze ist eine Grundvoraussetzung für Versorgungssicherheit und Dekarbonisierung – verlangt aber hohe Investitionen, effizientere Planungsverfahren und eine stärkere gesellschaftliche Akzeptanz. Zugleich müssen Netzentgelte wettbewerbsfähig bleiben, vor allem für Betriebe mit begrenzten Flexibilitätsoptionen. Erörtert wurden auch Power Purchase Agreements (PPAs) und regionale Marktplätze.

Ein tragfähiges Modell muss Netzstabilität, Wirtschaftlichkeit und regulatorische Verlässlichkeit vereinen – auch im Einklang mit EU-Vorgaben. Die Veranstaltung bot wichtige Impulse – und unterstrich die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens. ▀



Das Ergebnis der BDI-Kurzstudie „Energiewende auf Kurs bringen“ (März 2025) hat besondere Relevanz für das Energieland Nr. 1 Niedersachsen.

Überambitioniertes Klimagesetz gefährdet Wettbewerbsfähigkeit

Anfang Mai 2025 beteiligten wir uns als Spitzenverband der niedersächsischen Wirtschaft an der Verbandsanhörung zum Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Klimagesetzes. Unsere Stellungnahme entstand in enger Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedern, insbesondere den Arbeitskreisen Energie und Umwelt. Im Kontext dieser Verbandsanhörung fand ein intensiver Austausch mit diversen Akteuren zur kommunalen Wärmeplanung statt. Dieses Thema soll auch im kommenden Jahr schwerpunktmäßig behandelt werden. Die UVN werden die Wirtschaft im neuen Klimarat vertreten, der die Landesregierung bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele beraten soll.

UVN-Position: Die verbindliche Einbindung der Strom- und Gasnetzbetreiber in die kommunale Wärmeplanung ist essenziell für eine realistische und wirtschaftliche Umsetzung. Das Ziel der vollständigen Dekarbonisierung bis 2040 ist überambitioniert – insbesondere angesichts des hohen Investitionsbedarfs, fehlender Planungssicherheit und unklarer Wirtschaftlichkeit. Die niedersächsische Abweichung vom Bundes- und EU-Ziel gefährdet zudem die Wettbewerbsfähigkeit niedersächsischer Unternehmen. Zu einer weiteren Überforderung führen auch neue Berichtspflichten zur Klimaanpassung für Kommunen. Wir fordern, den bestehenden Gestaltungsspielraum des Landes zu nutzen, um bewährte Verfahren beizubehalten und praxistauglich zu gestalten. 

BERDING BETON gewinnt Klima-Innovationspreis 2024

Die BERDING BETON GmbH aus Steinfeld wurde mit dem Klima-Innovationspreis Niedersachsen 2024 für ihr Produkt next.beton – Deutschlands erstes zementfreies Betonrohr ausgezeichnet. Mit dem Verzicht auf Zement bietet das Unternehmen ein enormes Potenzial für den klimafreundlichen Umbau des Bausektors und eine Antwort auf den wachsenden Rohstoffbedarf. Die Marktzulassung für das Produkt liegt bereits vor.

Mit der Auszeichnung, verliehen durch die Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit und das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, würdigen Land und Region die Innovationskraft niedersächsischer Unternehmen im Bereich Klimaschutz und Ressourcenschonung. 



Wasserstoff braucht tragfähige Netzinfrastuktur und Finanzierung

SAVE THE DATE

**'SENIOR ENERGY MEETS
JUNIOR POWER'**

17. September 2025

Die Bundesnetzagentur hat am 22. Oktober 2024 das Wasserstoff-Kernnetz genehmigt. In einer Pressemitteilung erklärte UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe, dass „die Genehmigung des Wasserstoff-Kernnetzes ein wichtiges Signal für die technologische Zukunft und für Produkte wie grünen Stahl ist. Das Kernnetz bildet die Grundlage für das Anschlussnetz – und damit für die Planbarkeit von Investitionsentscheidungen in der Industrie.“



Ein Meilenstein folgte am 9. Mai 2025 in Etzel (Gemeinde Friedeburg): Erstmals wurde dort eine Salzkaverne mit grünem Wasserstoff befüllt. Der Wasserstoff stammt aus Werlte im Emsland, wo er mithilfe von überschüssigem erneuerbarem Strom erzeugt wurde. Insgesamt sollen rund 90 Tonnen in zwei Kavernen eingelagert werden – gefördert mit acht Millionen Euro vom Umwelt- und Energieministerium sowie durch Bundesmittel.

Niedersachsen unterstreicht damit seinen Führungsanspruch als Wasserstoffland Nr. 1: Bereits heute entstehen hier rund 50 Prozent des grünen Wasserstoffs in Deutschland. Auch ein Großteil der künftigen Leitungs- und Speicherinfrastruktur wird im Land liegen. Mit 2,8 Milliarden Euro Fördermitteln verfügt Niedersachsen über den größten Anteil europäischer IPCEI-Wasserstoffprojekte.

UVN-Position: Die niedersächsische Wirtschaft sieht Wasserstoff als Schlüssel zur Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit. Niedersachsen hat dank seiner geografischen und infrastrukturellen Vorteile das Potenzial, Vorreiter der Wasserstoffwirtschaft zu werden. Um die ehrgeizigen Ziele zu erreichen, braucht es eine integrierte Steuerung der Wasserstofftransformation – sektorenübergreifend, koordiniert, zielgerichtet.

Als Energieland braucht Niedersachsen klare, verlässliche Rahmenbedingungen. Das betrifft nicht nur Netzbetreiber und Industrie, sondern wirkt auch direkt auf die kommunale Wärmeplanung. Die BDI-Transformationspfadestudie zeigt: In grünen Produkten liegt ein wesentlicher Teil der künftigen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Unsere Wasserstoff-Kosten haben sich in der Realität bislang höher herausgestellt als angenommen, gleichzeitig sind unsere Produktionskosten teurer als in anderen Ländern. Die ambitionierten Ausbauziele sind daher vermutlich zu optimistisch und müssen an die ökonomische Realität angepasst werden. Zugleich braucht es politische Klarheit zur Finanzierung: Sinkende Nutzerzahlen im Gasnetz und frühzeitige Abschreibungen bei Netzbetreibern führen schon heute zu massiv steigenden Entgelten. 

Prozesswärme dekarbonisieren

Faktenblätter und Veranstaltungsreihe bieten Orientierung

Rund 20 Prozent des gesamten Endenergieverbrauchs in Deutschland entfallen auf die Prozesswärme in Industrie und Gewerbe. Dabei dominieren noch immer fossile Energieträger: Gas (ca. 45 Prozent) und Kohle (ca. 24 Prozent) machen den Großteil aus, erneuerbare Energien kommen lediglich auf rund 7 Prozent. Für die Transformation hin zur Klimaneutralität ist die Dekarbonisierung dieses Sektors daher essenziell.

Gemeinsam mit der RWTH Aachen University haben die Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit (NAN) und die

KEAN drei Faktenblätter zu den häufigsten Anwendungsfeldern erstellt: Dampferzeugung, Umformtechnik und Industrielle Trocknung. Sie bieten kompaktes Wissen zu technologischen Alternativen, Elektrifizierung, hybriden Systemen, Wärmepumpen oder alternativen Brennstoffen – angepasst an unterschiedliche Prozessanforderungen und Standortbedingungen. 

Faktenblätter Prozesswärme

[Hier zu den Faktenblättern >>>](#)

Wettbewerbsfaktor PCF

Warum KMU handeln sollten

Die neue EU-CSR-Richtlinie verpflichtet zunehmend mehr Unternehmen, Emissionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette offenzulegen. Für Zulieferer wird es daher zur täglichen Praxis, Daten zur Klimabilanz ihrer Produkte bereitzustellen. Der Product Carbon Footprint (PCF) schafft Transparenz über die Treibhausgasintensität einzelner Produkte und wird damit zu einem zentralen Bestandteil der Klima- und Kommunikationsstrategie. Auch EU-Regelwerke wie die „Empowering-Consumers-

Richtlinie“ oder „Green Claims Directive“ rücken glaubwürdige Produktdaten in den Fokus.

Um Unternehmen auf diese Anforderungen vorzubereiten, hat unsere Dienstleistungsgesellschaft der Norddeutschen Wirtschaft (DNW) gemeinsam mit co2ncept plus und der sustainable AG im Jahr 2024 ein Intensivtraining „Fit for PCF“ entwickelt. Die Inhalte orientierten sich an internationalen Standards wie ISO 14067 oder dem GHG Protocol. www.dnw.digital 

Kraftwerksstrategie Deutschland

Den Norden stärker berücksichtigen

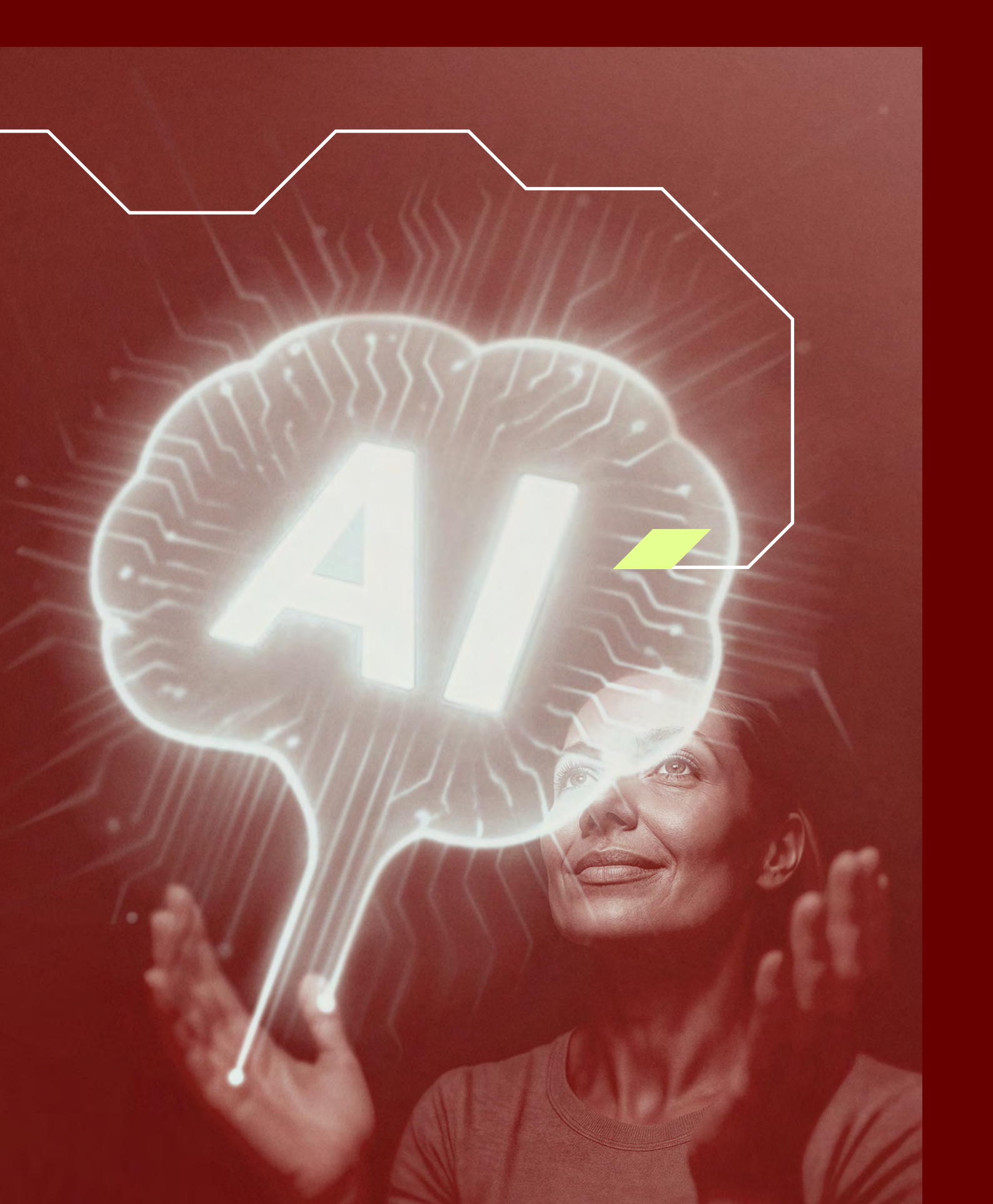
Die geplante Südpriorisierung beim Ausbau neuer Kraftwerkskapazitäten gefährdet eine ausgewogene Energieinfrastruktur in Deutschland. Trotz der angekündigten Überarbeitung der Kraftwerksstrategie zeichnet sich ab, dass Investitionen weiterhin vorrangig in den Süden fließen sollen. Für Norddeutschland bedeutet das: wachsende Standortnachteile trotz eigener Bedarfe und vorhandener Energieexpertise.

UVN-Position: Wir fordern eine strategische Neuausrichtung: Neue Kraftwerke müssen dort entstehen, wo Bedarf besteht – unabhängig von alten Netzgrenzen. Wir appellieren an die norddeutschen Ministerpräsidenten, gegenüber dem Bund eine klare Position für faire Standortchancen zu vertreten. Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Entwicklung dürfen nicht regional verzerrt werden. 

DIGITALISIERUNG UND INNOVATION

Digitalisierung und Innovationsförderung in Bildung, Wirtschaft und Verwaltung.

- 96 **Glasfaserausbau nimmt Fahrt auf**
Gemeinsamer Appell zeigt Wirkung
- 97 **Digitalisierungsfahrplan**
Jetzt losfahren und Tempo machen
- 98 **Hannover Messe 2025**
Industrielle Transformation und Niedersachsen-Abend
- 100 **Hannovers Internet der Dinge wird Realität**
- 100 **Innovationskraft sichern – Dynamik entfesseln**
- 101 **DurchSTARTer 2024**
- 102 **Klassiker trifft Newcomer**
Innovation entsteht im Zusammenspiel
- 102 **Praxisnahe KI-Rahmenbedingungen für KMU**
- 103 **DNW-Webinar zum EU AI Act**
- 104 **UVN-Ausschuss diskutiert Wandel und Kommunikation**
- 104 **Cybersicherheit stärken**
Mit Seminarprogramm von niedersachsen.digital und DNW
- 105 **Niedersachsen beschließt neue Cybersicherheitsstrategie**
- 105 **Liegt bei Ihnen ein Cybernotfall vor?**



Glasfaserausbau nimmt Fahrt auf

Gemeinsamer Appell zeigt Wirkung

Ein Jahr nach unserem gemeinsamen Appell „Glasfaserland Niedersachsen“ ist ein wichtiger Meilenstein erreicht: Wirtschaftsminister Olaf Lies übergab im Herbst 2024 Förderbescheide in Höhe von 120 Millionen Euro an fünf niedersächsische Landkreise und präsentierte beim Breitbandgipfel aktuelle Zahlen: Niedersachsen erreicht 2024 beim Glasfaserausbau bereits 55 Prozent Haushaltsverfügbarkeit – deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 32 Prozent. Zählt man laufende Bauprojekte hinzu, liegt die Quote bei 79 Prozent. Auch beim Mobilfunk ist Niedersachsen gut versorgt: 99 Prozent der Fläche mit 4G, 95 Prozent mit 5G. Es soll eine Mindestabdeckung von 99,5 Prozent für alle Anbieter sichergestellt werden.

Ziel der neuen Glasfaserstrategie Niedersachsen ist der flächendeckende Ausbau, insbesondere in bislang unterversorgten Regionen. Dafür setzt das Land auf Entbürokratisierung, investitionsfreundliche Bedingungen und die koordinierte Kupfer-Glas-Migration. Wir begrüßen diesen Schritt ausdrücklich: „Niedersachsen braucht Glasfaser bis zur letzten Milchkanne – für wirtschaftliche Entwicklung, für gesellschaftliche Teilhabe, für gleichwertige Lebensverhältnisse“, betonte UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe.

Der flächendeckende Glasfaserausbau ist unverzichtbare Daseinsvorsorge. Ohne leistungsfähige Netze verlieren Regionen den Anschluss – im wörtlichen wie im wirtschaftlichen Sinn. In einer zunehmend digitalisierten Wirtschaft sind Industrie, Mittelstand, Landwirtschaft und Handwerk auf verlässliche Datenströme angewiesen. Auch Bildung, Gesundheitsversorgung, Homeoffice und Ehrenamt brauchen Glasfaser – überall.

UVN-Position: Wir fordern eine verlässliche Förderpolitik, klare Prioritäten und strategische Koordination – etwa durch eine stärkere Rolle des Breitbandzentrums Niedersachsen-Bremen (BZNB). Denn nur mit einem klugen Mix aus privaten Investitionen, öffentlicher Unterstützung und klaren politischen Bekenntnissen bleibt Niedersachsen Glasfaserland – und wird es nicht wieder nur auf dem Papier. 🚩

Mitgliederstimmen



Thomas Heitmann, Vorsitzender,
niedersachsen.digital e.V.

„Beim Breitbandausbau brauchen wir eine klare Strategie mit technologischer Fokussierung. Der Blick ins Ausland zeigt eindeutig: Glasfaser ist der Schlüssel zur digitalen Zukunft.“ 🚩

Digitalisierungsfahrplan

Jetzt losfahren und Tempo machen

Mit dem neuen Fahrplan „Niedersachsen digitaler machen!“ setzt die Landesregierung ein wichtiges Signal: Digitalisierung ist Voraussetzung für wirtschaftliche Stärke und Zukunftsfähigkeit. Der Fokus auf Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz und Robotik sowie die ganzheitliche Ausrichtung sind richtige Schritte – entscheidend ist jetzt die Umsetzung.

Unternehmen in Niedersachsen arbeiten längst digital. Sie benötigen eine Verwaltung, die mithalten kann – schnell, effizient, digital. Die Verwaltungsdigitalisierung darf kein Nebenaspekt sein, sondern muss als Motor für moderne Staatsstrukturen begriffen werden. Ohne digitale Planungs- und Genehmigungsverfahren geraten Transformation und Investitionen ins Stocken.

UVN-Position: Weniger Komplexität, mehr Tempo. Verwaltungsprozesse müssen vereinfacht, Schnittstellen geschlossen und Ressourcen gesichert werden. Digitalisierung muss nicht nur beschlossen, sondern auch konsequent umgesetzt werden – in Bund, Ländern und Kommunen.



Denn nur mit einer leistungsfähigen Verwaltung bleibt der Standort wettbewerbsfähig. Was jetzt zählt, ist nicht der nächste Fahrplan – sondern entschlossenes Handeln:

- › **Verbindliche Standards:** Mehrheitsprinzip im IT-Planungsrat statt Einstimmigkeit.
- › **Systeme verbinden:** Standardisierte Schnittstellen für effiziente Verwaltungsverfahren schaffen.
- › **Technik voranbringen:** Registermodernisierung endlich umsetzen, EFA-Dienste stärken.
- › **Ein Zugang für Unternehmen:** Einheitliche Plattform für alle Verwaltungsleistungen.
- › **Starke Landes-IT:** IT-Beauftragten mit Durchgriffsrechten und Ressourcen ausstatten.
- › **Finanzielle Steuerung:** Digitalisierungsetat als eigener Einzelplan im Landeshaushalt.
- › **Strukturen bündeln:** Öffentliche IT-Dienstleister konsolidieren und zentral steuern. ▀

Wir diskutierten auf der Horizons by heise #24 mit Politik, Verwaltung und Wirtschaft über Chancen, Herausforderungen und Erfolgsfaktoren einer zukunftsfähigen Verwaltung.

HANNOVER

Industrielle Transformation und Niedersachsen-Abend

Die HANNOVER MESSE 2025 hat einmal mehr ihre Rolle als Weltleitmesse der Industrie bestätigt. Über 4.000 Ausstellungen aus dem Maschinenbau, der Elektro- und Digitalindustrie sowie der Energiewirtschaft präsentierten zukunftsweisende Lösungen für die Produktion und Energieversorgung von morgen. Rund 125.000 Gäste aus 150 Ländern, davon über 40 Prozent aus dem Ausland, nutzten die Messe als Plattform für Austausch, Innovation und internationale Kooperation. Das Partnerland Kanada setzte starke Impulse und bekräftigte die Bedeutung transatlantischer Zusammenarbeit.

©Deutsche Messe AG



MESSE 2025

Ein niedersächsischer Höhepunkt der Messewoche war der Niedersachsen-Abend mit über 1.000 Gästen – ein Abend voller Impulse, Gespräche und neuer Verbindungen. Nach der Begrüßung durch die Gastgeber Dr. Jochen Köckler (Deutsche Messe AG), Wirtschaftsminister Olaf Lies, Tobias Hoffmann (IHK Niedersachsen), UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe und Gunnar Groebler (Salzgitter AG), stand vor allem eines im Mittelpunkt: der Dialog zwischen Wirtschaft und Politik.

In zahlreichen Gesprächen wurde deutlich: Die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Europa braucht jetzt eine umfassende Strukturreform, klare Investitionsanreize und verlässliche Rahmenbedingungen. Gleichzeitig herrschte Zuversicht: Die Messe und der Niedersachsen-Abend sendeten ein starkes Signal für Fortschritt, Innovationskraft und Orientierung in herausfordernden Zeiten: Wir danken den diesjährigen Unterstützern Salzgitter AG, NORD/LB, TÜV NORD und KIT.

Wir gratulieren herzlich den diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträgern. Ihre Auszeichnungen zeigen, wie viel Innovationskraft in der Industrie steckt. Siemens wurde für seine KI-gestützten Industrial Copilots mit dem HERMES AWARD 2025 ausgezeichnet. Der HERMES Startup AWARD ging an ecoplanet, das mit seiner KI-basierten Plattform zur Echtzeitanalyse und Optimierung von Energieverbräuchen überzeugte. Den Niedersächsischen Außenwirtschaftspreis 2025 erhielten Bornemann Gewindetechnik GmbH & Co. KG (KMU) sowie Sennheiser electronics SE & Co. KG (Großunternehmen). Mit dem Engineer Powerwoman Award wurde die Ingenieurin Marie-Josée Turgeon, MBA, ASC gewürdigt. 



Hannovers Internet der Dinge wird Realität

Mit dem Projekt HIDD treiben die Region Hannover und niedersachsen.digital mit weiteren Partnern gemeinsam die Digitalisierung vor Ort voran. Herzstück ist eine offene Datenplattform zur Erfassung, Analyse und Visualisierung von Sensordaten – etwa zur Parkplatzbelegung, Lautstärke oder Bodenfeuchte. Erste LoRaWAN-Sensoren sind bereits installiert. Das Ziel: Verwaltungsprozesse effizienter gestalten, datenbasierte Entscheidungen ermöglichen und neue Geschäftsmodelle fördern.

Besonders innovativ: Auf dem Campus der Hochschule Hannover entstehen dank HIDD smarte Anwendungen wie eine Wartezeit-Prognose in der Mensa oder ein Lernecken-Finder – entwickelt von Studierenden mit bereitgestellter Sensorik. Auch in der Landwirtschaft zeigt HIDD Potenzial: Smarte Bodensonden in Sehnede liefern Daten für ressourcenschonende Bewirtschaftung. HIDD macht die Region intelligenter – offen, vernetzt und zukunftsorientiert.

Sensordaten helfen in vielen Bereichen

- › Verkehr & Mobilität
- › Umwelt & Klimaschutz
- › Private IoT-Projekte
- › Kommunale Dienste
- › Bildungsprojekte
- › Unternehmen & Start-ups



Mitgliederstimmen



Tobias E. Weissflog, Vorsitzender,
Bundesverband für unbemannte Systeme
BUVUS e.V.

„Für Spitzenleistungen in Forschung und Entwicklung brauchen wir spezielle Finanzierungsmechanismen für Hochrisikoprojekte – mit Ausfalltoleranz und autonomen Programmmanagern, die schnell und unbürokratisch entscheiden können. Der Schlüssel liegt in der Verlagerung von risikoscheuer, konsensorientierter Forschungsförderung hin zu proaktiv vernetzenden, zielorientierten Programmen, die produktives Scheitern als Preis für bahnbrechende Innovationen akzeptieren.“

Innovationskraft sichern – Dynamik entfesseln

Deutschland rutscht im internationalen Innovationsranking im Herbst 2024 des BDI und Roland Berger auf Platz 12 ab – und damit aus den Top Ten. Der Abstand zur Spitze wächst. Länder wie die Schweiz, Dänemark oder Singapur investieren gezielter in Zukunftstechnologien, setzen auf schlanke Förderstrukturen und mehr Tempo. Deutschland hingegen büßt an Dynamik ein – trotz starker Forschung und investitionsfreudiger Unternehmen.

Zentrale Probleme: zu wenig staatliche Förderung, zu viel Bürokratie, fehlendes Risikokapital. Die Innovationspolitik gleicht einem Flickenteppich aus Programmen und Zuständigkeiten. Besonders betroffen: Deeptech-Start-ups, die auf verlässliche Finanzierung und schnelle Verfahren angewiesen sind. Wenn junge Unternehmen Kapital und Aufträge eher im Ausland finden, wandert auch die Zukunftstechnologie ab.

UVN-Position: Mehr strategische öffentliche Aufträge, vereinfachte Förderstrukturen, mehr Wagniskapital und eine aktivere Rolle des Staates als Partner für Innovation. Denn: Unsere Wettbewerbsfähigkeit hängt direkt von unserer Innovationskraft ab.



DurchSTARTer 2024

Niedersachsen hat seine innovativsten Gründerteams gekürt: Beim DurchSTARTer-Preis 2024 wurden im Dezember die besten Start-ups in drei Kategorien ausgezeichnet – eine Bühne für kreative Ideen, technologische Exzellenz und gesellschaftlichen Mehrwert. Es ist eine Gemeinschaftsinitiative des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Bauen, des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, der NBank, der Initiative Niedersachsen.next Startup und der UVN.

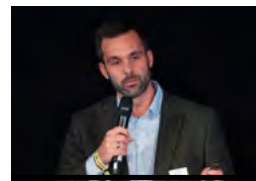
Erstplatzierte 2024:

- **Newcomer/Scale-up:** Lignopure (Buxtehude) nutzt Lignin – ein Nebenprodukt der Papierindustrie – als natürlichen Inhaltsstoff für nachhaltige Kosmetikprodukte.
- **Science Spin-off:** Avocet Bio GmbH (Göttingen) entwickelt eine CRISPR/Cas13-basierte Plattform zur gezielten Bekämpfung von RNA-Viren – ein Zukunftsfeld der Biotechnologie.
- **Social Innovation:** Andenkraft GmbH (Oldenburg) bringt mit Yacon eine gesunde, natürliche und sozialverträgliche Zuckeralternative aus Südamerika auf den Markt.

Mit ihnen auf dem Podium: Bulletpoint, HERO Software, INLEAP Photonics, Tetralytix, VRalive und Mox Relations – sie alle zeigen, wie breit, wachstumsstark und gesellschaftlich relevant Niedersachsens Startup-Ökosystem inzwischen aufgestellt ist.

Startup Monitor Niedersachsen 2025

Eine starke Basis bestätigt auch der neue Startup Monitor Niedersachsen 2025. Mit 154 Neugründungen im Jahr 2024 und einem Wachstum von 11,6 Prozent setzt sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Zwei Drittel der Gründungen erfolgen außerhalb der Großstädte – ein Beleg für die Innovationskraft im ländlichen Raum. Auch der Anteil weiblicher Mitarbeitender in Startups liegt mit knapp 40 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Der Zugang zu Kapital hat sich leicht verbessert, der Finanzierungsbedarf bleibt hoch: Über die Hälfte der Startups plant, in den kommenden 12 Monaten mehr als 500.000 Euro einzuwerben. Niedersachsen hat als dynamischer Gründungsstandort Potenzial. Jetzt heißt es: weiter fördern, vernetzen und verlässlich begleiten. ➤



Klassiker trifft Newcomer Innovation entsteht im Zusammenspiel

Bei der Veranstaltung „Klassiker trifft Newcomer“ am 26. Juni 2025, dieses Jahr eingebunden in die UNLEASH Startup Convention 2025, trafen zwei Welten aufeinander, die gemeinsam enormes Innovationspotenzial entfalten: etablierte Unternehmen und junge Start-ups.

In kurzen fünfminütigen Pitches wurden Praxisbeispiele und Perspektiven vorgestellt. Mit dabei waren: INLEAP Photonics, Veli, Allogenetics, ALL ABOUT MIDLIFE, Tina Voß GmbH, Picum MT, FUJOUR und neu/wagen.

Im Anschluss diskutierten wir, wie Erfahrung, Marktkenntnis und Strahlkraft auf frische Ideen, Unternehmmergeist und neue Technologien treffen können – und müssen. Deutlich wurde: Innovation entsteht im Zusammenspiel – nicht im Alleingang. Und Kooperation gelingt, wenn Neugier auf Offenheit trifft – und wenn Formate wie diese, Räume für Austausch schaffen.

Vielen Dank für die Unterstützung unserer Partner hannoverimpuls GmbH, Niedersachsen.next Startup, Hannoversche Volksbank, Laborius und neu/wagen. 

Praxisnahe KI-Rahmenbedingungen für KMU

Für die niedersächsische Wirtschaft haben wir uns regelmäßig in die KI-Expertengespräche des Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen (LfD) eingebracht. In diesem Rahmen konnten wir uns für praxisnahe Rahmenbedingungen für den Einsatz von KI in Unternehmen einsetzen. Dabei haben wir auf den hohen Bedarf an KI-Modellen und -Systemen jenseits großer Chatbots und LLMs hingewiesen. Es besteht ein enormes Entwicklungspotenzial bei kleinen, aufgabenspezifischen KI-Systemen, beispielsweise in der vorausschauenden

Wartung, der Qualitätskontrolle mittels Computer Vision oder der Produktionsplanung und -optimierung. Solche Lösungen bieten insbesondere dem niedersächsischen Mittelstand große Chancen. Um die digitale Souveränität zu stärken und Wertschöpfung nach Europa zu holen, fordern wir eine gezielte Förderung solcher KI-Entwicklungen. Die Ergebnisse der KI-Expertengespräche flossen in landespolitische Empfehlungen ein. Diese wurden im LfD-Bericht veröffentlicht. 

DNW-Webinar zum EU AI Act

Am 25. April 2025 veranstaltete unsere Dienstleistungsgesellschaft der Norddeutschen Wirtschaft (DNW) mit mehr als 100 Teilnehmenden ein kompaktes, praxisnahes Webinar rund um den EU AI Act. Anlass war das Inkrafttreten der weltweit ersten umfassenden Regulierung für Künstliche Intelligenz am 2. Februar 2025 – ein Meilenstein für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Ziel der Veranstaltung war es, Führungskräften, IT- und Compliance-Verantwortlichen sowie Datenschutzbeauftragten Orientierung zu geben:

› Was bedeutet Künstliche Intelligenz in der Praxis?

Welche Technologien und Anwendungen gelten als KI, wo kommen sie bereits heute in Unternehmen zum Einsatz – und welche neuen Anforderungen entstehen dadurch?

› Welche rechtlichen und organisatorischen Vorgaben sind zu beachten?

Wie lässt sich der EU AI Act im betrieblichen Alltag umsetzen – insbesondere mit Blick auf Datenschutz, Transparenz, Risikomanagement und technische Dokumentation?

› Wie bereiten sich Unternehmen und Mitarbeitende auf den KI-Einsatz vor?

Welche Kompetenzen sind erforderlich, wie kann Schulung gelingen und welche Tools helfen bei der rechtssicheren Anwendung von KI-Lösungen wie Microsoft Copilot, ChatGPT oder automatisierten Systemen?

› Wie bauen Unternehmen gezielt Kompetenzen auf?

Welche Rollen benötigen welches Wissen im Umgang mit KI – und wie lassen sich Qualifizierungsmaßnahmen strategisch und praxisnah umsetzen?



Beim Norddeutschen KI-Forum am 19. Februar 2025 diskutierte UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe auf dem Podium „Lebenslanges Lernen oder lebenslanges Anpassen? Wie KI Bildung verändert.“ Den Auftakt-Impuls hielt Denis Lehmkeper, Landesbeauftragter für den Datenschutz Niedersachsen (rechts im Bild).

Gemeinsam mit unseren Partnern Hendrik Tubbesing (BNW), Laura Höper (Digital Mindset) und Thomas Althammer (Althammer & Kill) wurden rechtliche Grundlagen, betriebliche Umsetzungshilfen und konkrete Weiterbildungsangebote vorgestellt. Besonders gefragt waren die praxisnahen Hinweise zur Risikobewertung, zur Einordnung von KI-Anwendungen sowie zum gezielten Kompetenzaufbau im Unternehmen.

Das positive Feedback zeigt: Der Informationsbedarf zum EU AI Act ist hoch – und die DNW und das BNW bleiben verlässlicher Partner für Wirtschaft und Weiterbildung. ▀

UVN-Ausschuss diskutiert Wandel und Kommunikation



Transformation ist überall – aber wie gelingt sie kommunikativ? Diese Frage stand im Zentrum des Treffens unseres Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit (AÖffA) im HQ Hannover von Clarios EMEA. In inspirierenden Impulsen von Natalie Waschke und Christian Riedel von Clarios

sowie Stefanie Jürgens und Kerstin Engel vom Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft gGmbH wurde deutlich: Ob KMU oder Konzern – Wandel braucht Kommunikation mit Haltung, Klarheit und Raum für Emotionen.

Wie Veränderungen nach innen und außen erfolgreich begleitet werden können, wurde anhand praxisnaher Beispiele intensiv diskutiert. Im Fokus: die Bedeutung emotionaler Resonanz und individueller Ansprache in der Change-Kommunikation. Ein gelungener Austausch mit viel Rückenwind für die Zukunftsgestaltung in Unternehmen. Herzlichen Dank allen Mitwirkenden! 

Cybersicherheit stärken Mit Seminarprogramm von niedersachsen.digital und DNW

Cyberangriffe gehören zu den größten Risiken für Unternehmen – unabhängig von Branche oder Größe. Allein in Deutschland lag 2024 der wirtschaftliche Schaden durch Cyberattacken laut BKA bei 178,6 Milliarden Euro. Gleichzeitig steigen regulatorische Anforderungen, während Sicherheitslücken oft unbemerkt bleiben. Um Unternehmen gezielt zu unterstützen, bieten niedersachsen.digital und die Dienstleistungsgesellschaft der Norddeutschen Wirtschaft (DNW) ein praxisorientiertes Seminarprogramm zur Cybersicherheit an.

Die modularen Formate richten sich an unterschiedliche Zielgruppen – von IT-Fachkräften über Mitarbeitende bis zur Geschäftsführung – und vermitteln kompakt,

verständlich und anwendungsnah, wie digitale Risiken erkannt, Schutzmaßnahmen etabliert und Sicherheitskulturen im Unternehmen verankert werden.

Das Programm umfasst u. a. die Formate Cybersecurity Awareness Specialist, Cybersicherheit für Führungskräfte, Grundlagen der IT-Sicherheit sowie KI und Cybersicherheit. Die Durchführung erfolgt in Kooperation mit der BREDEX GmbH, einem erfahrenen Schulungspartner der Bitkom Akademie. 

Cybersicherheit-Seminarprogramm

[Hier zum Seminarprogramm >>>](#)



Niedersachsen beschließt neue Cybersicherheitsstrategie

Die Niedersächsische Landesregierung hat am 24. September 2025 eine umfassende Cybersicherheitsstrategie verabschiedet, um das Land gegen zunehmende digitale Bedrohungen besser zu schützen. Die Strategie umfasst zwölf Handlungsfelder – von der Verwaltung über kritische Infrastrukturen bis zur Wirtschaft, Bildung und Forschung.

Ziel ist es, Prävention, Abwehrfähigkeit und Zusammenarbeit aller Akteure spürbar zu stärken. Innenministerin Daniela Behrens betonte: „Cybersicherheit darf keine Nebenaufgabe sein – sie ist Führungsaufgabe und Teil strategischer Resilienz.“ Die neue Strategie versteht Cybersicherheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und setzt auf Vernetzung, Echtzeit-Lagebilder und eine enge Kooperation zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. 

Die Handlungsfelder sind:

- Intensivierung der Vernetzung der Cybersicherheitsakteure
- Staatliche Verwaltung und Kommunen
- Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden
- Spionage- und Sabotageabwehr
- Kritische Infrastrukturen sowie wesentliche und wichtige Einrichtungen
- Wirtschaft
- Öffentlich-Private Partnerschaften
- Förderung der digitalen Kompetenzen
- Awareness und Verbraucherschutz
- Fachkräfte
- Innovative Forschung und Entwicklung
- Nationale und internationale Kooperationen

Liegt bei Ihnen ein Cybernotfall vor?

Als Betroffenes Unternehmen gilt: Ruhe bewahren und professionelle Hilfe anfordern! In der Fokusgruppe Cybersicherheit von niedersachsen.digital wirken sowohl Vertreter der zentralen Ansprechstelle für Cybercrime (ZAC) als auch des niedersächsischen Verfassungsschutzes mit. Die Ansprechpartner dieser Organisationen können Ihnen eine neutrale Einschätzung Ihrer Lage geben und das Problem identifizieren. Während der Verfassungsschutz sich vornehmlich um Spionageverdachtsfälle kümmert, ist das ZAC ein polizeilicher Berater für Firmen, Verbände und Behörden bei der Prävention von Cyberkriminalität und Ihr erster Ansprechpartner im Schadensfall. 

Sie erreichen jederzeit Ansprechpartner unter der folgenden Telefonnummer:

+49 511 9873 6230



Interview mit
Christoph Meinecke
im Rahmen der seclT
by heise 2024

[Hier zum Interview >>>](#)

INTERNATIONALE WETTBEWERBS- FÄHIGKEIT

**Internationale Wettbewerbsfähigkeit
stärken und offene Märkte fördern. ➤**

- 108 **Deindustrialisierung stoppen – Zukunft sichern**
UVN nimmt Stellung
- 109 **UK Nord**
Verteidigungsfähigkeit braucht Schulterschluss
zwischen Politik und Wirtschaft
- 110 **EU-Wahl 2024**
Von der Leyen mit ambitionierter Agenda
- 111 **Clean Industrial Deal**
Entlastungsoffensive ohne Protektionismus
- 111 **UVN-Delegation in Brüssel**
- 112 **EU muss beim Automotive Action Plan nachlegen**
- 112 **Wirtschaftspolitische Delegationen
nach Irland und in die USA**
- 113 **14. Tag der Niedersächsischen Wirtschaft diskutiert US-Wahl**
- 114 **US-Zollpolitik**
Resilienz und Freihandel stärken
- 114 **Außenwirtschaftspreis 2025**
Internationale Spitzenleistungen
- 115 **EU-MERCOSUR-Abkommen auf Zielgerade**





Deindustrialisierung stoppen – Zukunft sichern UVN nimmt Stellung

Am 17. Januar 2025 bezog UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung des Niedersächsischen Landtags Stellung: „Deindustrialisierung stoppen – Wettbewerbsfähigkeit erhalten und ausbauen“.

Niedersachsen hat das Potenzial, Vorreiter der industriellen Transformation zu werden – mit mutigen Investitionen, kluger Innovationspolitik und entschlossenen

Weichenstellungen. RESET statt Stillstand: Für Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und eine starke Rolle im globalen Wandel.

Mitgliederstimmen



Katrin Caldwell, Geschäftsführerin,
VDMA e. V. Landesverband Nord

„Für faire Wettbewerbsbedingungen im internationalen Umfeld sind Erleichterungen bei regulatorischen Vorgaben für Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus erforderlich. Wir setzen uns für eine spürbare Reduzierung von Informations-, Dokumentations- und Berichtspflichten ein. Darüber hinaus sollte die Bürokratiebelastung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei der Gesetzgebung stärker berücksichtigt werden.“

Mit unseren Aktivitäten und Forderungen aus dem vergangenen zwölf Monaten zeigen wir in diesem Bericht auf, wie Niedersachsen als moderner Wirtschafts- und Industriestandort zukunftsfest gemacht werden kann – und welche politischen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden müssen. Viele dieser Forderungen haben wir auch im März 2025 in einem gemeinsamen Positionspapier zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Niedersachsen mit der Niedersächsischen Landesregierung, Kammern und Gewerkschaften verabschiedet.

Ein zentrales Fundament bleibt der Freihandel: Offene Märkte und verlässliche internationale Handelsbeziehungen sichern Wohlstand, stärken den industriellen Mittelstand und eröffnen langfristige Wachstumsperspektiven. Wer global denkt, muss regional investieren – und Niedersachsen im internationalen Wettbewerb nachhaltig verankern.

UK Nord

Verteidigungsfähigkeit braucht Schulterschluss zwischen Politik und Wirtschaft

Unter Federführung der UVN hat das Unternehmerratorium Nord – das jährliche Spitzentreffen der norddeutschen Industrie- und Handelskammern sowie Landesspitzenverbände der Wirtschaft parallel zur Ministerpräsidentenkonferenz Norddeutschland (KND) – am 16. Juni 2025 ein starkes gemeinsames Signal gesendet: In einer Zeit wachsender geopolitischer Unsicherheiten ist wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit untrennbar mit sicherheitspolitischer Resilienz verbunden. Der Industriestandort Deutschland – insbesondere der Norden – muss handlungsfähig, anpassungsbereit und international anschlussfähig bleiben.

„Norddeutschland trägt besondere sicherheitspolitische Verantwortung“, sagte UVN-Präsident Dr. Andreas Jäger während der Pressekonferenz in Salzgitter. „Norddeutschland ist das Rückgrat für Logistik, Industrie und Innovation: Unsere Häfen sind die Tore zur Welt, unsere Unternehmen leistungsstark, unsere Forschungseinrichtungen international vernetzt. Dieses Potenzial darf nicht ungenutzt bleiben – es muss gezielt in die Gesamtverteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas eingebunden werden. Dafür braucht es ein gemeinsames Vorgehen von Landesregierungen, Bundeswehr und Wirtschaft – entschlossen und im Schulterschluss.“

Die norddeutsche Wirtschaft hat zur Stärkung der Gesamtverteidigungsfähigkeit Deutschlands acht prioritäre Handlungsfelder identifiziert:

- › Investitionen in Infrastruktur
- › Schutz kritischer Infrastrukturen, insbesondere gegen digitale Bedrohungen
- › Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie
- › Zusammenarbeit in ziviler und militärischer Forschung
- › Fachkräftesicherung durch Kooperation mit der Bundeswehr
- › Bürokratieabbau
- › Wirtschaftlicher Eigenbeitrag zum Wirtschaftsschutz
- › Politische Einbindung der Wirtschaftsorganisationen



EU-WAHL 2024

Von der Leyen mit ambitionierter Agenda

Die Europawahl im Sommer 2024 führte zu einer knappen Mehrheit für die EVP, womit Ursula von der Leyen für eine zweite Amtszeit (2024–2029) Präsidentin der Europäischen Kommission wurde. Zentrale Initiativen der neuen Kommission sind der Clean Industrial Deal für eine kli-

maneutrale Industrie, Readiness 2030 („ReArm Europe“) zur Aufrüstung der europäischen Verteidigungskapazität und die Omnibus-Regulierung zur Bündelung von ESG-, CSRD- und CSDDD-Vorgaben zur Entbürokratisierung.



Clean Industrial Deal

Entlastungsoffensive ohne Protektionismus

Der Clean Industrial Deal setzt erste wichtige Impulse, um Europas Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Entscheidend ist, dass diesen Signalen nun klare Investitionsanreize folgen – etwa durch verlässlich niedrigere Energiepreise, eine Stärkung des Binnenmarkts, neue Freihandelsabkommen und konsequenten Bürokratieabbau. Das Omnibus-Paket zur Entlastung der Unternehmen ist ein Schritt in die richtige Richtung, muss aber Teil einer umfassenden Entlastungsoffensive sein.

Kurzfristig braucht es gezielte Maßnahmen zur Absenkung der Energiepreise – etwa eine dauerhaft gesenkte Stromsteuer für das produzierende Gewerbe und eine zügige Ko-Finanzierung der Übertragungsnetzentgelte. Die geplante Aussetzung von CSRD und CSDDD bietet die Chance, diese Regelungen praxistauglich nachzubessern. Gleichzeitig gilt es, protektionistische Tendenzen zu vermeiden: Quoten für europäische Produkte müssen strategisch begrenzt und auf Resilienz der Lieferketten ausgerichtet sein. 



Im August 2024 besuchte eine UVN-Wirtschaftsdelegation mit den Schwerpunktthemen Digitalisierung, Energie, Logistik, e-Government und Start-ups die baltischen Länder Lettland & Estland.



UVN-Delegation in Brüssel

Im Juni 2025 waren die UVN wieder mit einer Delegation aus Unternehmen und Verbänden in Brüssel, um aktuelle europapolitische Herausforderungen direkt mit Entscheiderinnen und Entscheidern vor Ort zu diskutieren. Schon beim Auftakt-Dinner mit Benjamin Hartmann (Kabinett Andrius Kubilius, EU-Kommission für Verteidigung und Raumfahrt) und niedersächsischen EU-Abgeordneten standen sicherheits- und handelspolitische Fragen im Fokus.

Es folgten Gespräche in der EU-Kommission, beim Rat sowie ein Besuch der NATO-Zentrale – flankiert vom traditionellen Wirtschaftsempfang in der Landesvertretung Niedersachsen bei der EU auf Einladung von Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne. Im Mittelpunkt: die Zukunft des Freihandels, der Umgang mit dem transatlantischen Handelskonflikt, strategische Partnerschaften sowie die europäische Industriepolitik.

Klar wurde: Niedersachsen braucht eine EU, die wirtschaftliche Resilienz fördert – durch Bürokratieabbau, verlässliche Regeln, Investitionsanreize und offene Märkte. Der Dialog mit Denis Redonnet (Generaldirektion Handel) machte deutlich, dass die Kommission dieses Signal verstanden hat. Das Omnibus-Verfahren steht sinnbildlich für einen neuen Pragmatismus. Die EU setzt auf eine Kurskorrektur. Und Niedersachsen ist mit klarer Stimme dabei. 

EU muss beim Automotive Action Plan nachlegen

Der Automotive Action Plan der Europäischen Kommission ist ein notwendiger Schritt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie. Positiv zu bewerten ist die angekündigte Flexibilisierung bei den CO₂-Flottenzielen – insbesondere die dreijährige Übergangsregelung verschafft Herstellern erste Entlastung, reicht jedoch nicht aus.

Um die Branche zukunftsfähig aufzustellen, braucht es einen technologieoffenen Ansatz jenseits der einseitigen Fixierung auf Elektromobilität. Alle klimafreundlichen Antriebstechnologien sollten einbezogen werden – insbesondere Plug-in-Hybride, CO₂-neutrale Kraftstoffe und Wasserstoff. Das stärkt nicht nur Europas Handlungsfähigkeit, sondern auch die industrielle Substanz in automobilgeprägten Regionen wie Niedersachsen.

Eine erfolgreiche Transformation erfordert einen ganzheitlichen, wettbewerbsneutralen Rahmen, der insbesondere den automobilen Mittelstand stärker einbindet. Nur so kann der Wandel in der Breite gelingen. 

Die niedersächsische Delegation zu Gast bei der brose Group in Detroit.



Wirtschafts- politische Delegationen nach Irland und in die USA

Im Herbst reiste UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe mit dem damaligen Wirtschaftsminister Olaf Lies, Wirtschaft, Kammern und Wissenschaft in die USA. In Detroit und Seattle standen Zukunftsthemen wie Mobilitätswandel, Wasserstoffwirtschaft und Digitalisierung im Fokus. Ein Meilenstein der Reise war die Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (MOU) zwischen Niedersachsen und dem Bundesstaat Washington. Diese Vereinbarung wird die Zusammenarbeit in Luft- und Raumfahrt, saubere Technologien und erneuerbare Energien weiter stärken und ausbauen. Die Reise bot intensive Einblicke in amerikanische Märkte und ermöglichte wertvolle Kontakte zu Unternehmen, Forschungseinrichtungen und politischen Partnern.

Im Anschluss begleitete Benedikt Hüppe den damaligen Ministerpräsidenten Stephan Weil nach Irland. Im Zentrum standen Gespräche über wirtschaftliche Partnerschaften im Bereich der erneuerbaren Energien. Irland verfügt über exzellente Bedingungen für Windkraft und plant den Export von grünem Wasserstoff. Daraus ergeben sich Chancen für niedersächsische Unternehmen in Infrastruktur, Anlagenbau und Logistik. Auch Digitalisierung und KI wurden als Felder zukünftiger Zusammenarbeit identifiziert. 



SAVE THE DATE

TDNW 2025

12. November 2025



14. Tag der Niedersächsischen Wirtschaft diskutiert US-Wahl

Am 19. November 2024 lud der Spitzenverband der niedersächsischen Wirtschaft zum 14. Tag der Niedersächsischen Wirtschaft (TDNW). Rund 400 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kamen in Hannover zusammen, um über den Ausgang der US-Präsidentschaftswahl und ihre geopolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen zu diskutieren. Der TDNW 2024 zeigte eindrucksvoll: Wirtschaft und Politik stehen vor einer Zeitenwende – und Niedersachsen will sie mitgestalten.

UVN-Präsident Dr. Andreas Jäger eröffnete die Veranstaltung mit einem klaren Appell an die Politik: Die deutsche Wirtschaft brauche jetzt keine Subventionen, sondern eine mutige Wachstumsagenda. Die Bundestagswahl 2025 müsse zum wirtschaftspolitischen Wendepunkt werden – für mehr Investitionen, mehr Beschäftigung und mehr Zukunftssicherheit.

Der damalige Ministerpräsident Stephan Weil mahnte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit angesichts des konjunkturellen Seitwärtstrends in Deutschland. Niedrige Energiekosten, weniger Bürokratie und gezielte Fachkräftezuwanderung seien dafür zentrale Voraussetzungen. Der damalige Wirtschaftsminister Olaf Lies hob die Dringlichkeit eines industriepolitischen Neustarts hervor – auch vor dem Hintergrund internationaler Verwerfungen und zunehmender Unsicherheiten.

Für eine kritische außenpolitische Einordnung sorgte ZEIT-Redakteurin Kerstin Kohlenberg, die eindrucksvoll auf die gesellschaftlichen Folgen der US-Wahl und den Wert politischer Demut hinwies.

Der britische Botschafter Andrew Mitchell warb für eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Großbritannien – insbesondere in Handel, Verteidigung und Forschung. Die Rolle starker Partnerschaften sei mit Blick auf globale Herausforderungen wichtiger denn je.

Vor diesem Hintergrund erneuerten die UVN am 27. März 2025 ihre Forderung nach einer aktiven europäischen Handelspolitik. Die EU-Kommission solle sich selbstbewusst für Verhandlungslösungen mit den USA einsetzen, die Ratifizierung der Freihandelsabkommen CETA und MERCOSUR zügig abschließen und neue Partnerschaften erschließen.

Denn eines ist klar: Deutschland als Exportnation profitiert erheblich vom freien Handel. Ein Handelskrieg kennt keine Gewinner. Nur offene Märkte, faire Regeln und internationale Zusammenarbeit sichern langfristig Innovation, Wohlstand und Stabilität – für Niedersachsen, für Europa, für alle. Vielen Dank für die TDNW-Unterstützung der AOK Niedersachsen, EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, DOW Deutschland, Madsack Mediengruppe und VGH Versicherungen 

US-Zollpolitik

Resilienz und Freihandel stärken

Die USA zählen zu den wichtigsten Handelspartnern Niedersachsens – doch die Zollpolitik unter Präsident Trump bedroht diese Beziehung massiv. Allein in den ersten zehn Monaten 2024 exportierte Niedersachsen laut Landesamt für Statistik Waren im Wert von 6,2 Milliarden Euro in die USA. Das entspricht 7,2 Prozent der Gesamtausfuhren – nach den Niederlanden und Frankreich ist das der drittwichtigste Markt. Besonders betroffen: die maritime Wirtschaft sowie die Automobil- und Zulieferindustrie. Die deutsche Industrie spürt die Auswirkungen auch indirekt – etwa über Werke in Mexiko und Kanada, die den US-Markt beliefern. „Handelskriege schaden allen Seiten“, so UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe. „Sie verteuern Produkte, bremsen Innovation und destabilisieren die Wirtschaft.“

„Trumps Zoll Auf und Ab ist ein beispielloser Angriff auf das internationale Handelssystem“, erklärte Benedikt Hüppe. Auch Stahl- und Aluminiumexporte sind betroffen: Rund 10 Prozent der US-Stahl- und 15 Prozent der Aluminiumimporte stammen aus der EU – das entspricht etwa 20 Prozent der gesamten EU-Stahlexporte. Deutschland lieferte 2024 rund 1,1 Millionen Tonnen Stahl und rangierte damit auf Platz 5 der US-Lieferländer.

Die UVN fordern von der EU-Kommission, weiter auf Verhandlungslösungen zu setzen, zugleich aber verhältnismäßige Gegenmaßnahmen zu ergreifen. „Wir dürfen uns wirtschaftlich und politisch nicht erpressen lassen. Europa muss geschlossen auftreten und seine Interessen selbstbewusst vertreten“, betonte Benedikt Hüppe mehrfach. Dazu gehöre auch, eigene Resilienz zu stärken. Eine neue Bundesregierung habe nun die einmalige Chance, mit Strukturreformen Deutschland wieder zu einem starken wirtschaftspolitischen Player zu machen – und damit auch Europa zu stärken. 

UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe positionierte sich am 7. März 2025 im RTL-Interview zur US-Zollpolitik.



Außenwirtschaftspreis 2025

Internationale Spitzenleistungen

Bereits zum 15. Mal wurde in diesem Jahr der Niedersächsische Außenwirtschaftspreis verliehen – eine Auszeichnung für Unternehmen, die durch besondere Exporterfolge überzeugen. Der damalige Wirtschaftsminister Olaf Lies überreichte die Preise im Rahmen des 20. Niedersächsischen Außenwirtschaftstages im Expowall Hannover.

In der Kategorie „KMU“ wurde die Bornemann Gewindetechnik GmbH & Co. KG aus Delligsen ausgezeichnet. Das Unternehmen entwickelt hochspezialisierte Ge-

windelösungen für extreme Einsatzbedingungen – von Offshore- bis Medizintechnik.

Bei den Großunternehmen überzeugte Sennheiser electronics SE & Co. KG aus der Wedemark: Mit einem Exportanteil von 86 Prozent steht der Audio-Pionier für globale Präsenz und Innovationskraft. Die Jury unter Vorsitz von Staatssekretär Frank Doods würdigte insbesondere Exportstrategie, Beschäftigungseffekte und Nachhaltigkeit. Der Preis unterstreicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit niedersächsischer Unternehmen. 



EU-MERCOSUR-Abkommen auf Zielgerade

Nach 25 Jahren Verhandlungen steht die Ratifizierung des EU-MERCOSUR-Abkommens kurz bevor. Die Freihandelszone mit über 770 Millionen Menschen wäre ein starkes Signal für offene Märkte und verspricht Zollsenkungen, Marktzugang und Planungssicherheit – zentrale Voraussetzungen für langfristige Investitionen.

Im März 2025 reiste eine 45-köpfige niedersächsische Delegation mit dem damaligen Ministerpräsidenten Stephan Weil, Wirtschafts- und Wissenschaftsvertreterinnen und -vertretern nach Brasilien und Argentinien. In São Paulo, Brasilien, wurde eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit in den Bereichen Erneuerbare Energien und Automobilindustrie unterzeichnet. Diese Themen werden zur HANNOVER MESSE 2026 weiter mit dem dann Partnerland Brasilien vertieft. Ein eindrucksvoller Besuch führte zu einem Sozialprojekt der Volkswagen Group Foundation, das Jugendlichen aus schwierigen Verhältnissen durch berufliche Bildung neue Perspektiven eröffnet.

In Buenos Aires, Argentinien, betrachteten wir sehr genau die Maßnahmen der Regierung zur Inflationsbe-

kämpfung und den Rückzug des Staates – mit spürbaren sozialen Folgen. Die Teilnahme an der Feierstunde „200 Jahre deutsche Zuwanderung nach Argentinien“ war ein bewegender Moment mit historischem Tiefgang. In der Provinz Santa Fe bekräftigte die Delegation die niedersächsische Partnerschaft mit der Region. Die Gesprächspartner betonten das Interesse an einem Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit – insbesondere in der Landwirtschaft, der Lebensmittelverarbeitung sowie im Bereich nachhaltiger Energien.

Die niedersächsische Delegation zog eine überwiegend positive Bilanz: Trotz politischer Unsicherheiten bietet das EU-MERCOSUR-Abkommen neue wirtschaftliche Spielräume. 

SOMMERFEST 2024

Verbundenheit. Verantwortung. Veränderung.

Mit dem UVN-Sommerfest sagen wir als Spitzenverband der niedersächsischen Wirtschaft unseren Gremien, Mitgliedern, Sozialpartnern und Kontakten aus Kooperationen, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und weiteren gesellschaftlichen Organisationen Danke – für die enge, vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit im Einsatz für einen starken Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Der persönliche Austausch, der gemeinsame Blick nach vorn und die Vielfalt der Perspektiven prägen unsere Arbeit und bilden die Grundlage für tragfähige Lösungen.

Das Sommerfest 2024 stand in einem besonderen Zeichen: Nach 40 Jahren leidenschaftlichem Engagement verabschiedeten wir unseren langjährigen Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Müller in den Ruhestand. Mit Benedikt Hüppe beginnt eine neue Ära – getragen vom Wissen um das Erreichte, geprägt von fachlicher Tiefe und strategischem Weitblick sowie dem Wunsch, gemeinsam und vertrauensvoll Zukunft zu gestalten.

Ein herzliches Dankeschön gilt unseren Gästen für einen inspirierenden Abend und ganz besonders unseren Sponsoren, ohne deren Unterstützung das Sommerfest nicht möglich wäre! 





HERZLICHEN DANK!

SOMMERFEST 2024

UVN-TERMINE

2024

Januar	16.	UVN- und INW-Wirtschaftsdelegation nach Berlin
	24.	UVN Bildungs-Summit
	29.	Kaminabend
	30.	Energiepolitischer Jahresauftakt
Februar	1.	UVN Lunch-TALK mit Gesundheitsminister Dr. Andreas Philippi
	20.	UVN-Geschäftsführerkonferenz
	20.	Niedersächsische Wirtschaftsgespräche der UVN (mit IHK) „Verwaltungsdigitalisierung“
	23.	Schulung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in Oldenburg
	27.	Schulung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in Hannover
	29.	Leibniz Forum Arbeitsrecht
März	6.	Frühjahrstagung SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen
	7.	UVN Präsidium und Vorstand
	8.	Virtuelle Schulung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter
	13.	UnternehmerKULTUR
April	3.	Digitaler Elternabend 4 nach 7 zur Woche der beruflichen Bildung
	10.	Ausschuss für Bildungspolitik und Bildungsarbeit
	10.	SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen Online-Fachtagung (mit BA)
	10.	Eröffnung Cloud-Exchange „HAN-CIX“ – powered by DE-CIX
	15.	Dialogkreis Pflege
	16.	6. Hannoveraner Forum Unternehmensrecht
	24.	Digitaler Elternabend 4 nach 7 zur Woche der beruflichen Bildung
	25.	Niedersachsen-Abend anlässlich der HANNOVER MESSE
	29.	15. Empfang anlässlich des Niederländischen Königstags
Mai	2.	Richter-Verbände-Gespräch
	8.	Digitaler Elternabend 4 nach 7 zur Woche der beruflichen Bildung
	16.	Wirtschaftsempfang der UVN und LUH
	22.	Digitaler Elternabend 4 nach 7 zur Woche der beruflichen Bildung
	22.	19. Umweltrecht Aktuell „Abfallrecht“
Juni	3.	Dialogkreis Pflege mit Gesundheitsminister Dr. Andreas Philippi
	10.–12.	UVN- und INW-Wirtschaftsdelegation nach Brüssel
	13.	UVN Präsidium und Vorstand
	13.	UVN Mitgliederversammlung
Juli	13.	Tennisduell Wirtschaft vs. Politik
August	8.	Sommerfest der niedersächsischen Wirtschaft
	19.–23.	DNW-Wirtschaftsdelegation ins Baltikum, nach Estland und Lettland
	29.	unternehmen 4.0 – Klassiker trifft Newcomer

2024 – 2025

September	12.	Leibniz Forum Arbeitsrecht
	26.	UVN Geschäftsführerkonferenz
	27.	UVN Golfcup

Oktober	1.	Kaminabend
	29.	Ausschuss für Bildungspolitik und Bildungsarbeit

November	5.	Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit (AÖffA)
	11.–15.	DNW-Wirtschaftsdelegation in die USA
	13.	Herbsttagung SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen
	19.	UVN Präsidium und Vorstand
	19.	Tag der Niedersächsischen Wirtschaft (TDNW)
	21.–22.	Arbeitsrechtsseminar (2 Tage)
27.	Arbeitskreise Energie, Wasserstoff und Umwelt	

Dezember	6.	Arbeitsrechtsfrühstück
-----------------	-----------	------------------------

2025

Januar	28.	UVN Lunch-TALK mit MdB Dr. Mathias Middelberg (CDU)
---------------	------------	---

Februar	03.	UVN Lunch-TALK mit MdB Christian Dürr (FDP)
	05.	UVN Lunch-TALK mit MdB Filiz Polat (Bündnis90/DIE GRÜNEN)
	07.–08.	Prozessvertretertagung
	11.	Exklusiver Messe-Rundgang mit Minister Dr. Philippi ProCare Messe
	14.	UVN Lunch-TALK mit MdB Lars Klingbeil (SPD)
	18.	UVN-Geschäftsführerkonferenz
	19.	Arbeitnehmerentsendung in der EU – Was Unternehmen wissen müssen (mit IHK Hannover)
	24.	UVN Präsidium und Vorstand
24.	Wirtschaftsempfang der UVN und LUH	

März	03.	Informationsgespräch zur sicherheitspolitischen Lage mit Staatssekretär Nils Hilmer, Bundesverteidigungsministerium
	04.	Workshop: Umgang mit der veränderten politischen Landschaft
	13.	Leibniz Forum Arbeitsrecht
	19.	UVN Bildungs-Summit
	19.	Exklusiver Messe-Rundgang über die secIT

April	02.	Arbeitskreis Umwelt
	03.	Niedersachsen-Abend anlässlich der HANNOVER MESSE
	24.	Innovationen im Gesundheitswesen (mit AOK)
	28.	Update Verwaltungsdigitalisierung

UVN-TERMINE

Mai	07.	Frühjahrstagung SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen
	08.	Arbeitskreis Energie Net-Zero Industry Act (NZIA)
	12.–23.	36. Wirtschaftsvolontariat Niedersachsen
	13.	Forum Unternehmensrecht
	14.	Ausschuss für Bildungspolitik und Bildungsarbeit
	19.	Energieimpulse (mit EWE AG)
Juni	03.	Business-Lunch
	04.	Investitionen realisieren – Planungen und Genehmigungen rechtssicher beschleunigen
	05.	Arbeitskreis Energie
	10.–12.	UVN-Wirtschaftsdelegation nach Brüssel
	18.	Online-Tutorial digitales UVN-Mitgliedernetzwerk
	24.	Präsidium und Vorstand
	24.	Mitgliederversammlung
	24.	Parlamentarischer Abend
	26.	unternehmen 4.0 – Klassiker trifft Newcomer (i.R.d. UNLEASH)
Juli	08.	UVN Dialogkreis Pflege
August	14.	Sommerfest der niedersächsischen Wirtschaft
	26.	Gründungssitzung UVN-Arbeitskreis Rohstoffwirtschaft
	28.	Richter-Verbände-Gespräch
September	11.	UnternehmerKULTUR KunstWELTEN
	15.–16.	UVN-Arbeitsrechtsworkshop (2-tägige FAO-Fortbildung)
	17.	UVN-Geschäftsführerkonferenz
	26.	18. UVN-Golfcup
	Quartal III/IV	Arbeitskreis Umwelt
	Quartal III/IV	Arbeitskreis Energie
Oktober	07.	Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit (AÖffA)
	08.–09.	Bau- und Rohstofftag von UVN und vero
	15.	Ausschuss für Bildungspolitik und Bildungsarbeit
November	10.–21.	36. Verwaltungsvolontariat Niedersachsen
	12.	Präsidium und Vorstand
	12.	15. Tag der Niedersächsischen Wirtschaft
	26.	Herbsttagung SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen
	28.	Schulung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter

2024 – 2025

45+

UVN-Events pro Jahr

5.500+

Gäste

100+

Impulsgebende

10+

Partner-Events

**Klare Haltung.
Starke Stimme.**
Für die niedersächsische Wirtschaft.

Unsere Mitglieder finden alle Veranstaltungen
und Fachinformationen in unserem digitalen
UVN-Mitgliedernetzwerk

[Hier zum Log-in >>>](#)

MITGLIEDER

Bezirkliche | Örtliche



Handel



Handwerk





Garten Land Forst



AfL Niedersachsen e.V.

Arbeitsgemeinschaft
forstwirtschaftlicher
Lohnunternehmer



**Familienbetriebe
Land und Forst
Niedersachsen**



AGV

DIE VERSICHERER
ALS ARBEITGEBER



FNW



Ihre Experten für
Garten & Landschaft

norddeutscher

bankerverband

Hamburg | Niedersachsen | Bremen



Landvolk Niedersachsen

Landesbauernverband e.V.

Landesverband
der Maschinenringe
Niedersachsen e. V.



BDVI



WALDBESITZERVERBAND
—NIEDERSACHSEN—



**Wirtschaftsverband
Gartenbau
Norddeutschland e.V.**



CDH NOW!
Der Wirtschaftsverband für Vertriebsprofis

Gesundheit und Pflegewirtschaft



arbeit
geber
verband
pflege



Arbeitgeberverband



Verband der freien
Berufe im Lande
Niedersachsen e.V.



Bundesverband privater Anbieter
sozialer Dienste e.V.



DER PARITÄTISCHE
Niedersachsen



KOMMUNALER
ARBEITGEBERVERBAND
NIEDERSACHSEN



Diakonischer Dienstgeberverband
Niedersachsen



Fachverband Nord

Fachverband Nord für Orthopädie-Technik
und Sanitätsfachhandel e.V.



Verband der Baubranche,
Umwelt- und Maschinentechnik e.V.



**Heilbäderverband
Niedersachsen**

landes**apothekerverband**
niedersachsen e.V.



Die Wohnungswirtschaft
Niedersachsen Bremen



**Niedersächsische
Krankenhausgesellschaft**



VPLT.



Hauptgeschäftsführung

	Benedikt Hüppe Hauptgeschäftsführer 0511 8505-252 bh@uvn.digital		Martha Lisiewicz Referentin der Hauptgeschäftsführung 0511 8505-262 ml@uvn.digital		Julia Nowka-Dehne Assistentin der Hauptgeschäftsführung 0511 8505-241 jn@uvn.digital
--	--	---	---	--	---

Kommunikation

	Erik von Hoerschelmann Pressesprecher, Abteilungs- leitung Kommunikation 0511 8505-247 evh@uvn.digital		Catharina Herrmann-Daues Stellvertreterin Kommunikation 0511 8505-245 ch@uvn.digital		Ute Heine-Rischau Referentin Kommunikation 0511 8505-253 uh@uvn.digital
--	---	---	---	--	--

Gremien | Veranstaltungen

	Bernadeta Lilje Abteilungsleitung Gremien Veranstaltungen 0511 8505-285 bl@uvn.digital		Laura Riemann Stellvertreterin Gremien Veranstaltungen 0511 8505-259 lr@uvn.digital		Debora Brzezinski Gremien Veranstaltungen 0511 8505-260 db@uvn.digital
---	---	--	--	---	--

IT

	Andrea Sonneck IT 0511 8505-552 as@uvn.digital
--	--

In Elternzeit

	Linda Bauer in Elternzeit ab September 2025		Larissa El Lahib in Elternzeit
---	--	--	--

Finanzen

	Susanne Otte Finanzen 0511 8505-255 so@uvn.digital
--	--

UVN Büros in Berlin und Brüssel

	Christina Moth 030 206795810 Berlin@uvn.digital		Unsere Ansprechpartnerin erreichen Sie über: Bruessel@uvn.digital
---	--	--	---



	Etienne Tschorn Geschäftsführer 0511 8505-512 et@dnw.digital		Kerstin König Vertrieb Kundenbetreuung 0511 8505-513 kk@dnw.digital
---	--	--	---

IHR UVN-TEAM

Arbeit | Soziales | Gesundheit | Bildung

 Christoph Meinecke Stellv. Hauptgeschäftsführer 0511-8505-250 cm@uvn.digital	 Katrin Stumpfenhausen Abteilungsleitung Arbeitsmarkt Bildung Gesellschaft SchuleWirtschaft 0511 8505-280 ks@uvn.digital	 Heide Grimmelmann-Heimburg Abteilungsleitung Gesundheit Pflege Soziales Arbeitsmigration 0511 8505-254 hg@uvn.digital
 Antje Quernheim Rechtsabteilungsleitung Arbeitsrecht Datenschutz 0511 8505-248 aq@uvn.digital	 Claudia Steinbrück Team-Assistenz 0511 8505-246 cs@uvn.digital	 Diana Spionek Team-Assistenz 0511 8505-282 ds@uvn.digital
 Wiebke Krohn Arbeitgeberberatung für Personalentwicklung und Soziale Innovation 04131 87212-17 wkrohn@av-lueneburg.de		

Energie | Umwelt | Digitalisierung | Infrastruktur | Finanzen

 Bianca Beyer Stellv. Hauptgeschäftsführerin 0511-8505-242 bb@uvn.digital	 Kerstin Gördes Abteilungsleitung Finanzen Wirtschafts- förderung Außenwirtschaft 0511 8505-346 kg@uvn.digital	 Finn Halbach Referent Energie Klima Niedersächsisches Wasser- stoffnetzwerk (NWN) 0511 8505-312 fh@uvn.digital
 Christopher Meisner Referent Umwelt Nachhaltigkeit Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit (NAN) 0511 8505-244 cme@uvn.digital	 Dr. Axel Ebers Abteilungsleitung Mittelstand Digitalisierung 0511 8505-363 ae@uvn.digital	 Dr. Joachim Algermissen Abteilungsleitung Sicherheit und Verteidigung 0511-8505-264 ja@uvn.digital
 Sabine Kollmeyer Team-Assistenz 0511 8505-340 sk@uvn.digital	 Zehra Kut Team-Assistenz 0511 8505-311 zk@uvn.digital	

Impressum

Redaktion

Catharina Herrmann-Daues

Visuelles Konzept, Gestaltung

Kochstrasse – Agentur für Marken

Abbildungen

UVN | Weitere Bildrechte am jeweiligen Foto angegeben.

© 2025 Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN)
Schiffgraben 36, 30175 Hannover, 0511 8505-243,
uvn@uvn.digital, www.uvn.digital

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, sind vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. 



Unternehmerverbände
Niedersachsen

**Unternehmerverbände
Niedersachsen e.V. (UVN)**

Schiffgraben 36
30175 Hannover

0511 8505-243
uvn@uvn.digital
www.uvn.digital